

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark., für Selbst-Abholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 534 77**

**Redaktion:** Leipzig, Tauschaer Str. 19/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon 72206. — Verlag in Leipzig,**  
Tauschaer Straße 19/21 — **Telefon 72206**

**Inseratenpreise:** Die 10. Geleit, Kolonelleite 35 Pfg., bei Platzvorschrift 40 Pfg.  
Stellenangebote 10 Geleit, Kolonelleite 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatisten die 10 Geleit, Kolonelleite mit 50% Nachlag. Reklamezeile 2 M. Inserate v. ausw.: die 10 Geleit, Kolonelleite 40 Pfg. bei Platzvorschrift, 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Voltantalkten entgegen

## Wer ist angeklagt?

Nach den bisherigen Resultaten des Prozesses gegen Paul Krantz mag man den Eindruck haben, daß ein Staatsanwalt, der sein hohes Amt nicht nach treudeutscher Paragraphenphilosophie versteht, gar keine Anklage zu erheben hatte, mag man es für begreiflich halten, daß der Verteidiger nach der Aussage der Ellinor Krantz an den Staatsanwalt die Frage stellte, ob er nicht jetzt die Anklage fallen lassen wolle. Und ebenso selbstverständlich ist für uns Deutsche, an eine dienstbefähigte Justiz gewöhnte Erdenbürger der ablehnende Bescheid des Herrn Staatsanwalts. Dem „deutschen Volk“ aber, um dessen Sicherheit sich Herr Mumm von den Deutschen Nationalen — Mumm, welcher Name hierfür! — und die Zentrumspartei besorgt fühlen, den vielen Eltern und Kindern ist dieser Prozeß ein Anschauungsunterricht für gesellschaftliche Gebrechen, wie ihn kein Ereignis seit Jahren veranschaulichte. An sich sind ja die sogenannten Probleme des Krantz-Prozesses keine neuen. Nur sind einige von ihnen, die jedes Elternhaus schon berührt haben, zu einer tragischen Klarheit zusammengefügt und rollen sich jetzt vor der breitesten Öffentlichkeit ab. Werden jetzt den Eltern und den von Staatswegen für die Erziehung der Jugend Verantwortlichen, einigen von ihnen, die Augen geöffnet werden?

Für einen Anschauungsunterricht freilich ist nicht die Gründlichkeit vorzuziehen, mit der der Gerichtsvorsitzende von der Frau Hilde Scheller Aussagen abnimmt. Die sexuellen Motive der Tat müssen geklärt werden. Die Jugend und die Eltern werden nicht dadurch „geschützt“, daß man die traurige Wirklichkeit einfach toschweigt. Ein Gericht, das sein Amt aus einer wirklichen Verantwortung vor dem Menschen, um dessen Kopf es hier geht, herleiten würde, müßte das ganze Rüstzeug sexualpsychologischer Wissenschaft aufbieten lassen, jedweder Marx-Mummischen Nummerlei zum Trotz. Anders dieser Vorstehende: Er meint, die sexualpsychologischen Bedingungen der Tragödie dadurch feststellen zu können, indem er auf eine wissenschaftlich-systematische Aufklärung durch Sachverständige verzichtet und mit der einen jeden deutschen Richter auszeichnenden eigenen Sachverständigkeit Tiefenpsychologie durch Bettelatenpsychologie ersetzt, indem er anstatt gründlicher, schwerlich von ihm selbst auszuführender Aufhellung sexualpsychologischer Tatbestände einen Erkundigungsritt, ohne System und auf Geratewohl, in die Gesinde Hilde Schellerscher Liebeskunst unternimmt. Dieser Vorstehende kam einem Teil der deutschen Presse nicht ungelegen. Spaltenlang findet man die wortgetreuen Berichte über das Frage- und Antwortspiel zwischen dem Vorstehenden und Hilde Scheller, was vor und nach dem Aufgehören sei usw. Ob sich Herr Mumm davon unterrichtet hat, daß die Berliner „Nachtausgabe“ seines deutschen nationalen Fraktionskollegen Hugenberg in dieser Art Prozeßberichterstattung den Rekord aufstellt?

Unter der Garantie einer absoluten Zuverlässigkeit waltet der Vorstehende seines Amtes: denn er hat sie besorgt, indem er die 16jährige Hilde, deren Un glaubwürdigkeit kaum noch angezweifelt werden darf, vereidigen ließ. Was es heißt, wenn man junge Menschen zuerst vereidigt und sie dadurch unter eine ständige Bedrohung mit dem Zuchthaus stellt, sofern sie auch nur eine geringe Abweichung in der Schilderung ihres erotischen Lebens begehen, das bezeugt die Verhandlung vor dem Berliner Landgericht. Aber auf die prozessuale Seite an diesem; wie Genosse Dittmann im Reichstag mit Recht sagte, Justizskandal soll morgen noch ausführlich eingegangen werden.

Auf der Anklagebank sitzt ein junger Mensch, angeklagt, einen Mord begangen zu haben. Für die prozessuale Abwicklung dieser Mordanklage interessiert sich der größere Teil der deutschen Presse. Für uns aber ist hier in erster Linie angeklagt die ganze bürgerliche Gesellschaft. Dabei möchten wir uns von jenem bequemen Urteil freihalten, daß die Steglitzer Schülertragödie einfach eine selbstverständliche Erscheinung der kapitalistischen Zeit sei. Und wir möchten auch nicht die einfache Schablone benutzen, daß in dieser kapitalistischen Zeit die Proletarier und ihre Kinder die Engel und die anderen die Teufel seien. Weder von jenem bequemen, noch von diesem einfachen Standpunkt aus läßt sich an die „Probleme“ des Krantz-Prozesses herangehen. Schließlich sind die Menschen, die heute leben, die einst leben werden, solche mit einem Herzen und anderen Organen, und man muß schon untersuchen, in welcher konkreten Vergegenständlichung der kapitalistischen Gesellschaft die sozialen Gebrechen liegen, die in der Steglitzer Tragödie enthalten sind. Und wir finden da: eine Gesellschaftsordnung, die unfähig ist, die im Stadium der Pubertät lebende Jugend zu erziehen, sie zu beraten und auszuklären und ihren Bedürfnissen — nicht nur den sexuellen! — Rechnung zu tragen. Das betrifft sowohl die proletarische wie die nichtproletarische Jugend, denn die handelnden Personen des Steglitzer Dramas sind keine Proletariatskinder; Paul Krantz ist zwar der Sohn eines Proleten, aber er ist ein Kind, das von der Klasse seiner Eltern wegstrebt. Insofern bestätigt sich auch hier das alte Wort von Friedrich Engels, daß die Befreiung vom kapitalistischen Joch nicht nur die Befreiung einer Klasse, sondern der ganzen Menschheit sei.

## Die Koalitionskrise

### Zwei „starke“ Männer „Ein Hundstott, wenn Hindenburg ruft“

Berlin, 12. Februar.

Auch 1917 rief Hindenburg. Er hatte ein Munitionsprogramm aufgestellt und forderte die Erstellung der „schimmernden“ Wehr für die letzten Offensiven, zu denen Wilhelms Heer noch imstande war. „Ein Hundstott, wer da noch streift.“ Damit ist General Gröner für die deutsche Kriegsgeschichte unsterblich geworden, und er denkt auch heute nicht daran, seine Hundstottideologie aufzugeben. Das ergab sich aus einem Zusammenstoß, der am Sonnabend im Haushaltsausschuß des Reichstages erfolgte.

Der preussische Ministerialdirektor Dr. Brecht, der, wie bekannt, zu Beginn der Kündellära aus dem Innenministerium des Reiches ausgeschifft worden ist, begründet die Streichungen des Reichsrates am Wehretat in Höhe von 6,3 Millionen Mark. Also eine lächerlich geringe Summe im Verhältnis zu den 700 Millionen, die Herr Gröner im Etat verlangt. Und Dr. Brecht handelte nur im Auftrage des Reichsrates. Aber schon das genügt, um dem Hundstottgeneral die Galle zu reizen. Auf eine schüchterne Anfrage Brechts antwortete er herausfordernd im militärischen Jargon: „Für den Militäretat bin ich verantwortlich.“ Das besagt, in die Geheimnisse des Grönerressorts hat weder der Reichsrat, noch weniger aber ein Vertreter Preußens hineinzureden. Selbstverständlich hatte Herr Gröner die Bürgerblockparteien hinter sich, und insbesondere der Zentrumsmann auf diesem Gebiete, Erhard Sprang Herr Gröner helfend bei.

Das Heer steht auch heute noch unter der Patronenschaft Hindenburgs. Und wehe dem, der auch nur wenige Streichungen fordert. Gegenüber den sozialdemokratischen Anträgen muß sich Herr Gröner die Jiffen Reiter aussetzen. Wehe aber, wer sonst daran geht, die Jiffen Gröners in Zweifel zu stellen. Ein Hundstott, wer kritisiert. Der Weltkrieg zwar ging verloren, trotz Gröner und trotz Hindenburg, aber die „starken“ Männer sind geblieben.

Zu diesen zählt sich Herr von Guérard, der Allgewaltige der Zentrumspartei. Er sonnt sich bereits in der kommenden Würde einer erdäumten Kanzlerschaft. Der Koblentzer Renner guter Weine standiert gegen den Hindenburgbrief. „Ein Hundstott, wer gegen den verehrten Reichspräsidenten wagt“, so wird es alsbald aus den Spalten der gesamten „nationalen“ Presse schallen. Bisher freilich hat Herr Gröner gegen die „streifenden“ Zentrumsteute noch keine Hundstottrede gehalten, aber was nicht ist, das kann noch werden. Jedenfalls nimmt Herr v. Guérard den Männerstolz von Präsidentenstühlen, weil Hindenburg das Schulgesetz gewissermaßen an die letzte Stelle richte. Nachdem jene Drohung, die Zentrumsmünister zurückzuziehen, wirkungslos blieb, da die Marx und Brauns schließlich doch nicht gehen würden, so erstrebt Guérard jetzt die Demission der volksparteilichen Minister. Also Dr. Sitjesmanns. Wir wollen nicht sagen, daß dessen Position unerträglich wäre, im gegenwärtigen Zeitpunkt aber ist das für alle anderen Parteien des Reichertums undisfuzabel, woraus sich nur erneut ergibt, daß die Politik Guérards noch immer auf die Taktik des Bluffs eingestellt ist.

Gewiß ist die Zentrumspartei in ihrer Mehrheit von dem Hindenburgbrief nicht sehr erbaut. Zweifellos aber haben Zentrumshäupter an seiner Stillierung mitgewirkt. Die Partei Dr. Marx rühmt sich ob ihrer staatsmännischen Haltung, und wer wagt zu widersprechen, wenn Hindenburg ruft. Also ist das Berferkertum der Guérardente nicht allzu tragisch zu nehmen. Zwar ist das letzte Wort noch nicht gesprochen, aber die Volkspartei hat bereits eingelenkt. Sie hat sich Herrn Hindenburg, nicht schweren Herzens, unterworfen. Das geschah mit der nachfolgenden Resolution, die von der Reichstagsfraktion beschlossen wurde. Sie lautet:

„Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat sich anlässlich des Schreibens des Herrn Reichspräsidenten an den Herrn Reichskanzler mit der dadurch geschaffenen Lage befaßt. Sie ist der Auffassung, daß im Hinblick auf die dringenden von der Koalition übernommenen, nach der Lösung harrenden Aufgaben der Reichspolitik, Verabschiedung des Etats, Anwendung der Not der Landwirtschaft, Kriegsschadensschußgelei, Kleinrentenverforgungsgesetz, Sicherung des Wohnungsbau für 1928, Reform des Strafbuchgesetzbuchs und anderes mehr, eine vorzeitige Auflösung des Reichstags vermieden werden muß, auch wenn das Reichsschulgesetz in dieser Legislaturperiode nicht mehr verabschiedet werden sollte. Die Fraktion wird sich deshalb der Aufforderung des Herrn Reichspräsidenten nicht entziehen.“

Die Volkspartei hat das Arbeitsprogramm des liberaleren Reichstages nach einig Punkte erweitert. Demzufolge liegt nun die letzte Entscheidung bei der Zentrumspartei. Will also Herr v. Guérard das Tänzlein wagen? Sie spielen ihn auf. Mit seinen Reichskanzlerhoffnungen wird er sich, wenn nicht alles täuscht, noch einige Zeit gebulden müssen.

Über den Inhalt der Gegensätze zwischen Zentrum und Volkspartei unterrichtet weiter ein Vorgang, der am Sonnabend in den späten Nachmittagsstunden durch eine Indiscretion bekanntgeworden ist und über den der Vorwärts wie folgt berichtet:

„Im interfraktionellen Anschluß hat am Freitag Herr von Guérard die Volkspartei aufgesordert, ihre Minister aus der Regierung zurückzutreten. Die Bayerische Volkspartei hat sich diesem Vorgehen angeschlossen. Dabei wird folgendermaßen argumentiert: Die Bürgerblockparteien haben sich gegenseitig verpflichtet, während der Dauer ihrer Koalition keine Anträge um Änderung der Verfassung einzubringen. Nun ist der volksparteiliche Simultanantrag nach den Erklärungen des Staatssekretärs Zweigert verfassungsändernd. Also haben die Volksparteiler das Abkommen gebrochen, auf dem der Bürgerblock beruht; sie haben damit den Anspruch verloren, dieser erlauchten Gesellschaft weiter angehören zu dürfen.“

Die Volkspartei hat diese Beweisführung für nicht ganz durchschlagend gehalten. Man kann sich denken, warum. Jenes Abkommen wurde geschlossen, um monarchistische Seitenprünge der Deutschen Nationalen zu verhindern. Auf den Gedanken, es auch auf die Schulvorlage anzuwenden, ist man bisher noch nie gekommen, obwohl diese Vorlage nach der Auffassung hervorragender Juristen auch in anderen Punkten verfassungsändernd ist.“

Am Montag werden die Verhandlungen des interfraktionellen Anschlusses fortgesetzt. Es wird sich dann zeigen, inwieweit der Bürgerblock diese Belastungsprobe noch auszuhalten vermag.

## 800 000 Metallarbeiter

sollen am 23. Februar auf die Straße

Kurz vor Redaktionsschluss berichtet uns die Telegraphen-Union:

Wie von Arbeitgeberseite mitgeteilt wird, hat der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller beschlossen, zur Unterstützung der bereits seit 4 Wochen im Abwehrkampf befindlichen mitteldeutschen Metallindustriellen die Gesamtsperre in der deutschen Metallindustrie ab 22. Februar vorzunehmen. Von dieser Maßnahme werden insgesamt 750 000 Arbeiter betroffen, so daß von diesem Zeitpunkt ab unter Hinzuziehung der in Mitteldeutschland ausgeperrten Metallarbeiter 800 000 Metallarbeiter ausgeperrt sein würden.

Ergebnis so, daß selbst der Staatsanwalt es äußerst dürrig finden muß. „Die meisten Lehrer gingen nicht auf uns ein. Sie gaben sich mehr Mühe, uns den Lehrstoff einzupauken, als uns zu verstehen. Es gab nur zwei Herren, die uns Verständnis entgegengebracht haben.“ Wer kennt nicht diese Schulmeister, von denen Paul Krantz sprach? Gerade die Lehrer der sogenannten höheren Schulen haben eine Fertigkeit in solchem Paukbetrieb, die nur mit einer anderen konkurriert: die mit einem Mädel ertappten Schüler ins hochnotpeinliche Kreuzverhör zu nehmen.

Und die Eltern? Wir wollen dem Urteil nicht vorzueilen, das sich erst aus der am Dienstag stattfindenden Aussage des Schellerschen Ehepaares bilden könnte. Aber die bisher bekannten Tatsachen genügen doch schon, um zu erkennen, wie gefährlich das extreme Gegenteil von der sonst bekannten elterlichen Zwangsherrschaft über die Kinder sein kann. Die Schellers haben ihre Kinder anscheinend tun und treiben lassen, so ziemlich alles, was sie wollten. Es mag dies keine pädagogische Fahrlässigkeit gewesen sein, es mögen hierfür Bedingungen maßgebend gewesen sein, die wir noch nicht kennen. Vielleicht werden wir am Dienstag einen interessanten Beitrag zur Auflösung der Familie im Kapitalismus erfahren, von der vor nunmehr achtzig Jahren schon das kommunistische Manifest sprach. Jedoch, wo sind heute diejenigen, die das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern gestalten helfen? Der Kapitalismus hat hier zerstört, aber er hat nicht einmal selbständig die Kräfte schaffen können, die innerhalb der Zerstörung ordnend wirken.

Eine Fülle von Problemen wirft dieser Prozeß auf. Während die anderen mit ihnen eine Sensation betreiben, werden wir Sozialisten aus ihnen eine weitere Anregung zum Sturz dieser Gesellschaftsordnung schöpfen.



# Reichshulausschuh der Volkspartei Die Haltung der Reichstagsfraktion gebilligt

WTB Berlin, 12. Februar.

Auf einer heute abgehaltenen Tagung des Reichshulausschusses der Deutschen Volkspartei, die aus dem ganzen Reich stark besucht war, legte Geheimrat Dr. Kunze in einem Referat die Richtlinien dar, die für die Deutsche Volkspartei bei ihrer Stellungnahme in der Frage des Schulgesetzes maßgebend waren. Der Redner erklärte am Schluß zu dem bekannten Brief Hindenburgs: Wir wollen keine Koalitions-schwierigkeiten machen; wir wollen nur unseren Standpunkt herausarbeiten. Der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, Reichsminister a. D. Dr. Schulz, bekräftigte die Ausführungen des Vorredners und bezeichnete es als bedauerlich, daß die deutschnationalen Vertreter im Bildungsausschuh des Reichstages sich immer nur auf die Seite des Zentrums gestellt und nicht ein einziges Mal die Forderungen der Deutschen Volkspartei unterstützt hätten. Dann sprach der Vorsitzende der Landtagsfraktion, Abgeordneter Dr. v. Campe. Er äußerte, das Gesetz in seiner gegenwärtigen Gestalt finde bei keiner Partei Zustimmung; auch nicht beim Zentrum und bei den Deutschnationalen. Nach einer Diskussion nahm die Versammlung einstimmig folgende Entschliessung an:

„Der Reichshulausschuh billigt die Haltung der Reichstagsfraktion. Er erkennt an, daß sie nach Rechten bewußt gewesen ist, ein den christlichen, nationalen und liberalen Schul- und Kulturforderungen entsprechendes Schulgesetz zu bringen. Er spricht ihr und insbesondere ihren Vertretern im Bildungsausschuh Dank für ihre Tätigkeit aus und erwartet, daß sie in ihrer weiteren Mitarbeit wie bisher für die großen Schul- und Kulturdziele der Deutschen Volkspartei eintreten wird.“

## Die Auffassung der Deutschnationalen

Die deutschnationale Pressestelle teilt mit: In der Presse sind Unklarheiten über Sinn und Absicht des Beschlusses des Reichspräsidenten hervorgetreten. Nach deutschnationaler Auffassung trifft es nicht zu, daß in dem Brief der Erledigung des Schulgesetzes eine geringere Bedeutung beigelegt werde als in sonstigen vom Reichspräsidenten genannten Aufgaben. Vielmehr geht die Meinung des Reichspräsidenten an die Parteien in erster Linie dahin, sich über das Schulgesetz zu einigen. Nur dadurch würde auch eine wirksame Voraussetzung für die Erledigung der anderen Aufgaben geschaffen werden. Die Deutschnationale Volkspartei ist ebenfalls gewillt, alles zu tun, um das Schulgesetz unter Dach zu bringen und damit die politischen und psychologischen Voraussetzungen für die dem Wunsch des Herrn Reichspräsidenten entsprechende Erledigung der sonstigen Aufgaben, einschließlich des Strafgesetzbuches, also für den weiteren Bestand der jetzigen Regierungskoalition bis zum verfassungsmäßigen Ende der Legislaturperiode, zu schaffen. Die Deutschnationalen sehen es also als die erste Aufgabe an, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um die Schwierigkeiten zu beseitigen, die einer Einigung über das Schulgesetz entgegenstehen.

Bemerkenswert ist die Beurteilung des Hindenburgbriefes durch den Pariser Temps. Das Blatt bezeichnet das vom Reichspräsidenten am März gerichtete Schreiben als Theatercoup. Wenn Hindenburg persönlich für die Wahrung der Koalition zuständig wäre, so besäße er damit das Spiel für die Nationalisten. Seine Initiative ließe in unvereinbarem Gegensatz zu der Zurückhaltung, die auch die deutsche Verfassung dem Staatsoberhaupt auferlegt.

## Wider den Imperialismus!

### Die amerikanischen Sozialisten für Nicaragua

(J. J.) Die Sitzung des Reichsparteivorstandes der Amerikanischen Sozialistischen Partei, die in Philadelphia stattfand, hat folgende Resolution für die Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus Nicaragua angenommen:  
„Das das Waholium und die Ausbreitung des amerikanischen Kapitalismus zu der Praxis führte, daß unsere Regierung sich mit bewaffneter Macht in die inneren und äußeren Angelegenheiten der weniger mächtigen lateinamerikanischen Völker einmischte, ein Vorgehen, das oft zu einem Kriegszustand führte, ohne daß dieser vom Kongreß der Vereinigten Staaten beschlossen worden wäre und der nach dem Völkerrecht unzulässig war,  
da ferner, eine solche militärische Intervention der Regierung der Vereinigten Staaten in Nicaragua seit dem 15. Mai 1927 die Niederschlagung und Verwundung von 600 Nicaraguaniern durch amerikanische Matrosen und von amerikanischen Offizieren geführte eingeborene Soldnertruppen zur Folge hatte,  
da schließlich unsere Nachbarn in Lateinamerika diese amerikanische Politik der gewaltsamen Einmischung, die nur dem Namen nach auf der Monroe-Doktrin beruht, mit Recht als die gefährlichste Form des finanziellen, kommerziellen und politischen Imperialismus ansehen, eine Meinung, die von der Mehrheit der gerecht denkenden Bürger unseres Landes geteilt wird,  
beschließt die Sozialistische Partei der Vereinigten Staaten, ernst und feierlichen Protest zu erheben gegen die jüngste Intervention sowie gegen jede gewaltsame Einmischung der Vereinigten Staaten in die inneren Angelegenheiten irgendeines anderen Landes als eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes dieses Landes, als Mißbrauch der Uebermacht und Hindernis der Förderung eines guten Einverständnisses zwischen den Nationen. Wir fordern die augenblickliche Zurückziehung aller amerikanischen Truppen aus allen Ländern, die nicht zum Gebiet der Vereinigten Staaten gehören. Weiterhin soll ein Ueber-einkommen getroffen werden, wonach in Zukunft alle Streitfälle zwischen unserem und irgendeinem anderen Land, die nicht durch direkte diplomatische Verhandlungen beigelegt werden können und den Frieden gefährden, der gütlichen Vermittlung und einem Schiedsgericht unterbreitet werden.“

### Vor dem Ende

III London, 13. Februar.

Nach Meldungen aus Washington soll sich General Sandino mit seinen Streitkräften auf der Flucht nach Honduras befinden. Nach den letzten in Washington vorliegenden Nachrichten sollen die Truppen Sandinos an Munkiyangmanal leben. Escobar, Zorah erklärte beim Bekanntwerden dieser Meldungen, daß die Aussichten für die Beendigung des Bürgerkrieges in Nicaragua recht günstig seien. Im ganzen seien seit Beginn der Feindseligkeiten 12 Amerikaner und 156 Nicaraguener getötet worden.

## Hoover Präsidentschaftskandidat

III Paris, 13. Februar.

Hoover meldet aus Washington, daß Handelssekretär Hoover offiziell seine Absicht bekundet, sich bei den Präsidentschaftswahlen als republikanischer Kandidat aufstellen zu lassen.

# Gute Zeiten für Fememörder

## Ein fideles Gefängnis

Die deutschnationalen und völkischen Schutzpatrone der Fememörder bemühen sich jetzt bei allen Instanzen, für die Mordgefallen aus der ehemaligen schwarzen Reichswehr Begnadigung und zunächst alle möglichen Vergünstigungen herauszuschlagen. Sie bearbeiten die höchsten Reichsstellen, ebenso wie die preussischen Ministerien und suchen in der Öffentlichkeit Mitleid mit den nationalgefärbten Mordern zu erwecken. Kugenscheinlich unter dem Eindruck dieser Propaganda ist den vier rechtskräftig zum Tode Verurteilten, Schulz, Klapproth, Umhofer und Fuhrmann, schon eine wesentliche Erleichterung zuteil geworden. Die drei letzteren befinden sich zwar noch in Plötzensee, aber nicht in sogenannten Mordzellen, und zu ihrer Bequemlichkeit ist, wie der Vorwärts berichtet, jedem von ihnen ein Bekanntschaft in die Zelle gestellt worden, während andere, die nicht so schwerer Verbrechen schuldig sind, auf Holzstühlen hocken müssen. Außerdem ist ihnen ein besonderer Beamter zugeteilt worden. Der Häuptling der Gesellschaft, der Oberleutnant Schulz, ist wegen Krankheit nach Moabit zurückerufen, wo er sich in einer Krankenzelle befindet.

Am 5. Februar hatte Herr Schulz Geburtstag, er durfte trotz seiner Krankheit und Gefängnishaft nicht weniger als 16 Gratulanten empfangen, die ihm große Blumensträuße brachten. Unter den Gratulanten befanden sich u. a. der Herr Buchruker Rüstener Anpender, ein Herr v. Bape und der Stahlhelmführer und Vizepräsident Seiditz.

Fürwahr ein fideles Gefängnis! Welt man ist es in Deutschland üblich, zum Tode verurteilte Schwerverbrecher so entgegenkommend zu behandeln? Man braucht nur an die Drangsalierung des Kommunisten Hölz und andere verurteilte Arbeiter zu denken, um die himmelschreiende Ungerechtigkeit in der verschiedenen Behandlung zu erkennen. Dabei muß man sich immer erinnern, mit welcher wichtigen Rolle die Klapproth und Konjonten nach den vor Gericht gemachten Feststellungen ihre Opfer gemordet und hingschlachtet haben. Das Gericht hat sich nach diesen Feststellungen deshalb keineswegs auch nicht dazu entschließen können, die schrecklichen Mordtaten als aus politischen Motiven entsprungen anzuerkennen. Man bemüht sich deshalb nachträglich, noch die Anerkennung der Morde als politische Verbrechen zu erzwingen. Wie eine Berliner Korrespondenz meldet, hat der Verteidiger des Oberleutnants Schulz für diesen und die drei anderen Verurteilten einen Antrag eingebracht, in dem um eine Ergänzung des im Wilmsoergangenen Urteils ersucht wird. In dieser Weise soll die Feststellung der politischen Motive der vier zum Tode Verurteilten nachträglich getroffen werden, während in der damaligen Urteilsbegründung nur ausgeführt wurde, daß sich Oberleutnant Schulz zur Tat verpflichtet gefühlt habe.

Interessant ist, daß neben andern rechtsstehenden Kreisen auch die Agrarier, die angeblich unter den „brüderlichen Diensten“ und den „überspannten sozialen Lasten“ zusammenbrechen, für die Fememörder Geld übrig haben. Das beweist ein Aufruf, der in der Nummer 23 des Kamener Landwirts abgedruckt und wahrscheinlich auch in andern Organen erschienen ist. Dieses interessante Dokument lautet:

Aufruf an unsere Freunde!

Hilft den Opfern der Femehetze!

Oberleutnant Schulz hat am 5. Februar Geburtstag! Oberleutnant Schulz und seinen drei Freunden muß sofort geholfen werden. Diese vier der tapfersten der deutschen Soldaten,

denen Deutschland großen Dank schuldig ist, gehören nicht in das Zuchthaus.

Es handelt sich nicht nur darum, sie vor der Hinrichtung zu retten, nicht nur darum, zunächst ihre Begnadigung zu lebenslänglichem Zuchthaus oder zu lebenslänglicher Festungshaft durchzusetzen. Es handelt sich darum, sie aus dem Kerker zu befreien, und ihnen Freiheit und Ehre wiederzugeben.

Eine Wiederaufstellung des Prozesses muß durchgeführt, ein Wiederaufnahmeverfahren eingeleitet werden. Schutz und seine Freunde müssen frei werden.

Zur Führung des Wiederaufnahmeverfahrens und des Prozesses gehört aber Geld. Oberleutnant Schulz hat am 5. Februar Geburtstag. Oberleutnant Schulz bittet unsere Freunde, mitzukommen, die Mittel heranzuschaffen, um das Wiederaufnahmeverfahren finanziell zu sichern.

Freunde! Oberleutnant Schulz, der tapferste Soldat, darf nicht umsonst gebeten haben! Darum helfe jeder mit! Darum sende jeder sein Scherflein...

Der Deutsche Vorwärts errichtet einen Kampffonds Schulz. Geldspenden richte man an das Postkontto „Der Deutsche Vorwärts“. Auf der Rückseite der Zahlkarte bemerke man „Für Kampffonds Schulz“.

Die Verfügung über den Kampffonds hat Herr Oberleutnant Schulz persönlich!

Sie enthüllen sich immer mehr, die Herrschaften, die nach Reichshilfe rufen, die ihre Mitglieder aufzusuchen möchten zu einer Revolte und zur Stürmung der Finanzämter, nur weil ihr Profit es erfordert. Sie jammern über Notzustände und erlassen einen Aufruf zur Rehabilitation von Mordbuben. Dreißter und anmahnender ist wohl auch noch nie eine Gruppe aufgetreten, als die der Landbändler, deren Kampfpatole Demagogie und Heuchelei ist.

## Auch eine „nationale Tat“

Nach Abschluß der Voruntersuchung gegen den Feldwebel Nikolai Reim und den Feldwebel Bog, wegen Mordes begangen an dem Feldwebel Legner, erhielten die Zeit-Notizen zur Vorgeschichte des Mordes nach die folgenden Details:

Legner war im Jahre 1923 Verwalter einer Kantine der Schwarzen Reichswehr im Lager von Alfterhof. Eines Tages traf er im Kellerraum seiner Kantine den früheren Oberleutnant Raphael an, der gerade im Begriff stand, ein etwa 16-jähriges Mädchen, das gelegentlich in der Kantine zur Ausschilfe tätig war, zu vergewaltigen. Das Mädchen wehrte sich heftig und schrie. Legner machte dem Raphael in erregtem Tone Vorhaltungen, die dieser mit den Worten abwies: Was fällt Ihnen ein? — Ich bin Offizier! Legner erwiderte darauf: „Mensch, mach doch keine Witze. Früher mal. Weist du nicht, was wir zusammen 800 Weden verschoben haben?“

Raphael ließ von dem Mädchen ab, beschloß aber, dem Legner eins auszuwichsen, und verbreitete fortan die Nachricht, Legner sei ein Ententestückel; man habe ihn beim Betreten des Gebäudes der Interaktion Militärkontrollkommission beobachtet. Auf dieses Verdachtsmoment hin wurde Legner ermordet.

Die Staatsanwaltschaft III wird sich jetzt darüber schlüssig werden, ob auch gegen Raphael, der bereits wegen Teilnahme an der Ermordung des Schwarzen Reichswehr-Soldaten Großhufe (Halt Schürz und Gen.) in Landsberg a. d. Wartze zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, Anklage erhoben werden soll.

## Mussolinis Wahlgesetz

### Nur Faschisten dürfen Abgeordnete werden

Ueber das vom Großrat des Faschismus kürzlich beschlossene Wahlgesetz werden jetzt nähere Einzelheiten bekannt. Zur Abgabe seines „Ja“ oder „Nein“ für die vom großen Faschistentag aufgestellte Einheitsliste wird derjenige zugelassen, der das 21. Lebensjahr überschritten und den Nachweis erbracht hat, daß er kein Nichtstuer ist. Aber auch die Bürger, zwischen 18 und 21 Jahren, wenn sie bereits Weib und Kind besitzen. Ob das Ja und das Nein öffentlich oder geheim ausgesprochen werden wird, ist noch nicht bekannt. Für den Wahlkandidaten selbst ist kein Mindestalter vorgegeben. Er muß nur einem der anerkannten Syndikate oder einer anerkannten Körperschaft angehören. Die verschiedenen Korporationen und die außerhalb der Korporationen stehenden anerkannten Körperschaften werden für je einen ihnen zugewiesenen Abgeordneten zwei Kandidaten bezeichnen, unter denen dann der große Faschistentag den ihm gesuchten bezeichnen wird.

Die Zeit für die neuen Parlamentswahlen nach dem neuen System kann ungefähr mit dem Termin der Neuwahlen in Deutschland, Frankreich und England zusammenfallen.

Mussolini exportiert mit diesem „Wahlgesetz“ der italienischen Bourgeoisie die Korrektur parlamentarischer Machtverhältnisse, die aus demokratischen Wahlen hervorgegangen sind. Sein Faschismus ist eben nachher brutaler, als der, den die kapitalistischen Klassen in demokratischen Ländern üben.

## Die jugoslawische Regierungskrise

III Belgrad, 13. Februar.

Nachdem die Mission des Slupschinapresidenten Vertitsch gescheitert ist, betraute der König gestern nachmittag den ehemaligen Ministerpräsidenten Wukitschewitsch erneut mit der Kabinettbildung. Wukitschewitsch hat die Besprechungen mit den Führern der bisherigen Koalitionsparteien bereits aufgenommen. Vom mohamedanischen Klub wurde Wukitschewitsch Unterstützung zugesichert.



Der demokratische Parteiführer Dawidowitsch

## Deutsche und polnische Sozialisten

SWO Warschau, 13. Februar (Radio).

Die deutschen und polnischen Sozialisten haben einen gemeinsamen Wahlaufsatz erlassen, in dem gesagt wird, daß das gegenwärtige Bündnis auch für die künftige parlamentarische Tätigkeit beibehalten werden soll. Die Arbeitermassen müßten zum Kampf für den Frieden, die Demokratie und den Parlamentarismus vereint werden. Der gemeinsame Wahlaufsatz verpflichtet zur Lösung der Frage der deutschen Minderheit in Polen. Dabei würden die SPD und die DSW im künftigen Parlament anstreben:

1. Vollkommene Gleichberechtigung der deutschen Minderheit auf sämtlichen Gebieten des Rechts und täglichen Lebens, sowie des Anrechts deutscher Arbeiter und Angestellten auf Arbeit in staatlichen Unternehmungen.
2. Gleiche Behandlung der deutschen Minderheit mit polnischen Bürgern hinsichtlich der sozialen und Wirtschaftspolitik.
3. Benutzung der deutschen Sprache im Verwaltungs- und Gerichtswesen.
4. Freie Entwicklung des Kulturschulwesens und der Sprache, sowie Anrecht auf eine entsprechende Anzahl deutscher Schulen.
5. Autonome Organisation nationalkulturellen Lebens der deutschen Minderheit.

## Polens Antwort an Litauen

III Warschau, 12. Februar.

Die polnische Antwortnote auf die Note der litauischen Regierung vom 18. Januar d. J. wurde heute im Wortlaut veröffentlicht. Sie ist ein Schriftstück, in dem sich der Außenminister Jaleski direkt an den Ministerpräsidenten Wolodemas richtet. Jaleski verwahrt sich zunächst dagegen, daß es Wolodemas in seinem Schreiben vom 10. Januar für notwendig gefunden habe, seine, Jaleskis, angeblich unrichtige Wiedergabe der Genfer Unterredung richtigzustellen und wünscht, daß alle Gespräche, die er mit Wolodemas künftig führen sollte, kriegsgraphisch, protokolliert und von beiden unterzeichnet werden müßten. Jaleski kritisiert dann weiter die Auffassung von Wolodemas, wonach der Völkerbund hinsichtlich der Resolution des Völkerbundesrates vom 10. Dezember v. J. der Meinung sei, daß mit Rücksicht auf gewisse Gegenstände, die Polen und Litauen entzweiten, die Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern nicht normal sein können, und fährt fort:

„Im Sinne dieser Betrachtungsweise, die sich auf eine unzureichende subjektive Interpretation der Resolution des Völkerbundesrates stützt, würden die Beziehungen zwischen Polen und Litauen nichts mit den Beziehungen gemeinsam haben, die normalerweise unter den Mitgliedern des Völkerbundes bestehen, sondern ganz im Gegenteil, sie müßten einen normalen Charakter tragen. Insofern sie tatsächlich dieser Auffassung sind, fühle ich mich veranlagt, zu erklären:

„daß die polnische Regierung sich mit einer derartigen Interpretation nicht nur nicht einverstanden erklären kann, sondern sie würde in einer solchen Interpretation ernsthafte Gefahren erblicken,

die dem Werke der Befriedung der Beziehungen zwischen Polen und Litauen, die so glücklich in Genuß gekommen hat, drohen würden. Um alle möglichen Mißverständnisse zu vermeiden, würde ich Sie bitten, mich klar und deutlich darüber zu informieren, ob die litauische Regierung wünscht, die Resolution des Völkerbundesrates dem Buchstaben und dem Inhalt nach zu bekräftigen und ob sie bereit ist, solch die Verhandlungen aufzunehmen zum Zweck der Herbeiführung guter, normaler, unabwärtlicher Beziehungen zwischen Polen und Litauen.“



# Ein Anti-U-Boot-Pakt?

Vor einer Woche wurde aus Washington eine Erklärung des Staatssekretärs der Vereinigten Staaten, Kellogg, gemeldet, in der dieser die Bereitwilligkeit seiner Regierung auspricht, einen internationalen Pakt abzuschließen, durch den die Abschaffung der U-Boot-Waffe herbeigeführt werden sollte. Die Zeitungen der amerikanischen Imperialisten versuchten diese Erklärung als einen Beweis des Friedensstrebens und der Abrüstungsbereitschaft der Vereinigten Staaten hinzustellen. Daß sie beides nicht ist, ist in einer kurzen Anmerkung an diese Meldung sofort festgestellt worden.

An die Erklärung Kelloggs hat sich eine Diskussion geknüpft, die von der nationalen Presse jener Länder geführt wird, die als Großmächte sich an dem Pakt beteiligen sollen. Denn Kellogg hatte in seiner Erklärung ausdrücklich betont, daß für die Vereinigten Staaten allein eine Einstellung des Baues von Unterseebooten nicht in Betracht kommen könne. Erst dann, wenn sich alle Großmächte für die Abschaffung der U-Boot-Waffe aussprechen würden, könnten auch die Vereinigten Staaten auf sie verzichten. Die Presse der englischen Imperialisten machte mit besonderer Genugtuung darauf aufmerksam, daß die englische Delegation auf der Washingtoner Abrüstungskonferenz im Jahre 1921 einen ähnlichen Vorschlag gemacht habe, wie er jetzt von Kellogg kommt. Damals hätten die Vereinigten Staaten diesen Vorschlag nicht unterstützt. Sie fragt, welche Gründe denn den Wechsel in der amerikanischen Haltung herbeigeführt haben könnten.

Die Gründe liegen gar nicht so weit abseits. In den sieben Jahren, die zwischen 1921 und 1928 liegen, ist der Aufstieg der Vereinigten Staaten von Nordamerika zur beherrschenden Weltmacht ununterbrochen und im kürzesten Tempo vor sich gegangen. Sie sind damit auch in die vorderste Linie der Seegroßmächte eingerückt, so daß für sie jetzt eine große und starke Flotte mit großen Schiffschiffen eine ganz andere Bedeutung hat, als früher. Daraus folgt aber, daß sich auch die Bedeutung der U-Boot-Waffe für die Vereinigten Staaten geändert hat. Das U-Boot wird besonders von den kleinen Seemächten als Angriffswaffe außerordentlich geschätzt und Frankreich, Italien und auch Japan haben in den letzten Jahren ihre U-Boot-Streitkräfte ganz erheblich ausgebaut. Japan hat in den letzten 6 Jahren etwa 50 U-Boote auf Stapel gelegt, während es seit dem Waffenstillstand im ganzen schon 61 fertiggebaut hat. In dem gleichen Zeitraum haben die Vereinigten Staaten ihre U-Boot-Flotte nur um 30 Boote vermehrt, so daß unzweifelhaft auf diesem Gebiete Japan den Vereinigten Staaten überlegen ist. Diese Überlegenheit ist es, die den Vereinigten Staaten ernste Sorgen bereitet, von denen ihre Staatsmänner natürlich gern befreit sein möchten. Es ist ja nicht Japan allein, das seine U-Boote so erheblich vermehrt hat, und sie dauernd weiter vermehrt.

Die japanische Regierung hat in diesen Tagen ein neues Programm für den Bau von Unterseebooten bestätigt und in der Begründung hebt sie ausdrücklich hervor, daß an eine Abschaffung der U-Boot-Waffe in absehbarer Zeit nicht zu denken sei. Aus Frankreich kommt die Meldung, daß für die französische Marine jenseit ein drittes Unterseeboot eines neuen Typs bestellt worden ist, dessen Aktionsbasis 8000 Meilen betrage, und das in der Lage sein soll, Brennstoffvorräte mitzuführen, die es ihm ermöglichen, ununterbrochen 60 Tage unterwegs zu bleiben.

Daß diese stark bewaffneten Unterseeboot-Flotten den Vereinigten Staaten bei ihrer offenkundigen imperialistischen Politik, die zum Kriege führen muß, nicht angenehm sind, ist leicht einzusehen. Daher der Vorschlag von Kellogg, einen internationalen Pakt zu ihrer Abschaffung abzuschließen. Aber die Interessen der Vereinigten Staaten sind in diesem Falle nicht die Interessen der anderen Großmächte, die sich an dem Pakt beteiligen sollen. Und soweit sich bisher aus der Diskussion, die zwar nicht von den offiziellen Diplomaten, dafür aber von der ihnen jederzeit willigen Presse geführt wird, erkennen läßt, denken weder Japan noch Frankreich, noch Italien daran, sich an diesem Pakt zu beteiligen. Keines dieser drei Länder, die als Großmächte gelten, will ohne Not und Zwang auf die Seefriedenswaffe verzichten, die ihm im Falle eines Krieges gegen die Vereinigten Staaten oder eine andere Macht die wertvollsten Dienste leisten soll. So nebenbei hat sich auch Deutschland an der Diskussion beteiligt. Der Admiral Scheer, der sich gern als Träger der Seeschlacht bei Rütland feiern läßt, hat die Herstellung der telephonischen Verbindung zwischen Deutschland und Amerika benützt, um der Redaktion einer hundertprozentigen amerikanischen Zeitung mitzuteilen, daß das U-Boot die Waffe der kleinen Seemächte sei, die man ihnen nicht wegnehmen könne. England, das als Inselreich und wegen seiner Besitzungen in Asien, Afrika, Amerika und den Ozeanen die U-Boot-Waffe mehr schätzt, wäre wahrscheinlich gern bereit, sich an den von Kellogg vorgeschlagenen Pakt zu beteiligen. Aber da die anderen nicht wollen, so wird aus dem ganzen Pakt vermutlich nichts werden. Und statt der Abschaffung der U-Boote wird das Aufrüsten auch dieser Seefriedenswaffe weitergehen. Welche Ausmaße im Weltkriege noch möglich sind, und welche Lasten den Völkern da noch aufgebürdet werden können, das läßt das gewaltige Flottenbauprogramm der Vereinigten Staaten ungefähr ahnen. Nicht der gute Wille irgendwelcher kapitalistischer Staatsmänner, nicht die Vorschläge irgendwelcher Imperialisten werden die Abrüstung und die Sicherung des Friedens bringen, sondern einzig und allein der durch den Kampf der Arbeiterklasse um die politische Macht und zu erringende Sieg in ihrem weltgeschichtlichen Ringen.

# Spaltung der belgischen KP?

In dem Brüsseler Kommunistenblatt hat das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale neuerdings einen **Bannstrahl** gegen die sogenannten **belgischen Opportunisten** veröffentlicht, die übrigens mit den Sozialdemokraten und den Kapitalisten auf die gleiche Stufe gestellt werden. Das Manifest fordert die belgischen Kommunisten auf, reinen Tisch zu machen.

Der belgische Opportunistenführer van Overstraten hat auf diesen Bannstrahl in der gleichen Nummer des Brüsseler Kommunistenorgans seine Antwort erteilt, in der es heißt: **Der Brief des Exekutivkomitees der Internationale ist eine ekelnde Spekulation auf die Furcht der kommunistischen Arbeiter vor der Parteispaltung.** Aber diese grenzenlose Heuchelei verdeckt nur den offenkundigen Willen, die Spaltung herbeizuführen. Man organisiert eine unheimliche Hege gegen die Opportunisten und stellt sie vor die Wahl des politischen Selbstmordes oder der Ausstoßung. Sinowjew hat gewählt, wie werden ihm nicht folgen.

Es ist anzunehmen, daß nach diesen, steinewürdigen Kundgebungen der formelle Ausschluß von Overstraten und seiner Anhänger nicht mehr lange auf sich warten lassen wird.

# Die Angst vor dem Proletariat

## Faschismus der Banken

Die Wiener Arbeiterzeitung beleuchtet unter dieser Überschrift die Zusammenhänge, die zu dem Sturz der Arbeiterregierung in Norwegen geführt haben. Sie sagt darüber:

Zwölf Tage war die norwegische Arbeiterregierung im Amt, um in der ersten Sitzung des Parlaments, in der sie ihr Programm vorlegte, zu fallen. Mit Spannung hat die ganze Welt diese Episode verfolgt. Mit lebendiger Anteilnahme hat die Arbeiterklasse in dieser Erfahrung wieder bestätigt gefunden, daß die Bourgeoisie zwar sie und da die Arbeiterpartei in eine Koalition aufnimmt, um eine gefährliche Kraft zu binden, daß sie aber, wo immer sie es verhindern kann, eine Regierung, die auch nur ein bescheidenes Maß von Arbeiterforderungen durchzuführen strebt, nicht duldet. Aber das norwegische Beispiel lehrt nicht nur, daß die Bourgeoisie den Klassenkampf unerbittlich führt. Es zeigt zugleich sehr deutlich, welche Mittel sie in diesem Kampfe anwendet.

Nachdem sie die gleichen Vorgänge am Ende des Ruhrkrieges in Deutschland, wo im Herbst 1923 das Großkapital die Sozialdemokratie aus der Regierung hinauswarf, 1925 in Frankreich und 1926 in Belgien erwähnt hat, heißt es weiter:

Damals, im Zusammenhang mit diesen Geschehnissen, prägte Vandervelde das Wort: **Der Faschismus der Banken**. In der Tat: was hier immer wieder in verschiedenen Ländern auf dieselbe Weise geschehen, bedeutet nichts anderes als die Überwälzung einer verfassungsmäßig, nach dem Willen der Wähler zustande gekommenen Regierung durch den Eingriff der Geldmächte. Es ist die Vergewaltigung der Mehrheit durch eine kleine, aber mächtige Minderheit, die Verfassung, nein, die Aufhebung der Demokratie durch die Macht des Kapitals.

Nur das angewendete Mittel unterscheidet diese Form der Diktatur von jener andern, die mit dem Knüttel auf die demokratischen Freiheiten losgeht; im Wesen ist der Faschismus der Banken von jenem der Banken nicht verschieden. Der eine beugt den Willen des Volkes durch die Verfügung über die Mittel der Gewalt. Der andre korrumpiert den Willen der Wähler durch die uneingeschränkte Herrschaft über das Mittel des Geldes. Der eine

herrscht durch Kitzel und Kastriermesser, der andre ebenso absolut durch Kuro und Kredit. Der eine erwirgt die Demokratie durch die Vergewaltigung der Freiheit, der andre durch die Verweigerung der Zirkulation, durch die Land am Lebensnerv der Wirtschaft. Es ist eine fürchterliche gefährliche Macht, die sich in diesen Akten auf die Volkswirtschaft offenbart, und die Arbeiterklasse wird gut daran tun, rechtzeitig darüber nachzudenken, mit welchen Mitteln der bisher unbegrenzten Gebietsmacht des Bankenfascismus beizukommen ist. Denn auch als Mittel der ausländischen Intervention sind heute Ansehen mächtiger als Armeen.

Und beide Formen des Faschismus entspringen auch derselben Quelle. Die kapitalistische Herrschaft ist wirtschaftlich wieder stabilisiert; aber die bürgerliche Ordnung in einem großen Teile der Welt ist geistig enturzelt und politisch unsicher geworden. Die Bourgeoisie, durch den drohenden Ansturm der Arbeiterklasse erschreckt, hat in der Nachkriegszeit verschiedene Mittel zur Verteidigung ihrer bedrängten Herrschaft ergriffen. Sie hat ihre Zucht zum Bankenfascismus genommen, wie in Italien. Sie hat ihre unergründliche wirtschaftliche Macht, den Bankenfascismus mobilisiert, wie in Frankreich, Belgien, Norwegen. Sie greift zum Verrat ihrer Grundsätze, wie in England, wo sie nach hundert Jahren Koalitionsrecht die Gewerkschaftsfreiheit zurückverwehrt, nach Jahrhunderten glorreichen geschichtlichen Kampfes um die Rechte des gewählten Parlaments die Vorrechte des erblichen Oberhauses gegen das Unterhaus verklären will. Sie schließt sich, über alle nationalen und politischen Unterschiede, über Tradition und Gesinnung hinweg, zusammen, wie der Bürgerblock in Deutschland und der Rechtsblock in Frankreich, wie die tschechisch-deutsche Bourgeoisregierung in der Tschechoslowakei, wie Herr Scipels Einheitsliste in Oesterreich.

Aber das alles: der Faschismus, die Bankendiktatur, die reaktionäre Revisionierung ihrer eigenen Traditionen, die Kastrierung der Bourgeoisie, die Blockbildung in allen Ländern: das alles beweist nur eines — ihre Angst vor dem Proletariat. In dieser Angst ist ihr kein Gut zu heilig, kein Mittel zu schlecht. Laßalle hat vor wenigen Jahren die Arbeiter erkennen gelehrt, daß die bürgerliche Verfassung drei wirksame Artikel habe: Infanterie, Kavallerie und Artillerie. Wenn Laßalle heute lebte, könnte er aus den Erfahrungen des Klassenkampfes in allen Ländern die Lehre ziehen, daß die bürgerliche Verfassung der Welt in der Nachkriegszeit drei wirksame Kapitel kennt: Faschisten, Banken und Einheitslisten.

## Französischer Kriminalinspektor als Spion

### Zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt

Im Spionageprozeß gegen den französischen Kriminalinspektor **Emil Kraemer** vor dem fünften Strafsenat des Reichsgerichts wurde am Sonnabendnachmittag das Urteil verkündet. Entsprechend dem Antrage des Oberstaatsanwalts **Werner** verurteilte der Senat den französischen Beamten wegen verführerischer Auspähung militärischer Geheimnisse nach § 3 des Spionagegesetzes und § 43 des Reichsstrafgesetzbuches zu **fünf Jahren Zuchthaus** und Stellung unter Polizeiaufsicht. In der Urteilsbegründung führte Baumgarten aus: Die Zuständigkeit des deutschen Gerichts ist zu bejahen, da der Angeklagte seine Taten auch ins unbesetzte Gebiet spannte. Festgestellt teils durch Zeugen, teils durch Eingeständnis des Angeklagten, teils durch andere Beweismittel ist, daß Kraemer vom Februar 1926 bis zu seiner Verhaftung Ende September 1927 im Auftrage der Mainzer **Sekreté** nicht nur im Sinne der Spionageabwehr tätig war, sondern aktive Spionage in ganz umfassendem Maße getrieben hat. In sieben Fällen ist er der verführerischen Auspähung militärischer Geheimnisse, die im Interesse der deutschen Landesverteidigung geheimgehalten sind, überführt. Da nicht festgestellt werden konnte, was für Nachrichten Kraemer tatsächlich erhalten und verwertet hat, konnte Verurteilung nur wegen Versuchs Maß greifen. Diplomatischer Landesverrat nach § 92 des Strafgesetzbuches kommt nicht in Betracht. Mißbrauch der Urkunden wurden verneint, wenn Kraemer auch als französischer Beamter in Ausübung seines Berufes und nicht aus eheleider Gesinnung handelte. Andererseits ist Kraemer ein sehr gefährlicher Spion, der auch vor Drohungen und Erpressungen nicht zurückschreckte. Seine Tätigkeit war für das deutsche Reich von großer Gefährlichkeit. Er hat deutsche Reichsangehörige verlockt, ihr Vaterland zu verraten. Damit hat er den Verführten zum Teil schwere Zuchthausstrafen verschafft. Jeder Kulturstaat muß sich vor Kundschafterdiensten, die seinen Bestand gefährden, schützen. Frankreich ist bereits 1886 mit einem Spezialgesetz auf den Plan getreten. Andere Staaten, zuletzt Deutschland, folgten mit Spionagegesetzen. Jeder Staat würde sich ausgeben, wenn er sich vor dieser Spionage nicht schützte. Die Ueberzeugung der Öffentlichkeit wurde beim Angeklagten verneint, da sie nur bei politischer Gesinnung in Frage kommt!

Diese famose Urteilsbegründung ist das Schulbeispiel doppelter Moral. Man bestraft Spionage gegen die eigene Militärmacht barbarisch, zieht aber in selbst allen Nachbarstaaten raffinierte Spionageorganisationen auf und belohnt deren Kreaturen. Man gibt die Landesverräter der Verachtung der Mitwelt preis, verlockt aber gleichzeitig Angehörige von Nachbarstaaten mit allen Mitteln, gegen ihre Heimat Landesverrat zu begehen und belohnt diesen Landesverrat. Der Spion und Landesverräter für eigene Interessen ist ein Held, derjenige aber, der gegen diese arbeitet, ein verbrecherischer Schuft. Da jeder Staat natürlich stets nur zur „Abwehr“ in den Krieg eintritt, so wird Spionage natürlich auch nur zur „Abwehr“ betrieben. Deshalb bezeichnet jeder Staat seine angelegten Spione heuchlerisch mit „Abwehrlisten“. Von politischer Unklarheit zeugt, daß das Gericht dem französischen Beamten die Ueberzeugungsfähigkeit abspahrt und ihm damit geringe Milderungen des Strafmaßes vorenthält. F. K.

## Ein neuer bayrischer Skandal

SWD München, 13. Februar (Radio).

Der Prozeß, den die **Witwe Eisners** im Armentrecht gegen den bayrischen Staat um Zahlung einer Rente führt, sollte am Montag vor dem Landgericht München I beginnen. Bei der Eröffnung der Verhandlung teilte der Vorsitzende mit, daß der **klagte bayrische Staat noch keinen Anwalt benannt** habe, was eine Aussetzung und Vertagung des Prozesses um circa drei Wochen notwendig mache. Der genannte Termin des Prozesses ist noch nicht festgesetzt.

## Auch eine „hochpolitische Frage“

Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat am Mittwoch einen demokratischen Antrag angenommen, den Posten für eine **„Vertretung der Reichsregierung in München“**, der mit 24.000 Mark angelegt ist, als „**Wichtig**“ wegzulassen“ zu bezeichnen. Für diesen Antrag stimmten außer den Parteien der Linken zwei von den drei Ausnahmeparteien der Deutschen Volkspartei, von denen **Dr. Cramer** sich vorher nachdrücklich für die Berechtigung des Antrages ausgesprochen hatte. Cramer bezeichnet die Münchner Vertretung der Reichsregierung als ein überflüssiges Ueberbleibsel aus der Königszeit. Ein Vertreter des Finanzministeriums bemerkte zwar, daß eine so „hochpolitische

Frage“ nicht durch etatistische Mittel erledigt werden könne. Aber die Ausschlußmehrheit ist erfreulicherweise doch zu der Einsicht durchgedrungen, daß der Verkehr zwischen Berlin und München nicht als eine hochpolitische Angelegenheit diplomatischer Natur anzusehen und durch eine diplomatische Vertretung zu leisten sei, sondern daß es dafür bequemere, kürzere und billigere Wege gibt.

## Russischer Beobachter in Genf

SWB Genf, 11. Februar.

Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hat dem Generalsekretariat des Völkerbundes mitgeteilt, daß sie zu den am 20. Februar beginnenden Verhandlungen des Komitees für Schiedsgerichts- und Sicherheitsfragen den Direktor im Völkerkommisariat für auswärtige Angelegenheiten, **Boris Stein**, als Beobachter entsenden werde. Stein hat, wie erinnerlich, schon zur letzten Tagung des Vorbereitungsausschusses Litwinow nach Genf begleitet.

## Ein Kämpfer gestorben

SWD Paris, 11. Februar.

Der sozialistische Abgeordnete **Basly** ist am Sonnabend in der Stadt Lens, deren Bürgermeister er war, im Alter von 74 Jahren gestorben. Mit ihm verliert die Partei einen ihrer alten Kämpfer, der sich neben seiner Tätigkeit für Partei und Gemeinwohl durch die Reformarbeit, die er als Bürgermeister leistete, einen Ehrenplatz in der sozialistischen Bewegung Frankreichs gesichert hat. Lens, das durch den Krieg am schwersten gelitten hat, war die erste französische Stadt, die in geradezu vorbildlicher Weise wieder aufgebaut worden war.

Basly, dessen Vater Wäcker und dessen Mutter Hilfsarbeiterin in einem Kohlenbergwerk waren, verstarb schon im Alter von 10 Jahren. Im Hospiz von Valenciennes erhielt er zunächst eine dürftige Erziehung. Später arbeitete er als 14jähriger in der Kohlengrube. Im Jahre 1890 beteiligte sich Basly aktiv an einem Bergarbeiterstreik. Die Folge war, daß er seine Arbeit verlor. Seitdem ist er in der Gewerkschaftsbewegung tätig gewesen. Im Jahre 1890 wurde er vom Wahlkreis Was de Calais in die Kammer entsandt, der er bis zu seinem Tode ununterbrochen angehört hat.

## Notizen

Die Zwillingen der englischen und der griechischen Regierung ist ein Abkommen abgeschlossen worden, das die Entsendung britischer Offiziere für die Reorganisation der griechischen Gendarmerie vorsieht.

Die mexikanische Regierung hat 12 Aeroplane von England erworben, die kürzlich in Veracruz eintrafen und die als Militärflugzeuge verwendet werden sollen. Eine Gesellschaft zum Bau von Flugzeugen wird in Mexiko gebildet, deren Anlagen bei der mexikanischen Grenzstadt Tlaxuana, Nied. Kalifornien, errichtet werden sollen.

Am gestrigen Sonntag veranstalteten 400 Kommunisten in Athen eine Kundgebung auf den Straßen. Die Ordnung wurde durch die Polizei wieder hergestellt. Unter den Verhafteten befindet sich ein Pole.

Durch kantonale Organe des Kantons Tessin (Schweiz) sind zwei italienische Soldaten, die von den Wandernern an der schweizeritalienischen Grenze desertierten, wieder über die Grenze nach Italien abgeschoben worden. Die Presse des Kantons Tessin greift diesen Anlaß mit heftigen Protest auf.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Alfred Herze in Leipzig

Verantwortlich für den Inzeratenteil:

Jugo Sepsand in Leipzig

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig.

**Est mehr Früchte**  
und Ihr bleibt gesund!

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.







# Die Schülertragödie Krank-Scheller

## Schwere Zusammenstöße

### Neue Beweisanträge — Die Zeugin Matti

Der Prozeß Krank zieht weitere Kreise. Die deutschnationalen und schwarzen Dunkelmänner treten an die Front. Nicht etwa, daß diese Schulattentäter schon jetzt, noch im Verlaufe des Prozesses, die Notwendigkeit eingesehen hätten, aus der Schülertragödie Krank-Scheller die erforderlichen Schlüsse zu ziehen: für die Schaffung eines gesunden Geistes innerhalb der höheren Schulen, für die Förderung gesunder Vergnügungen und geistiger Ablenkungen, für eine vorbeugende sexuelle Aufklärung und biologische Erziehung der heranwachsenden Jugend sich zu hüten — nein, sie erheben ein Geschrei ob der trivialen Berichterstattung, die geeignet wäre, die Volkstüchtigkeit in der schlimmsten Weise zu gefährden.

Diese Hehe len die Berichterstattung — Einwände gegen die Art mancher Berichte mögen nicht ganz unberechtigt sein — mögen wohl den preussischen Justizminister und den Landgerichtspräsidenten veranlaßt haben, in eigener Person zur Gerichtsverhandlung Krank zu erscheinen. Wie zum Trotz geschah in diesem Augenblicke nichts, was einen Ausschluß der Öffentlichkeit gerechtfertigt und die Stillschließung gefährdet hätte. Es geschah auch nichts, was dem preussischen Justizminister vor Augen geführt hätte, wie unter Umständen in Moabiter Gerichtssälen projiziert wird. Wenn die Herren einige Stunden früher zur Stelle gewesen wären, so wären sie Zeugen gewesen, wie ein Vorsitzender lechzt aus dem Häuschen gerät, wie ein Staatsanwaltsassessor, mit einer knarrenden Leutnantsstimme begabt, ein hämisches Lächeln im Gesichtsaal zur Schau trägt, wie ein Erster Staatsanwalt sich mit allen Mitteln dagegen wehrt, daß einem achtzehnjährigen Angeklagten, dessen Kopf laut Öffnungsbefehl gefordert werde soll, Gerechtigkeit wird.

R Berlin, 12. Februar.

Der dritte Verhandlungstag entwickelte sich von vornherein außerst stürmisch. Die Staatsanwaltschaft hatte einen neuen Sachverständigen geladen, den Polizeiarzt und Revuearzt Dr. Blaczel. Er sollte über die Glaubwürdigkeit der Zeugin Hilbe Scheller ein Gutachten erlassen. Er kannte die Hilbe, weil er sie vor längerer Zeit auf Veranlassung des Herrn Scheller untersucht hatte.

R. A. Dr. Frey erhob gegen diese Ladung Protest. Er sei von ihr überzumpelt worden. Man habe ihn von der Ladung überhaupt nicht benachrichtigt. Ein Sachverständiger über die Glaubwürdigkeit dieser Zeugin sei auch überflüssig; ja unzulässig, nachdem das Gericht am vorhergehenden Tage es abgelehnt habe, den Vizepolizeipräsidenten Dr. Wolf zu dieser Frage als Sachverständigen zu hören.

Der Vorsitzende gab dem Staatsanwalt zu verstehen, daß das Gericht keiner weiteren Sachverständigen über die Glaubwürdigkeit der Hilbe Scheller bedarf. Der Staatsanwalt bestand jedoch auf Zulassung des Dr. Blaczel.

Der Staatsanwalt beharrte auf seinem Antrag und das Gericht war auf Grund der Strafprozeßordnung gezwungen, Dr. Blaczel als Sachverständigen zuzulassen, da er von der Anklage gestellt und zu Gerichtsstelle angewandt war. R. A. Dr. Frey behielt sich die Ladung der von ihm benannten Sachverständigen vor.

Darauf folgte ein neuer Vorstoß der Verteidigung gegen die Staatsanwaltschaft. In einem ausführlich begründeten schriftlichen Antrag forderte Dr. Frey die Ladung von etwa 20 neuen Zeugen. Es soll der Beweis erbracht werden, daß tatsächlich Günter Scheller derjenige gewesen war, der den verhängnisvollen Einfluß auf Paul Krank ausgeübt hat, und daß nicht umgekehrt dieser die härtere Persönlichkeit von beiden gewesen ist. Es soll ferner nachgewiesen werden, daß Günter Scheller ein minderwertiger Junge gewesen sei im Gegensatz zu Paul Krank, den man überall gern hatte. So sollte eine Zeugin belunden, daß ihr Mann und sie dem Günter Scheller kurz vor der Unglücksnacht das Haus verboten haben, da ein triftiger Grund vorhanden war, ihm den Verkehr mit ihren Söhnen zu verbieten. Einem seiner Mitschüler soll Günter Scheller gesagt haben: „Komm mal raus zu uns nach Mahlow, da ist alles sturmfrei.“ Zwei Bademeister sollten ihn als jächornigen, unzuverlässigen und unangenehmen Menschen charakterisieren, der es auch mit fremdem Eigentum nicht ernst genommen habe. Eine Reihe anderer Zeugen, sagte der Verteidiger Dr. Frey, würden über die Anschaffung des Revolvers belunden können. Wieder andere über die Zeugin Hilbe Scheller: z. B., daß sie auch mit anderen Schülern Beziehungen unterhalten habe und daß am 10. Februar im Hause Scheller ein Kostüm in fest stattfinden soll, zu dem an die Freundinnen der Zeugin Einladungen des Inhalts ergangen seien: „Mittig gestattet, daß ich dich zu meinem Kostümfest am 10. Februar einlade“.

Verteidiger: Ich bin der Ansicht, daß die Staatsanwaltschaft all die Zeugen, die etwas zu Ungunsten des Krank auszusagen könnten, geladen hat, daß sie aber alles ausgeschaltet hat, was nur einermöglichen zu seinen Gunsten spricht.

Staatsanwalt Steinbeck erklärte, daß er bereit sei, eine größere Anzahl der angebotenen Beweise als wahr zu unterstellen, und daß er eine andere Reihe von Beweisen für unerheblich erachte. Er erklärte sich einverstanden mit der Ladung des Vaters des Angeklagten Krank, dem Elinor Matti gesagt haben soll, sie habe dem Untersuchungsrichter die Unwahrheit gesagt, des Direktors des Oberincunums Marienbofs und einiger anderer Zeugen.

R. A. Frey widerspricht diesem Standpunkt der Staatsanwaltschaft. Es genüge nicht, etwas in bezug auf Günter Scheller als wahr zu unterstellen und es dürfe nichts für unerheblich angesehen werden, wodurch die Persönlichkeit des Angeklagten in das rechte Licht gerückt werde. Krank soll der Mittäter sein. Da ist es das Recht der Verteidigung, diesen Mittäter dem Gericht zu zeigen, wie er wirklich ist.

Das Gericht beschließt nach längerer Beratung, die Anträge der Verteidigung bis auf drei abzulehnen. Geladen werden der Vater Krank, der Direktor der Oberrealschule, die Krank und Scheller besuchten und der Direktor des Lyseums, in dem Hilbe Scheller Schülerin war. Endlich kann in der Beweisuntersuchung fortgefahren werden. Es ist bereits 1/2 Uhr geworden. Unter größter Spannung des Gerichtssaales — er ist nicht weniger überfüllt als an den ersten beiden Verhandlungstagen — tritt die 16jährige

### Elinor Matti

an den Zeugentisch. Sie macht einen nicht weniger netten Eindruck als ihre Freundin Hilbe Scheller. Sie ist auch nicht weniger intelligent als diese. Ihre Aussagen macht sie mit lauter Stimme, mit fliegender Sprache, aber mit größter Vorsicht.

Der Vors.: Sind Sie mit Hilbe Scheller befreundet?

Zeugin: Ich weiß es nicht (allgemeine Heiterkeit).

Vors.: Was heißt, Sie wissen es nicht?

Zeugin: Die Eltern wünschen es nicht. Sie wissen nicht, ob das, was die Zeitungen sagen, wahr ist oder nicht.

Vors.: Kennen Sie den Angeklagten?

Zeugin: Ja, ich habe ihn vor der Nacht von Montag auf Dienstag etwa fünfmal gesehen.

Vors.: Erzählen Sie, was Sie wissen.

Die Zeugin erzählt, wie sie am Sonntag nach Mahlow zu Hilbe gefahren sei und sich am Abend in Berlin von ihr trennte. Am nächsten Morgen, es war am Montag, hat Hilbe sie vom Bureau aus angerufen. Hilbe wollte am Abend das Theater besuchen und dann bei ihr übernachten. Abends erschien dann Hilbe und rief sie von unten ans Fenster: Sie wolle noch etwas aus ihrer Wohnung zum Schlafen holen. Die Zeugin ging mit. Unten am Hause stand Stephan. Als sie alle drei bei der Schellerschen Wohnung angekommen waren, befanden sie sich im Zweifel, ob sie Stephan nach oben mitnehmen sollten. Hilbe sagte: „Ich kann Hans doch nicht mit aufnehmen. Du weißt doch, er ist mit Günter verknüpft. Geh doch zuerst hinauf.“ Oben traf sie Günter Scheller und Paul Krank an. Wie Hilbe den Stephan in die Wohnung hinaufgebracht hat, hat die Zeugin nicht gesehen. Während Günter, Paul und Elinor im Speisezimmer waren, küßten sich Paul und die Zeugin. Dann verließ plötzlich Günter.

Vors.: Hat er etwa übergenommen, daß Paul Ihnen den Hof machte?

Zeugin: Nein, Günter hatte ein Mädel, das er gern hatte.

Es folgt dann die Erzählung der Zeugin, in der sie die Aussagen der Hilbe Scheller bestätigt, wie Hilbe und Hans Stephan in das Zimmer gekommen waren, in der sie sich mit Krank befand, wie Hans Stephan und Krank nach Hause gehen wollten, wie sie schließlich beschlossen, alle vier in der Wohnung zu bleiben — die Zeugin macht hier nur zögernde Angaben — wie Hilbe durch das Fenster aus der Wohnung stieg, um bei Elinors Mutter die Erlaubnis zum Übernachten ihrer Tochter im Schellerschen Hause zu holen, wie es Elinor verdröht wurde, und wie sie schließlich die Wohnung verließ.

Der Vorsitzende: Waren Sie eine Zeit mit Paul Krank allein im Kinderzimmer?

Zeugin: Ja.

Vors.: Was haben Sie da gemacht?

Zeugin: Wir haben uns gefügt. Paul Krank sagte, er liebe mich mehr als die Hilbe. Ich traute ihm aber nicht.

Jetzt ist's so weit!

daß wir Ihnen bald den Tag u. die Stunde unserer **Eröffnung** bekannt geben können! Wir eröffnen **Frankfurt 16 I. Etage**

Wir haben keine Schaufenster, deshalb große Unkostensparnisse, die wir der Kundschaft zugute kommen lassen!

Auserlesene Verkaufsstelle für **Kleiderstoffe**, **Seidenstoffe**, **Waschstoffe**, **Herrn-Stoffe**

**PONDER & CO**  
 Petersstraße 16 I. Etage



# Bürgerblut und Sozialpolitik

## Der Haushalt des Arbeitsministeriums vor dem Reichstag

Berlin, 11. Februar.

Junächst bittet Abg. D. Mumm (Dn.) mit Rücksicht auf die Berichterstattung über den Krankheitsprozeß folgenden Antrag sofort ohne Aussprache an den Rechtsausschuß zu verweisen: § 17a des Pressegesetzes soll lauten:

**„Prozeßberichte, die geeignet sind, das Geschlechtsgefühl der Jugend zu überreizen oder irregulieren, sind verboten.“**

Präsident Vöbe: Der Antrag kommt überraschend, ist aber zweifellos aktuell. Vielleicht können wir uns am Schluß der Sitzung darüber schlüssig werden, damit die Fraktionen inzwischen den Inhalt beraten. — Das Haus beschließt so.

Bei der zweiten Beratung des Etats des Arbeitsministeriums führte

Abg. **Sachentamp** (Dn.) aus, die Deutschnationalen seien zwar von der Notwendigkeit der Sozialpolitik überzeugt, aber sie müßte mit den wirtschaftlichen Nöten in Einklang bleiben. Da der Sozialetat auf weit über vier Milliarden angewachsen sei, halte er die Besorgnisse der Wirtschaft für durchaus verständlich. (Zustimmung rechts, Unruhe und Widerspruch links.) Die Knappheitsbeiträge hätten 20 bis 34 Proz. der Lohnsummen erreicht. (Hört! hört! rechts.) Die Vereinfachung des Krankentatenswesens lehnt der Redner ab.

Abg. **Thiel** (D. Sp.) weist darauf hin, daß die Ersparung von 400 Millionen gegenüber dem Vorjahr seinen sozialen Rückschritt bedeute, sondern darauf zurückzuführen sei, daß die Uebergangsmittel für die Arbeitslosenversicherung in diesem Jahr nicht mehr nötig seien. Die Praxis der Arbeitsgerichte habe die Gegenstandslosigkeit der sozialdemokratischen und kommunistischen Forderungen gegen die ordentlichen Richter bewiesen. Zugunsten der älteren Angestellten verlangte der Redner ein nesehgeberisches Eingreifen, nachdem die Selbsthilfe der Wirtschaft unrichtigbar geblieben sei.

Abg. **Schneider-Berlin** (Dem.) betont, daß das Arbeitsgerichtsgebot nur durch die Mitarbeit der Opposition zustande gekommen sei, denn große Teile der Volkspartei und der Deutschnationalen hätten dagegen gestimmt. Das Schlichtungswesen will er noch ausgebaut, die Zahl der deutschen Beamten beim Internationalen Arbeitsamt vermehrt und einen stellvertretenden deutschen Direktor ernannt wissen. In Genf müsse auch eine selbständige Abteilung für Angestelltenfragen errichtet werden. Die Versicherungsämter werden nach Ansicht des Redners noch nicht modern und rationell verwaltest.

Abg. **Kübel** (Komm.) schildert an Hand statistischen Materials das Elend der Textilarbeiter und Tabakarbeiter. Herr Imbusch, der gestern so radikal geredet habe, werde sich nach den Wahlen mit Dr. Braun wieder ausöhnen. Als die Wahlen noch nicht drohen, habe ja Imbusch die Bergarbeiter und die Eisenbahnarbeiter auch im Stich gelassen. Der Rechtsanspruch, den die Arbeitslosenversicherung bringen sollte, sei völlig illusorisch gemacht durch die Verschärfung der Prüfung der Bedürftigkeit und der Voraussetzungen für die Unterstützung.

Abg. **Beier-Dresden** (Sp.) verlangt eine Zusammenlegung von Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsministerium. Er bekämpft die gesamte soziale Gesetzgebung, die nur zugunsten der

Arbeiter gemacht worden sei. Besonders die Arbeitszeitnotverordnung wirke für Handel, Handwerk und Gewerbe geradzug vernichtend. Der Abstundentag könne verhängnisvoll werden, da das Ausland bei geringerer Steuerbelastung 10 bis 12 Stunden arbeite.

Abg. **Schwarzer** (Bagr. Sp.) erkennt an, daß die Sozialpolitik in den letzten Jahren ein Demeritis für die Wirtschaft gewesen sei. Aber die Anträge der Regierungsparteien hätten die Wirtschaft nie gefährdet, höchstens die Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten seien manchmal gefährlich gewesen. Auch eine Linksregierung würde übrigens keine andere Sozialpolitik machen können.

Abg. **Eßer** (Ztr.) stellt gegenüber dem Appell des Abg. Beier, die anderen bürgerlichen Parteien möchten ihr soziales Gewissen erfordern, fest, daß Abg. Beier seit vier Jahren nicht ein einziges Mal den Versuch gemacht habe, im Ausschuß ein sozialpolitisches Gesetz zu beeinflussen. (Hört! hört! bei der Mehrheit.) Daselbst gelte für die anderen Vertreter der Wirtschaftspartei im Ausschuß.

Abg. **v. Graefe** (Völk.) wünscht Reform der Arbeitslosenversicherung in dem Sinne, daß wer Unterstützung erhalte, auch eine bestimmte Arbeit leisten müsse.

Darauf wird die Beratung abgebrochen. Abg. **Dr. Mumm** (Dn.) bittet nunmehr, seinen Antrag gegen die „schamlosen Presseberichte“ über Prozeße ohne Aussprache an den Rechtsausschuß zu überweisen.

### Abg. Dittmann (Soz.)

widerspricht diesem Verlangen; Es handelt sich nicht um eine Frage der Prozeßberichterstattung, sondern um eine Frage der Prozeßführung. (Sehr richtig! links.) Nicht ein Prozeßandal, sondern ein Justizskandal liegt hier vor. (Erneute Zustimmung links.) Wir sind empört über die Art, wie dieser Prozeß von dem Vorsitzenden geführt worden ist, wie dieser Vorsitzende, der abfolgt die Verurteilung des angeklagten Jungen erzwingen will, seine Macht mißbraucht, eine 16-jährige Jungfrau vorher zu verurteilen, obwohl er von vornherein weiß, daß das Mädchen gezwungen sein würde, über die bestialischen Dinge auszusagen, und daß ein solches Mädchen naturgemäß jüger, als auszusagen, während es doch unter seinem Elde nichts verschweigen darf. Ein Vorsitzender, der ein junges Mädchen in eine solche Situation bringt, zeigt, daß er seinem Amt in keiner Weise gewachsen ist. Diesem Justizskandal müssen wir allerdings ein Ende machen. Zu einer Gelegenheitsgesetzgebung, wie sie Dr. Mumm verlangt, liegt aber kein Anlaß vor. Wenn sein Antrag überhaupt auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte, dann werden wir über den ganzen Prozeß ausführlich sprechen müssen. Da somit Widerspruch erhoben ist, schlägt Präsident Vöbe vor, daß der Kellerterrat am Dienstag darüber Beschluß fasse, wann der Antrag beraten werden soll.

Abg. **Dr. Mumm** (Dn.) ist damit einverstanden. Die Weiterberatung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums wird auf Montag, 14. Uhr, vertagt. Schluß gegen 18,30 Uhr.

Berk: Sie wußten nichts über Hildes Zusammensein mit Krank in der Nacht vorher?

Zeugin: Nein.

Berk: Zeigte sich Krank eifersüchtig auf den Stephan.

Zeugin: Nein.

Nun kommt die Zeugin auf den Morgen selbst zu sprechen. Am Dienstagmorgen erwachte ich 7 Uhr, zog mich an und klopfte 18 Uhr an der Schellerterschen Wohnung. Paul Krank öffnete mir. Im Zimmer sah ich Günter. Er machte einen komischen Eindruck. Ich ging ins Badezimmer zu Hilde. Sie wusch sich gerade. „Was ist denn bei euch los“, sagte ich ihr, alle sind so komisch, der Günter, der Paul, du. Hilde sagte mir, das Stephan bei ihr die Nacht geschlafen habe. „Bist du wahnsinnig“, meinte ich darauf. Dann klopfte Paul an die Tür und sagte, Günter ist im Schlafzimmer. „Lah ihn nicht allein“, rief ihm Hilde zu.

Berk: Können Sie mit Bestimmtheit sagen, wo Günter und Krank blieben, als sie Ihnen am Montagmorgen guten Tag gesagt hatten?

Zeugin: Günter ging ins Schlafzimmer. Aber ob das unmittelbar danach war, weiß ich nicht mehr.

Berk: Und Paul? Hat er etwa sein Ehrenwort gegeben, daß er nicht verzeihen würde, daß Stephan in der Wohnung sei?

Zeugin: Nein. Ich glaube, Hilde hat zu Paul gesagt: Sage doch nichts, gib mir dein Ehrenwort, daß du nichts sagst.

Das ist der Zeugin erst vor einer Woche eingefallen, nachdem sie mit ihren Eltern gesprochen hatte. Je näher die Zeugin zum Augenblick der Tat kommt, desto unsicherer wird sie in ihren Angaben. Ins Kreuzverhör genommen, bricht sie einige Male in Tränen aus. „Ich kann doch nicht sagen, wie es gewesen ist. Ich bin vereidigt und muß die Wahrheit sagen.“ Der Vorsitzende und der Verteidiger versuchen sie zu beruhigen. Es nicht nur für kurze Zeit. Sie hat sich über die Ereignisse des Morgens mit Hilde besprochen und weiß nicht mehr, was richtig ist. Sowie sie weiß, daß Hilde den jungen Leuten nicht ins Schlafzimmer nachgegangen ist, und daß sie beide, während die Schüsse fielen, im Badezimmer waren.

Als sie in das Schlafzimmer stürzte, lagen sie Günter liegen. Die Zeugin beginnt plötzlich zu schluchzen: „Es war furchtbar.“ Anfangs glaubte sie, Krank habe auf sich geschossen. Hilde schrie nun, Günter, mein Bruder Günter. Dann lief sie auf Hans zu und rief: „Hans, mein guter Hans, der einzige, der ich liebe.“ Nun gingen alle drei ins Kinderzimmer. Krank sagte, ich mache Schluß. Hilde ging aber ins andere Zimmer und versteckte die Pistole. Sie versuchten, Günter aufzuheben. Die Zeugin konnte ihn aber nicht anfassen. Dann sagte Hilde, sie würde den Arzt holen. Krank meinte, drei sind schon genug. Als Minor ging, sagte Krank, sie solle nicht sagen, daß der Revolver ihm gehört habe. Früher meinte er, der Verdacht würde auf ihn fallen.

1. Staatsanwalt: Hat er nicht auch gesagt, wenn ich nicht um 6 Uhr am Bahnhof Mariendorf bin, bin ich in Haft.

Zeugin: Ja, das hat er auch gesagt.

Als die Zeugin in nun wieder ins Kreuzverhör genommen wird, fängt sie von neuem an zu weinen und sagt: „Ich weiß überhaupt nichts mehr.“ Sie beruft sich wieder auf ihre Furcht wegen des Elendes, den sie geleidet hat. Bei einer Behauptung bleibt sie aber mit aller Bestimmtheit, nämlich, daß Hilde im Augenblick, als die Schüsse fielen, bestimmt in der Badewanne gestanden habe. Sie bleibt dabei, auch als sie in ihrer Freundin Hilde gegenüber gestellt wird, die, wie erinnerlich, behauptet hatte, von Günter und Krank von der Tür des Schlafzimmers zurückgebrängt worden zu sein.

R. M. Dr. Frey richtet nun an den Staatsanwalt die Frage, ob er im Hinblick auf die diametral entgegengesetzten Aussagen der beiden Mädchen die Anklage nicht fallen lassen will.

Der 1. Staatsanwalt Dr. Steinbeck verneint diese Frage.

Der Junge Kriminalkommissar Lippitz, der die Ermittlungen in der Sache Krank geführt hat, setzt sich für die Glaubwürdigkeit der Zeugin Hilde Scheller ein. Ihre Aussagen waren es, die ihn veranlaßten, den Angeklagten dem Untersuchungsrichter wegen Mordes zuzuführen. Krank habe am Morgen nach der Tat äußerst eingeschüchtert in geduckter Stellung dagestanden und impulsiv ohne zu denken seine Antworten gegeben, die sofort widerlegt werden konnten. Er machte einen sehr aufgeregten Eindruck.

1. Staatsanwalt Dr. Steinbeck: Er lag also mit frecher Stirn, sozusagen? (Im Gerichtssaal ist Heiterkeit.)

Während der Vernehmung der Minor Katil erachtet der Angeklagte einen Schwächeanfall. Die Gerichtsverhandlung muß unterbrochen werden. Krank erhält eine Tasse Kaffee und darf sich eine kurze Zeit auf einer Bahre im Nebenzimmer erholen. Damit die Gerichtsverhandlung nicht vertagt zu werden braucht, wird die Tragbare in den Gerichtssaal gebracht und der Angeklagte kann nun vor dem Richterlich liegend der Vernehmung der Zeugin folgen.

Zwei Tage vorher hatte der Vorsitzende die Bitte des Verteidigers, man möge doch dem Angeklagten gestatten, neben ihm Platz zu nehmen, anstatt hinter der Angeklagtenbarriere zu bleiben, abschlägig beschieden. Nun durfte er auf der Krankenbahre vor dem Richterlich liegen.

Die Verhandlung wurde bis auf Dienstag unterbrochen. An diesem Tage sollen Krank's Freund, der Schüler Krukowski, und die Eltern des Angeklagten und der Hilde Scheller vernommen werden.

## Der Oberstaatsanwalt über Barmats Schuld

Im Barmatprozeß beendete der Oberstaatsanwalt am Freitag sein Plädoyer gegen den Hauptangeklagten Barmat. Am Sonnabend beginnen die Plädoyers gegen den mitangeklagten Zentrumsabgeordneten Lange-Segermann. In seinen Ausführungen über Barmat stellte der Oberstaatsanwalt zum Schluß fest:

„Ich halte Julius Barmat schuldig des Betruges in fortgesetztem Zusammenhang mit verschuldetem Betrag zum Nachteil der Preussischen Staatsbank. Ich halte ihn weiter für schuldig der fortgesetzten Ausrüstung des Angeklagten Hellwig zur Untreue zum Nachteil der Preussischen Staatsbank in Tateinheit mit fortgesetzter aktiver Bekleidung. Ich halte ihn weiter schuldig der Anstiftung des Angeklagten Klenke zum Betrugen gegen das Gesetz über Depots.“

In der heutigen Sonnabendvernehmung des Barmatprozesses plädierte Oberstaatsanwalt Sturm zu dem Kapitel „Lange-Segermann“. Der Oberstaatsanwalt kam nach längeren Ausführungen zu dem Schluß, daß der Angeklagte, der Reichstagsabgeordnete und frühere Zentrumsabgeordnete Lange-Segermann, des Betruges gegenüber der Staatsbank und der Abteufung 6 des Reichspostministeriums in München schuldig sei.

## Demokratischer Protest gegen Bazille

SPD Stuttgart, 11. Februar.

Im württembergischen Landtag wurde im Verlauf dieser Woche der Etat des Kultusministeriums erörtert. Es kam dabei mehrfach zu sehr scharfen Auseinandersetzungen. Als Bazille schließlich in die Enge getrieben war, wurde er gegen den demokratischen Redner Dr. v. Hieber persönlich ausfällig. Die demokratische Fraktion gab daraufhin am Freitag eine Erklärung ab, in der sie gegen die schweren persönlichen Verunglimpfungen ihres Mitgliedes Hieber protestierte und erklärte, daß sie von jetzt ab jeden persönlichen und außerdienstlichen Verkehr mit dem württembergischen Staatspräsidenten ablehnt.

## Abschluß der „Herbstsession“

(Von unserem Prager Berichterstatter.)

J. G. Das tschechoslowakische Parlament hat eine etwas merkwürdige Kalendereinteilung, und so darf sich niemand wundern, wenn am 10. Februar die Volksvertreter ihre „Herbsttagung“ beendet haben und nun auf die schriftliche Einberufung zur nächsten Sitzung warten. Das Ergebnis dieser kaum 14-tägigen Tagung zeigt, daß die herrschende Bürgerkoalition sich ihrer Macht bewußt ist und sie auch auszunützen gedenkt. Zwar ist es ihr, und das ist ein erheblicher Erfolg der spontanen und geeinten Abwehr der Sozialdemokratie, nicht gelungen, die geplante Verschlechterung der Sozialversicherung durchzuführen, und man wird wahrscheinlich schon noch etwas Geduld aufbringen und die reaktionären Gelüste bewahren müssen.

Dagegen hat man es nun doch fertiggebracht, dem Mieterschutz wieder einen Fußtritt zu versetzen und das bisherige Gesetz erheblich zu verschlechtern. Den Hausherren wird das Recht gegeben, je zum 1. Juli 1928 und zum 1. Januar 1929 die Friedensmietzins um 20 Prozent, insgesamt also um 40 Prozent zu erhöhen. Bei neuen Mietverträgen gestattet das Gesetz die „Vertragsfreiheit“, was man besser als Ausbeutungsfreiheit der Hausherren bezeichnen kann. Damit wird bei einem neuen Mietvertrag in einem alten Hause tatsächlich der Mieterschutz beseitigt, denn die Klausel, daß man das Recht zur Ueberprüfung des Vertrags anrufen kann, bietet nach den bisherigen Erfahrungen wenig Schutz. Die Rindigungsgründe werden erweitert, absolut fallen aus dem Mieterschutz Mieter, denen durch drei Jahre hindurch die Steuer von einem Einkommen von mehr als 100 000 Kronen vorgeschrieben wurde. Nach dem Tode des Mieters treten künftig nur jene Erben in den Vertrag ein, die als seine Angehörigen mit ihm in der Wohnung wohnten und keine eigene Wohnung besitzen. Unter diesen Modalitäten wurde das Gesetz bis 31. März 1929 verlängert.

Gleichzeitig wurde auch das Gesetz über die Bauförderung, das ohnehin schon keines mehr ist, noch verschlechtert. Die Steuerfreiheit wird bei neugebauten Häusern mit Kleinwohnungen von 35 auf 30, bei den übrigen von 25 auf 15 Jahre herabgesetzt, die Befreiung von Gemeindegeldern auf 20 bzw. 10 Jahre. Der Staat darf bis zu einer Gesamtsumme von 120 Millionen Kronen zweistellige Hypotheken bis zu 40 Prozent garantieren, wobei die Gesamthypothekenschuld bis zu 90 Prozent betragen darf. Das ist sehr schön, nur findet man leider kein Geldinstitut, das 50 Prozent der Bausumme vorstrecken würde.

Zu heftigen Zusammenstößen zwischen Regierungsparteien und Opposition gab der Gesetzesentwurf über die Erhöhung der Generalpensionen Anlaß. Während die Tschechoslowaken konsequent die Entschädigung der österreichischen Kriegsveteranen ablehnt und ihnen nur „gnadenweise“ ganz erbärmliche Renten zukommen läßt, besann man sich auf einmal bei den altösterreichischen Generalen tschechoslowakischer Staatsbürgerschaft auf die Gerechtigkeit. Im ersten Ueberschwang hatte man ihnen eine Höchstpension von 24 000 Kronen im Jahre, also immerhin 3000 Mark, zugesprochen, nun sollen sie auf einmal entsprechend ihrem Rang honoriert werden, was teilweise eine Erhöhung bis zu 54 000 Kronen bedeutete hätte. Dem Ansturm der Opposition gegen diese einseitige Bevorzugung einer Oberschicht gelang es, die Koalition doch zu einer Höchstgrenze von 38 208 Kronen zu veranlassen.

Ebenso wurde ein Gesetz angenommen, wonach ein schon seit Ende des vergangenen Jahrhunderts durch kaiserliches Dekret bestandenes Recht der Prager Ortsarmen auf unentgeltliche Spitalseverpflegung beseitigt wird. Man sieht, das soziale Gewissen des Bürgerbluts regt sich zwar bei den alten Generalen, macht aber vor den Ortsarmen energisch halt.

## Hundfunkprogramm

Leipzig.

Montag, den 13. Februar. Unterhaltung und Belehrung. 10,20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10,35 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11,45 Uhr: Wetterdienst und -vorausage (Deutsch und Esperanto), Schneeberichte und Wasserstandsmedungen. 12 Uhr: Mittagsmusik auf einer Sprech- und Schallplattenmaschine der Boy-K-Ges. Berlin. 12,55 Uhr: Kauterer Zeitzeichen. 13,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 16-16,30 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Studienrat Wöcker und Lektor Claude Granber: Französisch (Kulturundliterarische Stunde). 16,30-17,55 Uhr: Konzert der Dresdener Rundfunkkapelle. Dirigent: Gustav Kante. 18-18,35 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. 18-18,30 Uhr: Maschinenbauoberlehrer Behr: Technischer Lehrgang für Facharbeiter und Werkmeister: Spanische Formung. 18,30-18,55 Uhr: Studienrat Friebe und Lektor Mann: Englisch für Anfänger. 19-19,30 Uhr: Vortragsreihe: „Reich der Große“. 1. Vortrag: Prof. Dr. Erich Brandenburg. 19,30 bis 20 Uhr: Vortragsreihe: „Einführung in die Phonetik der deutschen Sprache“. 4. Vortrag: Prof. Dr. Otto Bremer-Halle: „Die Einzel-laute. a) Die Konsonanten“. 20 Uhr: Wettervorausage, Schneeberichte und Zeitangabe. 20,15 Uhr: Aus dem Wirrsal des Lebens. (Erläut. Profabildung.) Mitwirkende: Harry Langewisch vom Allen Theater und Gertrude Langfelder vom Leipziger Schauspielhaus (Reizitationen). 1. Zahn-Galworthy: Was der Schulfestler erzählt. Harry Langewisch. 2. a) Colette: Abschiedsbrief der Wilhou (aus dem Roman Wilhou); b) Francois Mauriac: Der Tod der jungen Frau, Gertrude Langfelder. 3. a) Franz Molnar: Die Erzählung des Leutnants (aus der Novelle: „Die Dampfäule“); b) Felix Salten: Die Wandlung Martin Overbeds (aus dem Roman: „Martin Overbed“). Harry Langewisch. 21,15 Uhr: Heiteres Konzert. Das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Hilmar Weber. 1. Auber: Ouerkläre zur Oper „Der Diavolo“. 2. Gounod: Ballettmusik aus der Oper „Margarete“. 3. Smetana: Hochzeitslied. a) Der Hochzeitszug; b) Das Brautpaar; c) Das Hochzeitsfest. 4. Blanquette: Modellen aus der komischen Oper „Die Glocken von Cornenille“. 5. Suppé: Ouerkläre zu „Vique Dame“. 22,15 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 22,30 Uhr: Tanzmusik; ausgeführt vom Musikhaus „Stammophon“ Bruno Jacobi, Leipzig.

Dienstag, den 14. Februar. Unterhaltung und Belehrung. 10,20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10,35 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11,45 Uhr: Wetterdienst und -vorausage (Deutsch und Esperanto), Schneeberichte und Wasserstandsmedungen. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Tripophonola. 12,55 Uhr: Kauterer Zeitzeichen. 13,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 15-15,30 Uhr: Vespereben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 16,30 bis 18 Uhr: Alte Hausmusik. Von 17-18 Uhr: Uebertragung auf den Deutschlandsender. Mitwirkende: Grete Weh (Gesang), Richard Lindner, Solobratschist des Gewandhaus-Orchesters (Viola b'Amour), Anny Eisele (Klavier), Kluge: Klavier. 18,05 bis 18,30 Uhr: Frauenfunk. Frau Stephanie Birtner, Walschen bei Lommahaus: „Ländliche Frauenberufe“. 18,30-18,55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. G. van Eyleren und C. M. Alfieri: Spanisch für Anfänger. 18,55 Uhr: Wettervorausage, Schneeberichte und Zeitangabe. 19 Uhr: Uebertragung aus dem Deutschen National-Theater in Weimar: Uda. Oper in 4 Akten (7 Bildern) von Antonio Ghislanzoni, deutsch von Julius Schanz, mit Emmi Leinoner-Berlin als Gast. Musik von Giuseppe Verdi. Musikalische Leitung: Ernst Praetorius. Spielleitung: Maximilian Moritz. Personen: Der König, Theodor Hödner. Amneris, seine Tochter, Emmi Leinoner-Berlin als Gast. Uda, äthiopische Skavin, Elisabeth Bergmann-Reich. Kadames, Feldherr, Walter Javre. Kamphis, Oberpriester, Iover Rang Amonasro, König von Äthiopien und Vater Udas, Hans Bergmann. Ein Bote, Hermann v. Scheidt. Die Priesterin, Livia Schmidt. Priester, Priesterinnen, Minister, Hauptleute, Soldaten, Müller, Sklaven, gelungene Kethopfer, Volk. Die Handlung spielt in Theben und Memphis zur Zeit der Herrschaft der Pharaonen. Nach dem 4. und 5. Bild finden größere Pausen statt. Etwa 22,45 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 23 Uhr: Tanzmusik; Blad Bottom. 23,15-24 Uhr: Tanzmusik; Waldo Oltersdorf.



# Neuorganisation der Arbeitsaufsicht

## Ein Änderungsentwurf der freien Gewerkschaften

SPD Das beste Gesetz ist wertlos, wenn es bei seiner Durchführung hapert. Die Durchführung des Arbeiterschutzes leidet an drei Mängeln: am Nebeneinander von Körperschaften, die vielfach gleiche Arbeit zu erledigen haben, an einem Mangel an Einheitlichkeit infolge der einzelstaatlichen Zuständigkeit und an einem Mangel an Selbstverwaltung in der Arbeitsaufsicht.

ADGB und Afa-Bund haben deshalb zum 8. Abschnitt des Arbeitsschutzgesetzes einen Änderungsvorschlag ausgearbeitet, der in der neuen Nummer der Gewerkschaftszeitung des ADGB veröffentlicht wird.

Das Nebeneinander von Gewerbeaufsicht und Berufsgenossenschaftsaufsicht ist schon oft kritisiert worden. Der Änderungsvorschlag sieht daher die Abtrennung der technischen Betriebsaufsicht von den Berufsgenossenschaften und die

**volle Eingliederung der Unfallversicherung in die Arbeitsaufsicht** vor. Er beläßt aber die solidarische Haftpflichtversicherung der Unternehmer bei den Berufsgenossenschaften und weckt nur das materielle Interesse der Unternehmer an gutem Arbeitsschutz durch eine prämiellenweise Berringerung seines Mitgliedsbeitrages im Verhältnis seiner Unfallversicherungsbeiträge. Der bisherige Zustand des Nebeneinanders von berufsgenossenschaftlicher und polizeilicher Aufsicht schuf unnötige Doppelkontrollen. Die einseitige Abhängigkeit der technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften vom Unternehmertum verhinderte vielfach energische Maßnahmen zur Unfallverhütung. Weiter kommt in Betracht, daß sich heutzutage der Arbeitsschutz infolge der starken Verwendung von allen möglichen Maschinen in allen möglichen Gewerbezweigen nicht mehr von allgemeinen Arbeitsschutz abtrennen läßt; schließlich sind ja auch noch viele andere Dinge, wie die Raum- und Lichtfrage, das Arbeitstempo usw. in der Arbeitsschutzfrage ebenso wichtig geworden wie die Maschinen.

An Stelle der bisherigen Ungleichmäßigkeit der Gewerbeaufsicht soll nach dem Änderungsentwurf ein neuer Aufbau treten, in dem die Forderungen der Gewerbeaufsichtsbeamten auf

### Berücksichtigung der Gewerbeaufsicht

Berücksichtigung finden. Der Aufbau soll im großen und ganzen nach dem Vorbild der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung erfolgen; also lokale Arbeitsaufsichtsämter, Landesarbeitsaufsichtsämter und eine Reichsarbeitsaufsicht; Errichtung der Landesarbeitsaufsicht für die Bezirke der Landesarbeitsämter und an deren Sitz, aber keine Abtrennung der Reichsarbeitsaufsicht vom Reichsarbeitsministerium wie bei der Reichsanstalt. Der Änderungsvorschlag erstrebt keine straffe Zentralisierung der Arbeitsaufsicht, da das Schwergewicht in der Aufsicht künftig wie bisher bei den lokalen Aufsichtsämtern liegen muß. Die Reichsarbeitsaufsicht soll nur für die Einheitlichkeit des Arbeitsschutzes sorgen. In der Zusammensetzung der Arbeitsaufsichtsämter will der Änderungsentwurf eine Erweiterung des Beamtenstabes der Gewerbeaufsicht, vor allem gleichmäßige Besetzung der Ämter mit je einem Techniker (oder Chemiker), Mediziner und Volkswirtschaftler und darüber hinaus endlich Erfüllung des alten Wunsches der Arbeiterschaft auf Einstellung von Arbeitern in den Arbeitsaufsichtsdienst.

Da die Arbeitsschutzfrage die Lebensinteressen der Arbeiterschaft berührt, ist ein

### weitgehendes Mitwirkungsrecht der Arbeiter,

besonders auf personellem Gebiet, notwendig. Der Änderungsentwurf regelt daher die Anforderungen an Vor- und Ausbildung, sowie Prüfung der Arbeitsaufsichtsbeamten und stellt hier, wie bei der Besetzung der Ämter, ein weitgehendes Mitwirkungsrecht des Selbstverwaltungskörpers, der „Ständigen Ausschüsse“, fest. Diese

Ausschüsse sollen zu zwei Dritteln aus den Vertretern der Arbeiter und zu einem Drittel aus den Vertretern der Unternehmer bestehen. Endlich verlangt der Änderungsentwurf Erfüllung einer langjährigen Forderung der Gewerkschaften, nämlich Übertragung der Aufsicht über die Verwaltungen und Betriebe des Reiches, der Länder, der Kommunen und der öffentlichen Körperschaften an die Arbeitsaufsichtsbeamten, da der bisherige Zustand, wonach der Arbeitsschutz in diesen Verwaltungen und Betrieben Angelegenheit der vorgesetzten Dienstbehörde war, auf die Dauer einfach unerträglich ist.

## Bergarbeiterstreik in Böhmen

J. B. Auf den freien Vorschlag der nordwestböhmerischen Kohlenbarone, zwar keine Lohnerhöhung zu bewilligen, dafür aber die Arbeitszeit zu verlängern, haben die Bergarbeiter eine bewundernswürdige Geduld an den Tag gelegt. Sie haben der Regierung und den Grubenbaronen eine Woche Zeit gelassen, sich die einschneidenden Wirtschaftskosten eines Bergarbeiterstreiks zu überlegen. Die Regierung hat denn auch die Gelegenheit benutzt, um mit den Grubenbaronen eine Rücksprache zu pflegen, und nachdem sie ihre Genehmigung hatte, betrieb sie auch allgemeine Verhandlungen ein. Diese Verhandlungen sind gescheitert; es wurde dann eine neue Schlichtungsverhandlung nach Prag einberufen, die am 11. Februar stattfindet.

Unbekümmert des Ergebnisses dieser Verhandlung haben nun die Bergarbeiterverbände gemäß ihrer Parole für Montag, den 13. Februar, den Streik im nordwestböhmerischen Kohlenrevier proklamiert, und sie erklären gleichzeitig, daß dieser Streik unter allen Umständen beginnen wird, auch wenn die Schlichtungsverhandlungen von Erfolg begleitet sein sollten. An alle Schächte wurde bereits die Streikparole übermittelt und gleichzeitig ein umfassender Streikdienst ein gerichtet.

Die Bergarbeiter haben ein Maß von Geduld bewiesen, das schon an Selbstverleugnung grenzt. Von ihrer generellen Lohnforderung auf 20 Prozent sind sie zuerst auf 10 Prozent, dann auf 7½ Prozent und schließlich auf 5 Prozent heruntergegangen. Bei einer Gesamtlohnsumme von 300 Millionen Kronen, die im Revier an die in Betracht kommenden 30 000 Arbeiter gezahlt wird, würde die Mehrbelastung etwa 15 Millionen Kronen ausgemacht haben; ein Betrag, der bei den Riesengewinnen der Bergbauunternehmungen leicht gezahlt werden könnte.

### WTB Weig, 11. Februar.

Der von der Regierung heute durchgeführte Versuch, den Lohnkonflikt im nordböhmerischen Braunkohlenbergbau beizulegen, ist gescheitert. Die Verhandlungen wurden ergebnislos abgebrochen.

### III Prag, 12. Februar.

Das Prager Arbeitsministerium hat sich mit der Lage im Welker Braunkohlenrevier befaßt. Der Bericht des Regierungsvorstehers über den negativen Verlauf der Vermittlungsgaition wurde zur Kenntnis genommen. Es wurde beschlossen, alle Energie einzusetzen, um die beiden Parteien wieder zusammenzubringen. Das Ministerium wird deshalb Montag neben dem bisherigen Vertreter einen hohen Beamten zu Verhandlungen entsenden. Die beiden Delegierten sollen zunächst versuchen, durch getrennte Verhandlungen mit den Arbeitern und Unternehmern eine Basis zu finden, auf der die gemeinsamen Verhandlung fortgesetzt werden können.

Gegen die Besoldungsneuregelung, die vom Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft in Kraft gesetzt wurde, ist vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands bei der Reichsregierung Einspruch erhoben worden. Der Protest richtet sich dagegen, daß die Reichsbahngesellschaft die Organisationen der Reichsbahnbeamten von einer rechtzeitigen ausreichenden Mitwirkung bei der Besoldungsreform ausgeschlossen, und auch die ihr obliegende Ansehenspflicht an die Besoldungsverhältnisse der Reichsbeamten nicht eingehalten habe.

In der Textilindustrie in Triebes (Thüringen) ist ein Lohnkonflikt ausgebrochen. Die Arbeiterschaft hatten den Mantel- und Lohnstarif gelündigt. Darauf antworteten die Unternehmer mit der Schließung der Betriebe. Von der Aussperrung werden rund 1200 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen.

## Schiedsprüche für Holzarbeiter

Die Verhandlungen zur Neuregelung der Holzarbeiterlöhne im Reich, die am 8. Februar vor dem vertraglichen Lohnamt in Berlin begannen, hatten folgendes Ergebnis: Für die 18 Lohnbezirke wurden Schiedsprüche gefällt, die eine Stundenloohnerhöhung von 6 Pfg. ab sofort und von 3 bzw. 2 Pfg. ab 1. Oktober bringen. Die Laufdauer der Schiedsprüche beträgt ein Jahr. Es handelt sich um eine Gesamtloohnerhöhung für ein Jahr in Höhe von 8 bzw. 9 Pfg. pro Stunde. Die genannten Lohnerhöhungen gelten nur für die Facharbeiter; für die übrigen Arbeiter erfolgt prozentuale Abstützung. Die Erklärungsfrist für die Schiedsprüche läuft am 24. Februar ab. Am 23. findet in Berlin eine Konferenz der Funktionäre statt, die über die Annahme oder Ablehnung der Schiedsprüche zu entscheiden hat.

## Wieder ein Sieg der RW

SPD Essen, 13. Februar (Radio).

Die Urabstimmung bei den Ortsverwaltungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Essen brachte den Kommunisten eine empfindliche Niederlage. Auf die Amsterdamer Liste entfielen 2714, auf die der RW 2112 Stimmen. Der Erfolg ist um so bemerkenswerter, als bei den Ortsverwaltungen im vergangenen Jahre die Amsterdamer Mehrheit nur 250 Stimmen betrug und die Kommunisten in diesem Jahre eine außerordentliche Agitation entfalteten. Welche Bedeutung man dieser Wahl beigemessen hat, geht aus folgenden Ausführungen des kommunistischen Ruhr-Echos in der Sonnabendnummer hervor: „Es ist klar, daß die Entscheidung in Essen von größter Tragweite für die gesamte Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes ist, und daß der Oppositionsdurchbruch durch die revisionistische Front eine beschleunigte Aktivierung der gesamten Arbeiterbewegung im revolutionären Sinne bedeuten muß.“

## Paris 1927

Das Protokoll des 4. Ordentlichen Kongresses des Internationalen Gewerkschaftsbundes, abgehalten im Grand-Palais in Paris vom 1. bis 6. August 1927, enthält unter anderem den Wortlaut der acht großen Resolate: Brown, Statutenrevision; Jouhaux, die Aktion der Arbeiter gegen den Krieg und Militarismus; Leipart, Der internationale Kampf um den Wahlsonntag; Mertens, Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter; Dudgeest, Angestellte, Beamte und freie Berufe in der Gewerkschaftsbewegung; Dudgeest, Der organisatorische Aufbau des Internationalen Gewerkschaftsbundes; Smith, Angestellte, Beamte und freie Berufe in der Gewerkschaftsbewegung, und Saffersbach, Internationale Hilfe bei Lohnkämpfen. Außerdem enthält das Protokoll den Bericht über die Konferenz des Vorstandes des IGB mit den Internationalen Berufssekretariaten und das Protokoll über die Internationale Arbeiterinnenkonferenz mit den Resolaten: Gertrud Hanna, Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit; Helene Burniaux, Arbeiterinnen-schutz, und Julia Barley, Heimarbeit. In einem Anhang sind die Resolutionen und Beschlüsse des Kongresses beigegeben. Der Preis des Buches (206 Seiten) beträgt 5 Mark. Es ist in Deutschland zu beziehen durch die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, Inselstraße 6a.

Stilllegung der Leipziger Rechenmaschinenwerke. Die RW berichten, daß die Brunsviga Maschinenwerke Grimme, Natalis u. Co. A.-G. in Braunschweig von der Deutsche Rechenmaschinenwerke A.-G. in Leipzig die gesamte Rechenmaschinenfabrikation erworben hat. Die Deutsche Rechenmaschinenwerke A.-G. (Derag) wird ihren Betrieb stilllegen.

Für die Mecklenburger Eisenindustrie ist ein Schiedspruch gefällt worden, der einen Spitzenlohn von 75 Pfg. bis 1. Juli und von da ab weitere 3 Pfg. Lohnerhöhung vorsieht — eine Erhöhung der bisherigen Löhne, die weit unter den Löhnen anderer Industrien lagen, um 7 bzw. 10 Pfg. Der Bund der Metallindustriellen erhob Widerspruch, wobei er den Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses persönlich anrempelte.

Seher- und Druckerstreik. Die Breslauer Neuesten Nachrichten geben bekannt: Am Sonnabendmittag haben die Hand- und Maschinenfeger die Arbeit niedergelegt. Unsere Bemühungen, die Zeitung wenigstens in beschränktem Umfang erscheinen zu lassen, scheiterten daran, daß auch die Drucker und ein Teil des übrigen technischen Personals in letzter Minute die Arbeit verweigerten.



# Krauz und Krone

von jeher das Symbol höchster Leistung - verpflichtet auch im Wirtschaftsleben zu immer neuer Kraftentfaltung. Unsere

ASTOR-HAUS 6A

## OBERST 5A

BLAU PUNKT 8A

„NEUE ARBEIT“

enthält in „neuer Arbeit“ nicht nur alles köstliche, was der Orient an Tabaken zu bieten vermag; sie ist auch mit jener zielbewussten Schaffensfreude hergestellt, die - verbunden mit starkem Können - allein zu höchster Leistung befähigt. - Wabors-Astoria Zigarettenfabrik A.-G.



# Fleischversorgung durch die GGG



## Ein bedeutendes Experiment

Wir lesen in der Frankfurter Zeitung unter dieser Überschrift:

Der Wiederaufbau der deutschen Viehhaltung hat sich in den letzten Jahren in verhältnismäßig raschem Tempo vollzogen. Die Ergebnisse der Viehzählung vom 1. Dezember 1927 zeigen, daß zum Teil die Bestände des Jahres 1913 schon erreicht sind. Die Gefahr besteht, daß diese erfreuliche Entwicklung, die fortschreitende Verstärkung der deutschen landwirtschaftlichen Produktionskraft, einen schweren Rückschlag erleidet. Seit Anfang 1927 sind die Viehpreise, insbesondere die Preise für Schweine, sehr stark, zum Teil bis auf rund 70 Prozent ihrer damaligen Höhe, zurückgegangen. Aber nur der Erlös der Erzeuger ist in diesem Ausmaß zurückgegangen, während die Ladenpreise für Schweinefleisch nur ganz wenig gesunken sind, so daß

die niedrigen Erzeugerpreise fast nicht dem Verbraucher zugute gekommen

sind und daher auch den Konsum nicht so verstärkt haben, daß von dort her wieder eine Tendenz zur Feststellung der Erzeugerpreise hätte ausgehen können. Vergrößert hat sich nur die Preisspanne, und zwar in einem Ausmaß, das volkswirtschaftlich gar nicht zu rechtfertigen ist. Ihre Verengung erscheint sowohl im Interesse der Verbraucher wie vor allem der Landwirtschaft dringend erforderlich.

Ueber eine Aktion, die für diese Senkung der Preisspanne von großer Bedeutung werden kann, wird dann in Ergänzung der schon in der Leipziger Volkszeitung veröffentlichten Mitteilungen berichtet:

Die Großkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg hat vor kurzem

die größte Fleischverarbeitungsfabrik des Kontinents, die Wollschl. G. in Oldenburg, erworben, ein bedeutendes Unternehmen, das früher zum größten Teil in Händen des ehemaligen Großherzogs von Oldenburg war. Diese Fabrik, die zu bestehenden kleineren Anlagen der gleichen Art, die die GGG bereits besitzt, jetzt hinzukommt, ähnelt den großen Schlachthäusern Chikasgos. Sie kann allein täglich 1200 Schweine von der Schlachtung bis zur Veranderbereitschaft verarbeiten. Arbeitsmäßig 1200. Das sind im Jahre 370 000 Schweine oder, um einen Begriff von der Bedeutung dieser Zahl zu geben, mehr, als preussische Provinzen wie Ostpreußen, Pommern oder Schleswig-Holstein, als Länder wie Württemberg oder Baden in den letzten Jahren an Schweinefleischlieferungen aufzuweisen hatten.

Diese gewaltige Produktion nun soll nicht nur auf das rationelle betriebl. sondern sie soll in den Gesamtsammenhang genossenschaftlicher Wirtschaft hineingestellt werden. Zunächst beim Bezug des lebenden Viehs. Die GGG hat, ebenfalls vor kurzer Zeit, ein großes Ritttergut erworben, das der Versorgung ihrer Konsumvereine mit Rohmaterial dienen soll, auf dem aber zur Verwertung der Körner- und Pflanzfrüchte, deren Anbau die Fruchtwechselfolge nötig macht, auch Viehzucht betrieben wird. In der Hauptsache aber wird man auf andere Viehlieferanten angewiesen sein. Und dafür will man umfassende Marktverträge abschließen, für die als Kontrahenten vor allem die Viehzüchter-Genossenschaften in Frage kämen. Die Bildung solcher Genossenschaften, die bekanntlich in Deutschland gegenüber Amerika und den nordischen Bauernländern weit zurückgeblieben ist, könnte durch das Vorgehen der GGG einen kräftigen Anstoß erfahren. Der große, dauernde Absatz zu erträglichen Preisen, den die Vertragspartner der GGG für ihre Lieferungen erhalten könnten, würde so vielleicht auch andere Kreise der deutschen Bauernschaft zu dem anregen, was die wichtigste Aufgabe derartiger Zukunfts-genossenschaften in produktionspolitischer Hinsicht ist, nämlich zur gleich-

mäßigen Qualitätserzeugung von hochwertigem standardisierten Produkt. Denn dies und Hand in Hand damit die Marktzugewinnung für einen regelmäßigen Absatz ohne übertriebene Zwischenspanne wäre

das Mittel, um der deutschen Viehproduktion wirklich zu helfen.

Wie der Bezug des Viehs, so wird auch der Absatz der fertigen Produkte der genossenschaftlichen Fleischfabrik genossenschaftliche Wege gehen. Dafür stehen zunächst die der GGG angeschlossenen Konsumvereine mit ihrem großen Absatz zur Verfügung. Darüber hinaus schweben Verhandlungen, um einen Teil der Speckfabrikation zu exportieren, und zwar an den bestfreundeten Verband englischer Konsumgenossenschaften, der einen großen Absatz an Schweinespeck, „bacon“ aufweist. Wenn, wie man annehmen darf, ein solches Abkommen zustandekommt, so wird dies eine weitere Sicherung des Absatzes der genossenschaftlichen Fleischfabrik bedeuten. Darüber hinaus aber wird es, als ein erster Anfang,

vorbildlich zeigen, wie sich die deutsche Landwirtschaft einzustellen hat, um zu gedeihen:

rationelle Erzeugung von qualitativ hochwertiger Standardware, rationelle Organisation des Absatzes, kurz: Umwandlung in eine Qualitätsindustrie, die nicht nur mit der Importware von draußen konkurrieren, sondern selbst ihre Waren auf dem Weltmarkt hinausbringen kann. Nur solche Umstellung kann der Bauernwirtschaft die Rentabilität bringen, die ihr das milde Leben des Reichsstandes mit allen großen Worten nicht schaffen wird.

Das Vorgehen der Hamburger Genossenschaftsorganisation ist ein großartiges Experiment. Andere, ähnliche Versuche von privater Seite, die nicht vom Verbrauch, sondern von der Erzeugung und Verarbeitung ausgehen, sind, wie wir zu wissen glauben, in Vorbereitung. Und die Erkenntnis von der unumgänglichen Notwendigkeit, diese Wege zu gehen, ist auch in der Bauernschaft selbst jetzt in raschem Vordringen — wenn es gelingt, die Demagogie der Landbundeher abzuwehren, die jetzt wieder alles zurückzuwerfen droht.

Die Tätigkeit der Großkaufsgesellschaft auf dem Gebiete der Fleischversorgung zeigt grundsätzlich gewaltige Möglichkeiten auf, die sowohl für die Konsumenten als auch für die Produzenten durch die genossenschaftliche Zusammenarbeit gegeben sind. Die GGG ist bereit, den Produzenten Preise zu zahlen, die ihnen als auskömmlich erscheinen können. Ihr Bestreben ist darauf gerichtet, dies durch eine Verminderung der Preisspanne zu erreichen, die heute zwischen Erzeuger und Ladenpreisen besteht. Dabei wird es auch noch möglich sein, den Konsum billiger zu beliefern.

Das alles steht in geradem Gegensatz zu den Absichten, die z. B. der Landwirtschaftsminister im preussischen Koalitionskabinett, Herr Steiger, beim Reichsernährungsministerium durchzuführen versucht. Wie berichtet wird, hat Herr Steiger bei dem Landbundesminister Schiele beantragt, zur sofortigen Entloftung des Schweine-marktes der deutschen Fleischwarenindustrie einen Kredit von drei Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Mit diesem Betrage sollen die Fleischwarenfabriken in die Lage versetzt werden, mehr Schweine als sie normalerweise kaufen würden, aus dem Markt zu nehmen, um damit die Viehpreise zu steigern. Die aus dem Mehr-Schweinen gewonnenen Fleischwaren sollen bis zum Sommer aufgehoben und zu den dann zu erwartenden höheren Preisen verkauft werden. Es handelt sich dabei also um eine einseitige Hilfe für die Landwirtschaft, die mit einer Belastung der Konsumenten verbunden ist. Der ganze Gegensatz zwischen planvoller genossenschaftlicher und bürokratischer-agrarischer Tätigkeit liegt in dem Beispiel GGG und in dem weiteren Beispiel Steiger beschlossen.

## USA-Monopolismus

Allmählich etwa melden die Offiziellen in den Vereinigten Staaten öffentlich in irgendeiner Form ihren Protest an gegen Monopolisierungen in der Welt außerhalb der USA. Ob es sich dabei um das deutschfranzösische Kautschukmonopol, ob es sich um das englisch-holländische Kautschukmonopol, ob es sich um das englisch-holländische Kautschukmonopol, ob es sich um das englische Kautschukmonopol handelt, magst du viel Erdölvorkommen unter englische Verfügungsgewalt zu bringen — jedesmal findet das in den Vereinigten Staaten die entsprechende Beachtung. Dagegen hört man eigentlich nie etwas von Protesten gegen Monopolbildungen in den Vereinigten Staaten selbst. Die USA und die kanadischen Holzproduzenten haben Holzverträge abgeschlossen und halten die Preise hoch. USA-Kapital steht hinter den kubanischen Zuckermopolisierungen. Das internationale Kupferkartell steht unter der Führung von USA-Kapitalisten. Dies und anderes läßt die Offiziellen in den USA ruhig schlafen. Wie sehr aber in den USA erlaubt sein soll, was außerhalb von „Gottes Land“ eigentlich verboten werden müßte, zeigt die Meldung, daß sich in diesen Tagen die Gouverneure sämtlicher nordamerikanischen Baumwollstaaten zu einer Konferenz in Jackson (Mississippi) zusammensetzen werden, um Abhilfemaßnahmen für die Baumwollpflanzler zu beraten und zu beschließen.

Die großen Ueberflüssigkeiten haben „leider“ nur zeitweise die Baumwollpreise in die Höhe getrieben. Die derzeitigen Baumwollpreise werden aber von den Baumwollpflanzern als vollkommen unzulänglich betrachtet. So ist der Plan entstanden, die Einkünfte der USA in der Baumwollindustrie, die das Hochwasser mit einem hohen Verlust von Menschenleben vorgenommen hatte, nun systematisch auf Grund einer weitreichenden Vereinbarung unter den Pflanzern vorzunehmen. Dieser Plan wird ergänzt durch einen anderen Plan, in New-Orleans eine Baumwollbank zu errichten, welche die kapitalistischen Farmer unterstützen soll, damit sie in der Lage sind, die Baumwolle zu verkaufen. Von beiden Seiten her will man wirtschaftlich eine Verknappung des Angebots herbeiführen. Würden diese Absichten verwirklicht, so könnte leicht eine immerhin erhebliche Preissteigerung eintreten, die die Konsumenten von Baumwollstoffen zu büßen hätten. Die amerikanischen Baumwollinteressenten könnten aber unter Umständen hierbei auch ein Spiel für ihre Konkurrenten spielen. Die USA sind längst nicht mehr die einzigen und auch nicht mehr die unbedingt ausschlaggebenden Baumwollproduzenten. Preissteigerungen für Baumwolle aber können die allenthalben in tropischen Gebieten bestehenden Tendenzen auf Erweiterung des Baumwollbaues nur stärken und fördern. So könnte am Ende der Erfolg der Baumwollpflanzler in den USA eine vergrößerte Produktion außerhalb der USA, eine verstärkte Konkurrenz und ein noch tieferes Preisniveau sein.

Die Befriedigung des kapitalistischen Profitstrebens ist im einzelnen nicht immer leicht, und die Auflösung der dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche ist ein Kunststück, das noch niemand fertiggebracht hat.

Polypheon dreifach. Wie ST von unterrichteter Seite erfahren hat, sind die in Amsterdam aufgelegten jungen Aktien der Polypheonwerke Akt. Ges. ungefähr dreifachmal überzeichnet worden. Es stand ein Betrag von 1 Mill. Mark zur Verfügung, angeblich soll die Nachfrage circa 30 Millionen Mark betragen haben. Speziell von englischer Seite soll starke Nachfrage bestanden haben.

## Ungarische Wirtschaft

L. E. Die großen englischen Zeitungen, besonders die Times, berichten ununterbrochen von einem glänzenden wirtschaftlichen Aufstieg Ungarns. Dies nach ihrer Art, so könnte es scheinen, als ob aus Ungarn ein Schlachtfeld geworden wäre, das selbst von den englischen Kapitalisten betriebl. wird. Dieser Reich würde an sich nicht unbegründet: den hohen Profit der ungarischen Großindustriellen und der Großbanken können die Unternehmer aller Länder beneiden. Aber die Realität!

Die Reihenhäuser von Budapest wurden im Jahre 1927 monatlich von durchschnittlich 120-130 000 Menschen ausgelastet. Gegenwärtig haben sie 330 000 Schuldenposten, während die ganze Bevölkerung der Hauptstadt 660 000 Seelen zählt. Und wie viele Arbeiter gibt es, die nichts zu verdienen haben!

Diese Zahlen sind in erster Linie aus den niedrigen Löhnen zu erklären. Ein Vergleich zwischen den Realloöhnen Ungarns und anderer Länder zeigt folgendes Bild. Ein gelernter Facharbeiter arbeitet:

	für ein Mannnerheind	für ein Paar gewöhnliche Männerchuhse
in USA	2 1/2 Stunden	3 1/2 Stunden
in Deutschland	3 1/2 Stunden	10 1/2 Stunden
in Frankreich	5 1/2 Stunden	14 1/2 Stunden
in Oesterreich	6 1/2 Stunden	19 1/2 Stunden
in Ungarn	18 1/2 Stunden	29 1/2 Stunden

Allerdings zeigt sich ein wirtschaftlicher Aufstieg — bei den Kapitalisten. Steigende Profite auf der ganzen Linie! Die Times und die englischen Kapitalisten interessieren sich aber nicht dafür, woher diese Profite kommen. Die Steigerung des Profits wird besonders durch zwei Mittel erreicht: durch die Steigerung der Intensität der Arbeit und durch die Rationalisierung. Aber Ungarns Wirtschaft ist ziemlich zurückgeblieben, und darum erachten die ungarischen Kapitalisten besonders das letztere Mittel für das wirksamere. Den ungarischen Industriellen ist es gelungen, in der Großindustrie im Jahre 1926 mit 5,3 Prozent weniger Arbeitern bei um 5,2 Prozent niedrigerem Lohn 13,8 Prozent mehr Werte zu erzeugen, als im Jahre 1925.

Diese Steigerung der Produktivität ist — wie gesagt — nur in ganz kleinem Maße auf die Einfuhr von arbeitsparenden Maschinen zurückzuführen; sie ist beinahe ausschließlich der Folge einer Steigerung der Intensität der lebendigen Arbeitskraft, der Arbeitskraft des Arbeiters. Daß es so ist, zeigt sich am deutlichsten in der Zunahme der Unglücksfälle in den Betrieben. Im Vergleich zum Jahre 1925 ist die Zahl der Unglücksfälle 1926 um 11,8 Prozent gestiegen. Im Jahre 1926 verunglückten von 1000 Arbeitern durchschnittlich 22,9, 1925 aber 43,7.

Die Diktatur Bethlens, die Diktatur einer Scheinparlamentarischen Regierung verhindert aber selbst die Errichtung und den Ausbau von sozialen Einrichtungen der Arbeiterklasse. Erst kürzlich wurde das Arbeiterversicherungsamt seiner Autonomie beraubt, so daß die Arbeiterkraft in Ermüdung sog. Diese Einrichtung zu boykottieren. Von einer Arbeitslosenunterstützung will die Diktatur nichts hören.

Demgegenüber aber trägt die arbeitende Klasse den größten Teil der Staatslasten. Die Steuern werden nicht einmal geheim, sondern ganz offen auf die Arbeiterklasse abgewälzt. Das Verhalten der direkten zu den indirekten Steuern ist 7:3. Es kommt hinzu, daß die Steuerentnahmen bei den direkten Steuern immer mit einem erheblichen Minus endeten, während bei den indirekten Steuern ein Plus von 67,2 Millionen Pengö in einem halben Jahre zu verzeichnen war.

## Ungeheuerlichkeiten eines Kirchenamtes

Wie sich die Kirche das Ausschichtsrecht über den Religionsunterricht wie überhaupt über die Schule, geht, geht aus dem nachfolgenden Schreiben des Bezirkskirchenamtes Borna an einen staatlich angestellten Lehrer hervor, der, im Nebenamt Kirchendienste tut und Religionsunterricht erteilt. Das Schreiben, das wir der Mitwelt schon der Erheiterung wegen nicht vorenthalten wollen, lautet wie folgt:

Borna, am 30. Januar 1928.

„Es ist uns hinterbracht worden, daß sich Ihre einzige kirchenamtliche Tätigkeit nur auf die Begleitung des Gemeindegelanges bei den sonntäglichen Gottesdiensten erstreckt. Dagegen sollen Sie es schon jahrelang unterlassen haben, Festgänge (Chor und Soli) zu Gehör zu bringen. Auch würden von Ihnen keine regelmäßigen Chorführungen erteilt. Ferner bestände die Vermutung, daß infolge der absoluten Ignoranz der Konfirmanden in biblischer Geschichte die Erteilung des evangelisch-lutherischen Religionsunterrichts in der Schule zu... durch Sie zu wünschlicher Überflüssigkeit. Nach den Zeugungen konfirmandierter junger Leute sei die Annahme berechtigt, daß der Religionsunterricht entgegen den Grundätzen der evangelisch-lutherischen Landeskirche erteilt werde, obwohl die Volksschule zu einer weltlichen Schule noch nicht erklärt worden sei.“

„Ferner werden Sie, beschuldigt, den Interessen und dem Ansehen der evangelisch-lutherischen Landeskirche direkt entgegenzuwirken. So sollen Sie in der Kirchengemeindeversammlung vom 27. August 1927 in, wegwerfender und verächtlicher Weise von der Landeskirche als „so'ner Institution“ gesprochen haben. Auch in der Lehrerversammlung in... im Sommer 1927 sollen Sie wieder einen von Zynismus gegen die Landeskirche strotzenden Vortrag gehalten haben, was mit Ihrer Stellung als Kantor schlechterdings unvereinbar sei.“

Sie wollen sich zu diesen Anschuldigungen äußern.“ Das Bezirkskirchenamt Borna.

Wir fragen das Volksbildungsministerium, was es zu diesem in keiner Weise begründeten Schritt des Bezirkskirchenamtes zu tun gedenkt?

2. Thema. Gemeindevorordnetenentscheidung. Zum ersten Vorsteher wird Genosse D. Kögel wiedergewählt, als sein Stellvertreter fungiert Kommunist Blücher. Sämtliche Ausschüsse werden bei keinen Veränderungen erneut bestätigt. Eine Anregung der Antisozialpartei, einen eigenen Bauverein zu bestellen, wird abgelehnt. Den vom Ministerium gewünschten Änderungen der neuen Sparsparordnung wird zugestimmt. Die Gesamte soll beim Landes-Pensionsverband sächsischer Gemeinden verbleiben werden, vorausgesetzt, daß die ändern Gemeinden des Hebammebezirks zustimmen. Angenommen wird ein Ortsgefäß über den Ruhestand für die Gemeindevorsteher. Es steht im Gegensatz zu den bekannten Richtlinien des Ministeriums Beitragsfreiheit, Anrechnung der Reichsversicherung nur zur Hälfte usw. vor. Die durch den Tod des Gemeindevorstehers Ritter freigewordene Stelle soll zunächst unbefestigt bleiben, damit ab und zu Arbeitslose zu Ausschüßarbeiten herangezogen werden können. Angenommen wird ein Nachtrag zur Steuerordnung, die Lustbarkeitssteuer betreffend; es werden erhoben vom Eintrittsgeld 20 Prozent, Vereine werden mit 15 Prozent besteuert. Das Verwaltungsgericht der Kreishauptmannschaft Leipzig hat durch Urteil vom 11. Februar den Beschluß der Gemeindevorordneten über Nacherhebung von 10 Prozent Wertschätzung am 1. Oktober 1927 in den Gemeindegrundbüchern als ungültig aufgehoben, da die drei in den Gemeindegrundbüchern wohnenden Kommunisten seinerzeit mit abgestimmt haben. Es wird beschlossen, wegen des Urteils des Oberverwaltungsgerichts anzuzweifeln. Ihren Einspruch des Bürgermeisters gegen einen Beschluß der Gemeindevorordneten, die ehemalige Genossin Wina betreffend, wird zurückgegeben und der Beschluß aufgehoben. Beschlossen wird, daß die Verzinsung des Restkaufgeldes der Reichsheimstätten der Siebler für 1928 3 Proz., für 1929 4 Proz. und ab 1930 5 Proz. beträgt. Weiter wird beschlossen, dem Allgemeinen Sächsischen Städtetagsverband als förderndes Mitglied beizutreten, desgleichen dem Bezirksabtlbauverein. Ein Antrag der Kommunisten, ein 6-Familienhaus zu bauen, wird abgelehnt, da von Seiten der Siebler erhebliche Kosten aufwendet werden, ohne daß die Gemeinde Wohnungen erstellt werden, ohne daß die Gemeinde größere Kosten aufwendet und die Siebler selbst große 4-Zimmer-Wohnungen freimachen.

In einer weiteren Sitzung der Gemeindevorordneten steht als einziger Punkt auf der Tagesordnung: Nachtrag zur Steuerordnung, die Erhebung von 150 Prozent Zuschlägen zur Grund- und Gewerbesteuer betreffend. Die Gemeindevorstände geben der Gemeinde auf, 120 Prozent zu erheben. Kommunist Blücher läßt seine bekannte Rede gegen indirekte Steuern unter den üblichen Anwürfen gegen die Sozialdemokraten vom Stapel. Ebenso wollen die Hausbesitzervertreter nichts von den Steuerzuschlägen wissen. Mit 8 gegen 5 Stimmen wird schließlich der Nachtrag abgelehnt. Nunmehr wird nach der Entscheidung der Gemeindevorstände die Antisozialpartei anordnen müssen, daß 150% Zuschläge zu erheben sind. Nach erfolgter Abstimmung erklärt Genosse Kögel, daß die Kommunisten in einer früheren Sitzung sich bereit erklärt, durch Stimmenthaltung dem Nachtrag zur Annahme zu verhelfen. Blücher versucht dies zu bestritten, doch konnte ihm Genosse Kögel die schriftliche Erklärung Blüchers vorzeigen. Darüber alleseitig großes Stöhnen.

u. Marxtraut. Wie aus einem Bericht der Stadtverordnetenentscheidung zu entnehmen war, wurde bei der Vergabe der Arbeiten der Schleuse in der Albertstraße eine trasse Submissionsblüte festgestellt. Dem höchsten Angebot des Unternehmers Hermann (Marxtraut) mit 21 000 Mk. gegenüber. Hermann erhielt die Arbeiten. Dieser vergab sie an einen Zwischenunternehmer Kögel (Wöhlisch-Grenberg). Die Arbeiten sind fertiggestellt. Aber ist diese Arbeit sachgemäß ausgeführt worden? Die Albertstraße sieht seit dieser Zeit wie ein Schweineschlamm aus! Sie ist für Radfahrer, Geschirre und Fußgänger nur mit Gefahr zu passieren. Es wird Zeit, daß sich die Stadtverordneten den Zustand dieser Straße einmal ansehen und Abhilfe schaffen. Was ist nun aber mit der Schleuse los? Seit einigen Tagen müssen die Schleusenräumer diese fertiggestellte Schleuse räumen, und es werden Unmengen von Fäkalien aus den Schächten befördert und eine dicke Schicht dieser wölkrischen Sachen in nächster Nähe von menschlichen Wohnungen auf Feldparzellen geschüttet. Man hat auch Techniker gesehen, die mit Instrumenten diese Schleuse untersuchen, Scheinbar deshalb, weil das Wasser in der Schleuse nicht abläuft. Die Einwohnerschaft hat ein Interesse daran, was auf diesen Gerüchten wahr ist. Sollten die Schleusen, die in Regie gebaut sind und bei den bürgerlichen Fraktionen den kleinsten Beschwerden ausgelegt waren, besser gebaut sein als die vom Unternehmer Hermann gebaute? Die Einwohnerschaft hofft, daß in der nächsten öffentlichen Stadtverordnetenentscheidung Aufschluß gegeben wird.

Borsdorf. Das Opfer eines Naturereignisses wurde der 50 Jahre alte Arbeiter Schneider aus Panitzsch. Schneider war im Betriebe der Mechanischen Weberei tätig. Der Berührung wurde während Ausübung seines Berufes von den Trümmern eines 35 Meter hohen Fabrikschornsteins, den ein starker Sturm umlegte, erschlagen.

Eilenburg. Bewußtlos aufgefunden. Vor dem Grundstück Bergstraße 8 wurde ein junger Mann bewußtlos aufgefunden. Ein hinzugezogener Arzt ordnete seine sofortige Ueberführung nach dem Krankenhaus an. Es handelte sich um den itelungslosen Kirchner Emil Apelt aus Weissenfels.





Deutsche Hunde — Deutsche Mörder

In Leipzig erscheint die Geflügel-Börse (im Volksmunde die „Hohbüchse“ genannt), ein im deutschnationalen Angehies...

Wenn sich der Arme einen Hund hält, so geschieht es gewöhnlich, weil er einen Gehlfien braucht oder einen treuen Freund, der ihm sein Elend erträglich macht.

In Nr. 11 der Geflügel-Börse macht nun ein Dichter Propaganda für die Züchtung einer Hundart, die in Deutschland bisher noch nicht bekannt war.

Erzieh sie stark und lehr sie heigen, Nicht Mißd und unschuldig Gezücht! Rein — Menschen sollen sie zerreißen In deutschem Land, mit weislich Gesicht!

Und aus deinen hundepädagogischen Bemühungen wird dann eine Rasse heranwachsen, die ihren Hund stellt im Kampfe gegen den Erbfeind.

Ein Tag wird uns zusammentraffen Die heute deutsches Land besetzen, Mit Igel-Kindern woll'n wir's schaffen, Mit Hundern aus dem Land sie hehen!

Der „Schandvertrag“ von Versailles hat uns ein großes Heer verbieten, nicht aber die Züchtung von deutschen Raubhunden.

Wie wäre, wenn uns die Geflügel-Börse bald mit der Anündigung einer Ausstellung deutscher Mörderhunde überraschte?

Der häusliche Tätigkeitsbereich der Frau

Eine wichtige Entscheidung des Reichsgerichts.

I. K. Vor kurzer Zeit hatten wir uns mit dem Umfange der Schlüsselgewalt der Ehefrau und mit ihren Rechten innerhalb der Ehe beschäftigt.

Daraus hatte ein östpreussischer Ehemann gefolgert, er könne seine Ehefrau von der Leitung des gemeinschaftlichen Hauswesens völlig ausschalten und die Leitung seinen drei erwachsenen Töchtern aus erster Ehe übertragen.

Kommunistische Jugend in Not

In der Sonnabendnummer der Sächsischen Arbeiter-Zeitung wird in einem längeren Artikel nochmals der Versuch gemacht, den für den kommunistischen Jugendverband nachteiligen Eindruck zu verwischen.

Der größte Bauverein Deutschlands

Genossenschaftliche Wohnungsbauten in Leipzig

Wenn ein Bauverein auf genossenschaftlicher Grundlage 278 eigene Grundstücke mit 2450 Wohnungen besitzt, keinerlei nennenswerte Reklame oder besondere Mitgliederwerbungen veranstaltet...

Der Bauverein zur Beschaffung preiswerter Wohnungen in Leipzig, um den es sich hier handelt, verfügt außerdem noch über rund 140 000 Quadratmeter unbebaute Fläche in den verschiedenen Stadtteilen Leipzigs.

Für das Jahr 1928 sind 7 Häuser in Leipzig-Anger und 9 Häuser in Schönefeld genehmigt worden.

Der Bauverein zur Beschaffung preiswerter Wohnungen bestand am 31. Januar 1928 30 Jahre. In diesen drei Jahrzehnten hat er sich gegenüber allen Inveidungen des Privatbesitzes...

Aber auch Bäder und vier elektrische Wäschmaschinen sind hier. Die Bäder werden wöchentlich von durchschnittlich 350 bis 390 Mitgliedern in Anspruch genommen.

Genossenschaftliche Zusammenkünfte sind es, die zum Zusammenfluß zur Genossenschaft führen. Ein Arbeiter, der sich mit seinem geringen Einkommen willkürlichen Mietsteigerungen ausgesetzt sieht...

Genossenschaftlicher Zusammenkünfte erfordert aber auch genossenschaftliches Denken — und Handeln. Denn es ist eine gute



Das Siedlungshaus an der Selner Straße.

Die eigentliche Domäne des Bauvereins liegt in Schönefeld. Dort läßt sich auch eine Entwicklung nach der Richtung beobachten, für diese Genossenschaftswohnungen ein baukünstlerisches Gewand zu schaffen.

In diesem Block wurde 1926 eine Wohnungsmusterhaus errichtet, die 12 000 Besucher aufwies. Aber diese Musterhaus, die nur eine Woche dauerte, war nicht das Wesentliche.

Selbstverständlichkeit, daß jeder einzelne Mieter mit den Wohnungen und den Einrichtungen der Genossenschaft pfleglich und schonend umgeht. Reparaturen kosten das Geld aller.

Der eminent wichtigen sozialen Frage des Kleinwohnungsbaues wird sich der Bauverein zur Beschaffung preiswerter Wohnungen durch ein neues Projekt mehr als bisher widmen können.

Dem so in greifbarer Nähe gerückten Seim für Berufstätige werden hoffentlich bald mehr Heime folgen, die aus Wohnungselend und Untermieterdasein in menschenwürdigere Verhältnisse führen.

Am Sonnabend wird nun in dem Artikel des Kommunistenblattes zugegeben, daß von der KJ 25 Eintrittskarten zu ermäßigten Preisen bezogen worden sind.

In dem Artikel wird zweimal der große Erfolg ausposaunt, den die kommunistische Jugend glaubt dadurch erzielt zu haben, daß 12 Schönefelder Jugendgenossen noch durchschnittlich einjähriger Mitgliedschaft und im Alter von 16 Jahren aus der Sozialistischen Arbeiterjugend ausgetreten sind.

Arbeiterferien und Studienreisen

300 Interessenten vorzente eine Veranstaltung des Arbeiter-Bildungsvereins, die sich mit den von ihm veranstalteten diesjährigen Ferienreisen beschäftigte.

veranstalteten Reisen keine bloßen Vergnügungszwecken darstellen, sondern dazu beitragen sollen, die Massen des Klassenkampfes der Arbeiterschaft zu schärfen und zu ergänzen.

Genosse Kayer zeigte deshalb am ersten Abend in einem kurzen Vortrag all die Probleme solcher Ferienkultur auf.

Am Sonntag, dem 19. Februar, 19 Uhr, wird ein rheinischer Abend, und am Sonntag, dem 26. Februar, um dieselbe Zeit, ein bayrischer Abend im Gartensaal des Volkshauses veranstaltet.







# Arbeitsgericht

Der beleidigte Chef.

Der Schlosser Franz H. war bei der Leipziger Automobil-Gesellschaft, GutsMuthstraße 30, als Monteur beschäftigt, außerdem als Betriebsmann tätig. Am 6. Dezember vorigen Jahres hatte er wegen Leistung von Nebenstunden wieder einmal eine Besprechung mit dem Werkmeister U. und verweigerte die geforderte Mehrarbeit ebenso konsequent wie in allen früheren Fällen. Daraufhin teilte ihm der Meister mit, daß der Direktor Otto ihn zu sprechen wünsche, was nun H. zu der Keuherung veranlaßte; er habe nicht nötig, zum Chef zu gehen, da dieser ja ebenso weit habe wie er und folglich ganz gut zu ihm kommen könnte! Durch diese Erklärung fühlte sich Otto beleidigt, und da der Monteur wegen seiner Haltung in der Nebenstundenfrage sowie die nicht befristete war, nahm die Geschäftsleitung den Vorfall zum Vorwand, H. am folgenden Tage fristlos zu entlassen. Die Betriebsobmannschaft und den damit verbundenen erhöhten Kündigungsschutz des Schlossers ignorierte sie, da sie ihr angeblich nicht bekannt waren.

Nachdem H. beim Arbeitsgericht gegen die Firma auf Feststellung, daß die am 7. Dezember erfolgte Entlassung ungerechtfertigt und unwirksam sei, und nach längerer Verhandlung und Jugendvernehmung kam die Kammer unter Dr. Schickels Vorsitz zur Beurteilung der Gesellschaft. Aus der recht interessanten Begründung ist folgender Passus besonders wesentlich:

Es ist zu prüfen, ob H.s Keuherung, er habe nicht nötig, zum Direktor zu kommen, da der auch nicht weiter habe als er, als ein wichtiger Grund zur fristlosen Entlassung des Klägers angesehen werden muß. Die Gründe, die den Arbeitgeber berechtigen, Arbeitnehmer ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu entlassen, sind im § 123 der Gewerbeordnung aufgeführt. Von den dort genannten Gründen käme allenfalls nur der unter Ziffer 3 in Frage. Es wäre also zu prüfen, ob die Weigerung des Klägers, zum Direktor Otto zu kommen, als eine beharrliche Verweigerung der ihm nach dem Arbeitsvertrag obliegenden Verpflichtungen anzusehen ist. Es gehört zu den Obliegenheiten des Arbeiters, der Aufforderung des Arbeitgebers, sich während der Dienststunden zu ihm zu begeben, nachzukommen; insofern liegt also eine Verweigerung der dem Kläger obliegenden Verpflichtungen vor. Diese Verweigerung ist insofern eine einmalige gewesen, kann also nicht als beharrlich im Sinne des § 123, Ziffer 3 der Gewerbeordnung angesehen werden. Da von den anderen in § 123 GO aufgeführten Gründen, die zur fristlosen Entlassung berechtigen, ebenfalls keiner vorliegt, so war die fristlose Entlassung des Klägers ungerechtfertigt. Auch aus § 124 a GO kann die Berechtigung zur fristlosen Kündigung des Arbeitsverhältnisses aus einem wichtigen Grunde nicht hergeleitet werden, da mit Rücksicht auf den vereinbarten Ausschluss einer Kündigungsfrist § 124 a GO nicht Anwendung findet.

Es war die Frage zu prüfen, ob § 124 a GO etwa deshalb anzuwenden wäre, weil dessen Anwendbarkeit die Vereinbarung einer längeren als vierzehntägigen Kündigungsfrist voraussetzt und auf Mitglieder der Betriebsvertretungen, welchen gemäß § 98 BGG während der Dauer der Wahlperiode überhaupt nicht gekündigt werden kann, wenn kein wichtiger Grund oder keine Zustimmung des Arbeitsgerichts vorliegt, deshalb analog anzuwenden ist. Die Frage ist indessen zu verneinen, denn bei Schaffung der Gewerbeordnung war allerdings an die Bestimmung des Betriebsratsgesetzes noch nicht zu denken, insofern erscheint es bedenklich, den § 124 a nicht auszulagern, sondern auszudehnen.

Gegen dieses Urteil hatte die Firma Berufung beim Landes-arbeitsgericht eingelegt, wurde jedoch am Donnerstag abgewiesen.

## Ungewöhnliche Vertrauenslosigkeit!

Der Leipziger „Kaufmann“ M. brauchte dringend Geld, konnte aber trotz ernstlicher Bemühungen niemandem austreiben, der demütig genug war, ihm welches zu borgen. Nun hatte er mal gehört, daß in Mecklenburg die Leute nicht ganz auf der Höhe sein sollen, und die Ochsenköpfe im Wappen, der starke würtische Einfluß und dergleichen mehr, schienen das zu bestätigen. Er inserierte daher im „Schwäbischer Generalanzeiger“, einem der Leipziger Neuesten welfens-erwandten Blättern, mit entsprechendem Vermerk, daß er einen Lagerhalter mit fünfhundert Mark Kapital suchte und fand auch bald in Herrn W. einen Mann, der für die ihm zugeordnete Rolle vortrefflich geeignet war. Man einigte sich sehr rasch; der „Kaufmann“ bekam sein Geld und Herr W. einen schriftlichen Vertrag, in dem ihm dreihundert Mark Monatsgehalt versprochen wurden.

Das Lager war freilich außerordentlich klein und zu halten gab es auch nichts, da somieso nichts abging; doch gelang es W. den Mecklenburger zu überzeugen daß lediglich die lausigen Zeiten, der Mangel an Hirt usw. am schlechten Gang des „Geschäfts“ schuld waren. Er wußte ihr zu versprechen, weitere sechshundert Mark zu indifferenter! Damit war nun freilich W. völlig ausgepumpt, was in Anbetracht der kurzen Frist von vierzehn Tagen, in der sich das abgespielt hatte und in Anbetracht des Umstandes, daß er noch keinen Pfennig Gehalt zu sehen bekommen hatte, wirklich eine Rekordleistung an Vertrauenslosigkeit darstellte, zumal er vorhergekauft ist und drei Kinder hat! Als sein Chef merkte, daß bei seinem Angestellten nichts mehr zu holen war, schlug er ihm die Verfeinerung zum Teilhaber vor; er sollte vierzig Prozent vom „Reingewinn“ erhalten und damit natürlich aus Gehalt verzichten. Obwohl aber W. aus Mecklenburg stammte und einen „einfachen Sinn“ besaß, kam ihm das Angebot gar zu bedenklich vor, weshalb er es ablehnte. Knapp drei Wochen später wurde er als „vollkommen ungenügend“ fristlos entlassen!

Nun wandte sich W. ans Arbeitsgericht und wollte sein Geld

wieder haben, außerdem selbstverständlich die dreihundert Mark für Januar, währenddessen er gelagerthaltend hatte. Die nicht gerade sehr detaillierte, jedoch äußerst ausdrucksvolle Schilderung seiner Ränksucht, die der Richter Dr. Fingerling mit ermunterndem Sarkasmus aus ihm herausquerschte, rief dauernd Heiterkeitsausbrüche unter den zahlreichen Zuhörern hervor. „Wie haben Sie denn Herrn M. kennengelernt“, fragte der Vorsitzende. „In Schwerin fand ein Inserat in der Zeitung.“ — „Was stand denn in dem Inserat?“ — „Es wurde ein Geschäftsführer oder Lagerhalter mit fünfhundert Mark gesucht.“ — „Und da sind Sie schließlich nach Leipzig gefahren und haben die fünfhundert Emmen abgehoben?“ — „Ja wohl!“ — „Nun — kannten Sie die Verhältnisse des Herrn M.?“ — „Haben Sie sich vorher irgendwie erkundigt? Erschien er Ihnen kreditwürdig?“ — „Ich habe mir das Lager angesehen.“ — „Wußten Sie, daß dem auch das Lager gehörte? Der konnte Ihnen doch irgendwas zeigen?“ — „— — —?“ — „Es waren doch bloß fünfhundert Mark Kapital einlage gefordert! Wie kommt denn das, daß Sie hier elfhundert angelegt haben?“ — „Das Geschäft ging schlecht, Herr M. konnte mir nicht einmal eine Anzahlung aufs Gehalt geben; da habe ich noch sechshundert Mark einbezahlt.“ — „Mehr hatten Sie wohl nicht?“ — „Nein.“ — „Sie wollten wohl gar nichts verdienen?“ — „Sie wollten wohl nur das Geld loswerden?“ — „Durchaus nicht, Herr Richter! Ich brauchte doch Geld für mich und meine Familie. Ich wollte verdienen!“ — „Das steht mir aber gar nicht so aus! Dämlicher konnten Sie es jedenfalls nicht anfangen!“

Nun kam der Beklagte zu Wort, der seine Aussage begründlicher Weise so leise als eben möglich machte, so daß sie beinahe unverständlich war. Er habe Betriebskapital gebraucht und den Kläger zunächst als Lagerhalter eingestellt. Zwei Wochen später (nachdem er W.s gesamten Geldvorrat in seine eigene Tasche gesteckt hatte!) habe er ihm vorgeschlagen, als Teilhaber einzutreten, und W. sei auch darauf eingegangen; gestritten hätten sie sich lediglich noch über die Höhe des Anteils; er habe vierzig Prozent geboten, der Kläger aber fünfzig verlangt. „Ich denke, es gab gar keinen Reingewinn“, fragt der Richter. — „Der sollte noch kommen, Herr Rat!“

Da W. jegliche beratliche Vereinbarung bestritt und M. keinen Zeugen dafür benennen konnte — man hatte die Sache auf der Grimmschen besprochen! —, teilte ihm Dr. Fingerling mit, daß er auf jeden Fall zahlen müsse und am besten einen Vergleich abschließen; natürlich könne er auch ein Urteil haben, wenn es ihm auf ein paar Mark mehr oder weniger nicht ankomme. Herr M. kam aber sehr darauf an, und so erkannte er W.s Forderung als berechtigt an, womit allerdings noch lange nicht heraus ist, daß oder wann der Mecklenburger sein Geld wiederträgt. Man sollte freilich nicht meinen, daß ein Mensch, der sich als Geschäftsmann bezeichnet und immerhin in der Mitte der Vierziger steht, sich so — merkwürdig anstellen kann. Daß er aus dem Lande mit dem ochsenköpfigen Wappen stammt, ist keine hinreichende Entschuldigung.

# Gerichtssaal

Alkohol macht helles!

Der einundvierzig Jahre alte Buchhalter B. füllte in einer Leipziger Einkaufszentrale einer Tabakfabrik eine tarifmäßig bezahlte Stellung aus. An jedem Monatsende mußte er amts Rechnung nach dem Stich des Unternehmens führen. Hier kam er mit dem Direktor in Berührung. B. trank gern und der Alkohol machte ihn hellhörig. Mit zweiundzwanzig Mark Unterschlagung begann es. Diese Summe hatte er einmal rein rechnerisch zu viel in der Kasse. Er nahm sie ohne weiteres an sich und vertrat sie sofort restlos! Das war der Anfang vom Ende. Er begriff sich nun öfter an ihm anvertrauten Geld. Alles setzte er in Alkohol um. Schließlich war das Kassaminimum auf 344 M. angewachsen. Während B. kleine Summen unterschlug, hatte der Direktor mit einem Griff 15 000 Mark gestohlen. Um die Unterschlagung zu verhehlen, gab der Direktor dem Buchhalter B. etwa 2000 M. Dafür mußte B. falsche Buchungen machen. J. B. setzte er vor einen Ausgang von 47 M. eine 14, so daß gleich 1400 M. gebogen schienen. Schließlich wurden die Unterschlagungen aber im Dezember doch aufgedeckt. Der Direktor wurde nach Leipzig bestellt und hier sollte die Affäre im Verein mit B. vollständig aufgearbeitet werden. Als der Direktor erfuhr, daß die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben werden sollte, schnitt er sich am zweiten Weihnachtstag mit seinem Rasiermesser die Kehle durch.

So konnte am Freitag vor dem Gemeinsamen Schöffengericht nur noch gegen den Buchhalter B. verhandelt werden. B. stand unter der Anklage des Betrugs, der Unterschlagung, der Untreue und der Urkundenfälschung. Der Beschuldigte war schuldig. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn die in seinem Verhältnis zur Tat stehende Strafe von 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis! Das Gericht ließ die Untreue fallen und setzte dafür Helferei ein. Es verurteilte B. zu sieben Monaten Gefängnis.

# Berichtungs-Kalender

Dienstag, 14. Februar 1928.

Zentralverband der Zimmerer, Funktionäre, Volkshaus, 17 Uhr.  
Mauerer, Volkshaus, 19 Uhr.  
Steinträger, Volkshaus, 17.30 Uhr.  
Freireligiöse Gemeinde, öffentliche Versammlung, Reichshallen, Volksmarsdorf, 20 Uhr.

# Katastrophe in einem russischen Bergwerk

RTW Moskau, 11. Februar.

Auf einer der Gruben der Kutschkowskij-Bergwerke in Stalino im Donzetsken, wo die deutsche Firma Thosson arbeitet, ereignete sich eine Explosion, als ein deutscher Steiger im Bureau trotz der Warnungen seines Chefs eine Kiste Dynamit mit Hilfe eines eisernen Hammers zu öffnen suchte. Zwölf Mann wurden getötet, darunter Chefingenieur Steuers, der Steiger, ein deutscher Arbeiter und neun russische Arbeiter. Acht Arbeiter, darunter ein deutscher, wurden verletzt.

# Im brennenden Schacht eingeschlossen

Neuerst, 11. Februar.

In den Hollinger Consolidated Goldbergwerken in Timmins (Ontario) brach in den Mittagsstunden auf der 500-Meter-Sohle Feuer aus, das fünfzig Bergleute einschloß. Die Hoffnung, die Bergleute zu retten, muß als ausgebeugt betrachtet werden. Mangel an Sauerstoff und Gasen hinderte die Rettungsmannschaft, in den Stollen vorzudringen. Bisher wurden vier Opfer geborgen. Die Hollinger Bergwerke sind die größte Goldgrube Amerikas mit allein neunzig Meilen Untergrund-Förderbahn.

III London, 13. Februar.

Nach den letzten Berichten aus Toronto sind von den bei dem Unglück auf der Hollinger Goldgrube ums Leben gekommenen Bergarbeitern bisher elf geborgen worden. 15 konnten noch lebend zutage befördert werden. Man nimmt an, daß sich noch 33 Personen in dem eingeschlossenen Schacht befinden.

# Grubenunglück in England

SPD London, 13. Februar. (Radio.)

Die vor wenigen Wochen außer Betrieb gesetzte Grube Hag in Witheaven (Nordengland) sollte in den nächsten Tagen wieder befahren werden. Aus diesem Grunde stieg eine staatliche Inspektionskommission aus acht Ingenieuren und fünf Oberleitern am Sonntag in die Grube hinab. Kaum war die erste Gruppe einige hundert Meter in dem Hauptstollen vorgekommen, als eine Explosion mit ungeheurer Wucht erfolgte. Der Stollen wurde vollständig verschüttet. Alle Mitglieder der Inspektionskommission wurden getötet. Die Regierung hat nach diesem Vorfall die Grube Hag endgültig geschlossen.

# Explosionskatastrophe

Neuerst, 11. Februar.

In Everett (Massachusetts) explodierte die Dehtaffinerie der Beacon Oil Co. Bei der Explosion wurden zehn Mann getötet. 50 andere erlitten schwere Brandwunden. Die Häuser in einem Umkreis von zehn Meilen wurden durch die starke Explosion erschüttert. Die Feuerwehren von Boston, Chelsea und Revere mußten zur Hilfe gerufen werden, ehe es gelang, den Brand auf die Raffinerie zu beschränken und ein Uebergreifen auf die Tanks zu verhindern.

# 400 Fischer in Seenot

RTW Leningrad, 12. Februar.

Der Eisbrecher „Lenin“ ist eiligst vom Leningrader Hafen nach dem finnischen Meerbusen ausgelaufen zur Errettung von 400 Fischern, die auf während des herrschenden Sturmes losgelassenen Eishüllen von der Kronstädter Küste quo ino Meer fortgetrieben wurden.

# Aus der Lombardei

Der sechste Fall

SPD Berlin, 12. Februar.

Noch ein Wandhausskandal beschäftigt die Berliner Kriminal-polizei. Es handelt sich um Betrügereien des Inhabers des Leihhauses Siegmund Bab, der gemeinsam mit seiner Frau Fänder, die ihm anvertraut waren, an ein anderes Berliner Wandhaus weiter verpändelte. Nach Bergmanns Vorbild hat Bab sich von Geldgebern große Beträge verschafft und diesen bis zu 50 Prozent verprochen, ohne einen einzigen Pfennig zu bezahlen. Als die Kreditgeber Arrejte gegen den Wanddiener erwirkten, meldete dieser Konlux an; ebenso leistete er den Offenbarungsgeld. Seine Wandbescheine stellten sich als falsch heraus. Gegen den Betrüger ist die Voruntersuchung wegen Meineid und Betrug bereits eröffnet worden. Auch bei diesem Wandhausskandal konnten aufsehend vor allem adlige Kreditgeber in Frage. So soll ein Freiherr v. G. von Bab um eine erhebliche Summe betrogen worden sein.

# Volkshaus Leipzig

Spezialgericht. Route: Deutsches Realstank mit Zwiebel und Kartoffeln 0,33 Gdösmilch Rindsuppe mit Nüssen 1,20 — Margen: Schmorbraten mit Sachobst 1,15 Leberknödel mit Sauerkohl 1,00

# KLEINER ANZEIGER

## Stellenangebote

### Rauchwaren

Perfekte Sortiererin für gefärbte Kanin in Dauerstellung sofort gesucht. Off. unt. G. F. 678 Invalidendank, Leipzig.

### Kontoristin

Mit guter Handschrift und perfekt in Stenographie und Schreibmaschine. Alter 18-21 Jahre. Bedingung: geometrische Vorlesung mit Zeugnis und Schriftprobe.

### Alfred Jahn

Leipzig C 1, Eisonstrasse 30.

### Stellenangebote

haben in der Leipziger Volkshauszeitung den größten Erfolg!

### Zurichtergehilfen

für Bank und Maschine stellt ein Rauchwarenzurichter Max Hecht L.-Lind., Gemeindeamtstraße 7,9.

### Verkäufe

Auf Kredit Damengarderobe mit kleiner Umgebung Mittel-Meer-Preis-Haus Hans Hoffmann Bolnstraße 10, 1. Etage

### Auf Kredit Schränke

mit 5 Mt. Einzahlung Scherbel Grimaldestraße 81, 26 und Markt 2

### Von Herrschaften wenig getragene Herr-Garderobe

billig zu verkaufen. Verkauft am 12. u. 13. Ein- u. Verkaufssaal.

### Gelgenheitskau!

Lesierte Küche (einschl. dreiw. zu verkaufen). Friedr.-Str. 8, Hof 1.

### Faltbooteinerfabriken, billige, sowie Doppel-Paddelboot

mit allem Zubehör 50 RM. zu verkaufen. Näheres Volhringer Straße 86, pl. 1.

### Hallo! Kinderbetten

18 Mark nur kurze Zeit! Elstorstr. 46, 1.

### Moderne und geschmackvolle Drucksachen

für jeden vorkommenden Bedarf werden schnellstens geliefert. Der neuentwickelte Rotationsbetrieb ist bestens geeignet zur Herstellung von Protokoll- u. Wassenauflagen

### Leipziger Buchdruckerei

Verlagsbuchhandlung  
Sauerstr. 19/21

### Dichte

neidne, wertvolle nach Ihren Angaben Hochpreis- und Felt-Setzungen, Prologe, Couplets, Tafel-leber, Reden usw. Retikale u. Kl. Arbeiten billige, schnell, direkt.

### Max Krause

Eisenstraße 80

### Telephonisch

können Inserate nicht angenommen werden. Expedition der Leipz. Volkszeitung.

### Wohnungen

So, Vortageoffen lacht in Plagwitz 1rdl. Schlafstelle bei Vortageoffen (in). Offert. erbeten unter R. Pl. d. W. Weigenfelder Str. 13

### Ihr Anzug

wird wie neu ge-reinigt u. gebügelt. 45. H. Abhol u. Zul. frei. Volk genügt an Reintaug. „Undino“ L. Döllitz, Buchardstr. 6

Gegen gute Bezahlung suchen junge Eheleute 2 bis 3 Zimmer Nähe 3 Leere Zimmer Centrum Offerten unter Z. 65 an die Expedition dieses Blattes, Tauscher Straße 19/21.



# Erholungs-Heime



## Erholungsheim Naunhof

Die Leipziger Ortskrankenkasse hat seit Jahren besonderen Wert auf vorbeugende Maßnahmen gegen schwere Erkrankungen ihrer Mitglieder und auf Durchführung von Nachkuren in besonderen Krankheitsfällen gelegt. Zu diesem Zweck errichtete sie mehrere Erholungsheime, unter denen das in Naunhof bei Leipzig das größte und wohl auch das am zweckmäßigsten und am besten eingerichtete ist. Diesen Eindruck erhielten wir wieder bei einer am Sonnabend erfolgten Besichtigung, zu der der Ortskrankenkassen-Vorstand eingeladen hatte, um unter anderem auch den Vertretern der Presse die innere Erneuerung des Heims und dazu einige jüngere Erweiterungen vorzuführen. Das aus zwei durch Speiseaal und verdeckte Veranda verbundenen Gebäuden bestehende Heim, das schon bisher sich besten Rufes erfreute, ist nach der Renovierung in einen Zustand gebracht, um den es selbst gute und gutgeleitete Sanatorien beneiden könnten. Maurer, Maler, Elektriker und sonstige Bauhandwerker haben ihr Bestes getan, um das Heim zu einem wirklich modernen Heim zu gestalten. Beim Durchwandern des Heims ist man geradezu versucht, von einer Farbenpracht zu sprechen, die uns aus allen Räumen entgegenkommt, so unterschiedlich und doch wieder harmonisch sind Zimmer, Gänge, Treppenhäuser und was sonst dem Aufenthalt der Patienten dient, abgestimmt. Dazu kommt die höchst praktische und höchst sanitäre Einrichtung der Schlaf- und Aufenthaltsräume, kommt die müterpflügelige Hygiene des Bades, das ein komplettes Kurbad ist, um das wiederum manches Sanatorium das Heim der Leipziger Ortskrankenkasse beneiden könnte. Und was hinsichtlich Hygiene für Schlaf- und Aufenthaltsräume und für das Bad gilt, gilt ebenso für die vorbildlich eingerichtete Küche und die Speiseaufbewahrungsräume, gilt für die Gerätekammern sowohl wie für die Nebengebäude,

den Heimstätten untergebracht. In jedem Heim sehen die Patienten unter ärztlicher Aufsicht. An Verpflegungskosten wurden im verflochtenen Jahre 316 000 Mk. gegen 350 000 Mk. im Jahre 1926 aufgewendet. Seit dem Jahre 1909 sind bis einschließlich 1927 rund 50 100 Patienten mit 1 190 000 Verpflegungstagen in die Heimstätten eingewiesen. An Verpflegungskosten entstanden hierfür 4 100 548 Mk. In diesem Betrag sind die Aufwendungen während der Inflationszeit nicht enthalten. Von der Aufnahme in eine Heimstätte werden solche Personen ausgenommen, die mit ansteckenden und ähnlichen Krankheiten behaftet sind, sowie solche Kranke, die einer besonderen Wartung und Pflege bedürfen; für diese Kranken ist in anderer Weise vorgesorgt. Die in einem Erholungsheim untergebrachten ledigen Mitglieder erhalten während der Zeit ihres Aufenthalts im Heim ein Viertel des ihnen sonst zustehenden Krankengeldes als Taschengeld. Haben Patienten Angehörige zu erhalten, so ist ein Hausgeld in Höhe von drei Viertel des Krankengeldes zu zahlen.

### Die Entstehungsgeschichte der Heimstätte

Aus der Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Naunhofer Heimstätte hob der frühere Vorsitzende der Leipziger Ortskrankenkasse, Otto Pollender, folgendes hervor: Bereits seit rund zwanzig Jahren habe die Errichtung einer Heimstätte im Eigenbesitz der Kasse den Gegenstand ernsthafter Erwägung gebildet. Für die schon früher von Dr. Willmar Schwabe zunächst auf Privatkonto ins Leben gerufenen Heimstätten Försfel, Giesberg und Augustusbad hatte die Ortskrankenkasse in Form der nach Bedürfnis festgelegten Verpflegungskosten der laufenden Betriebskosten zuzubringen, doch fehlte dem Kassenvorstand jeder maßgebliche Einfluss auf die Heimstättenverwaltung, und als nach dem großen Kriege im Jahre 1904 die Arbeitsverhältnisse der Kassenvorstände ihre Wemter niederlegte, errichtete Dr. Schwabe, der damals an den Heimstätten noch mit 114 000 Mk. beteiligt war, aus den drei Heimstätten eine unmittelbar dem sächsischen Ministerium des Innern unterstellte Stiftung. Dadurch wurde der Einfluss des Kassenvorstands auf die Verwaltung nicht größer, da er in dem eingesehenen Kuratorium gerade nur mit einem Mitgliede vertreten war. So war es ganz natürlich, daß das mit dem Wachstum der Kasse fühlbar werdende Bedürfnis nach Vermehrung der Heimstätten durch Errichtung solcher im Eigenbesitz der Ortskrankenkasse befriedigt werden sollte.

Als die großzügig angelegte Naunhofer Bodenspekulation vertrat und die Stadt Leipzig zum Schutze ihres Naunhofer Wasserwerkes ausgedehnte Ländereien käuflich erwarb, um dadurch die Bebauung des nördlich der Großsteinberger Straße gelegenen Gebietes und die zu beabsichtigende Grundwassererforschung zu unterstützen, wurde die früher von Dr. Goetze betriebene Naunhofer Neuroheilanstalt für den Kaufpreis von 105 000 Mk. als Heimstätte der Leipziger Ortskrankenkasse zum Kaufe angeboten. Er wurde zwar zunächst wegen der Höhe der Kaufsumme abgelehnt, doch nahm die Ortskrankenkasse das Grundstück als Heimstätte paratweise in Betrieb. Die käufliche Erwerbung erfolgte erst, nachdem der genannte Kaufpreis um 100 000 Mk. auf 65 000 Mk. herabgesetzt worden war, mit welchem Betrage zugleich auch das Anstaltsmobilium, soweit es noch vorhanden war, bezahlt war.

Sehr bald danach machte sich dann die räumliche Erweiterung der Naunhofer Heimstätte notwendig, um ihre Belegungsfähigkeit bis auf etwa 100 Personen zu steigern. Zur Bewirkung des Plans waren jedoch erst eine Reihe von Schwierigkeiten zu überwinden. Obwohl die Ortskrankenkasse für ihren Erweiterungsbau in dankenswerter Weise die Unterstützung des Naunhofer Bürgermeisters und insbesondere des Grimmaer Bezirksarztes erfuhr, erhoben unter der Führung des bekannten Friedensapostels Adhilles eine ganze Anzahl von Grundbesitzern, die die Leipziger Hebelei nicht sehen wollten, Einspruch gegen den Bauplan, der Einspruch wird jedoch schließlich von der Amtshauptmannschaft Grimma zurückgewiesen. Dann mußte die Ortskrankenkasse von der Stadt Leipzig noch 5000 Quadratmeter Gartenareal käuflich erwerben, weil das Bauen von Land, das auf verschiedenen Grundbuchblättern für verschiedene Besitzer eingetragen war, mit einem einheitlich zusammenhängenden Gebäude als unzulässig erklärt wurde.



Gesamtansicht des Erholungsheims Naunhof.

gilt für das ganze Haus von unten bis oben. Überall empfindet man die vorsorgliche Hand der Kassenverwaltung und die nicht nur ordnende, sondern mit feinem Verständnis und mit Liebe zur Sache ordnende Hand der Hausverwaltung und ihrer weiblichen und männlichen Helfer.

War schon vorher das Heim eine gastliche Stätte, so ist durch verschiedene Neuerungen und Verbesserungen dafür gesorgt, daß die Pflegenden sich unter allen Witterungsverhältnissen behaglich fühlen. Musikliebende können im Rundfunk hören oder am Klavier und mit der Klampfe sich künstlerisch betätigen, stille Leser finden stille Ecken zur Leskur von eignen Büchern oder solchen aus der Heimbibliothek. Liebhaber von Blumen werden ihre Freude im Garten und an dem Alpinum haben, das um das hübsche Blockhaus an dem kleinen Teich vom Genossen Schmugler, dem Heimverwalter, angelegt wurde und von ihm liebevoll gepflegt wird, und Freunde der Kegellei können sich körperliche Betätigung in der ausgezeichneten und recht farbenreich ausgemalten Kegelhalle. Und wer da will, findet bei der Heimverwaltung gern Anleitung zu gesundheitsfördernder leichter Beschäftigung im Garten. Und wie für gute Unterkunft, Behaglichkeit und Bequemlichkeit, so ist auch für gute Ernährung gesorgt, wie immer wieder von Pflegenden anerkannt wurde und wie immer wieder die Zunahme am Gewicht der Pflegenden beweist.

So konnte sich das Erholungsheim Naunhof in jeder Beziehung seinen Kritikern präsentieren als eine vorbildliche Stätte der Fürsorge von Versicherten für Versicherte, von Werttätigen für Werttätige.

Das Heim ist von der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig im Jahre 1909 käuflich erworben worden. Es bot zunächst Platz für ca. 50 Patienten. Infolge des fortwährend steigenden Bedürfnisses nach Unterbringung in einer Heimstätte wurde im Jahre 1914 dem Heim ein architektonisch angepaßtes Wohnhaus angebaut, außerdem der Mittelbau (Saal). Hierdurch ist die Belegung auf das Doppelte erhöht worden. Im laufenden Berichtsjahre wurden rund 6000 Bäder (Kohlensäure-, Fäulnis-, Salz- und Lichtbäder) verabreicht. Außerdem ist ein geräumiges Lust- und Sonnenbad vorhanden. Im Jahre 1927 wurden in Naunhof 1250 Patienten mit rund 23 500 Verpflegungstagen untergebracht. Seit 1880 wurden von der Kasse die Heimstätten Giesberg, Försfel, Augustusbad besetzt, und zwar stehen ihr in diesen Heimen regelmäßig 200 Betten zur Verfügung. Mit dem Anlauf von Naunhof ging die Kasse zur Eigenwirtschaft über, was bei einem Mitgliederstand von 250 000 dringend erforderlich war. Ende des Jahres 1921 erwarb die Kasse weiter das Erholungsheim Kretscham-Rothenshma bei Oberwiesenthal mit ca. 70 Betten. Der Aufenthalt in diesen Erholungsheimen erstreckt sich in der Regel auf einen Zeitraum von 3 Wochen. Infolge der überaus starken Nachfrage nach Unterbringung in einer Heimstätte hat die Kasse im abgelaufenen Jahre noch eine Anzahl Mitglieder in den Erholungsheimen Baurisch und Neumühle untergebracht. An Rheuma erkrankte Mitglieder kommen nach Schmiedeberg, Försfel und Schneeburg, und zwar auf längere Zeit. Die Zahl der eingereichten Anträge auf Heimstättenunterbringung betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr rund 8000, davon konnten rund 5300 Anträge berücksichtigt werden. Die Zahl der Verpflegungstagen betrug 1927 insgesamt rund 100 000. Gegen Ende des Jahres 1927 hat die Kasse in Schmiedeberg ebenfalls ein eigenes Grundstück erworben, welches Unterbringung für 20 Patienten bieten soll. Die Inbetriebnahme erfolgt voraussichtlich Anfang April 1928. Schließlich wurden noch 20 erblindete Kassenglieder in besondere Heilanstalten eingewiesen. Bei voller Belegung sämtlicher Heimstätten hat die Kasse rund 675 Mitglieder ständig in



Typisch im Park liegt das Blockhauschen mit Alpinum und Teich.

Und schließlich mußte der in den Grund gelassene Teil sowohl des alten wie des neuen Gebäudes unter Aufwand erheblicher Kosten auf das sorgfältigste isoliert werden, weil nach der inzwischen längst eingetrossenen Vorarbeit des Wasserwerksdirektors Bamberger infolge verringerter Wasserentnahme aus dem Naunhofer Werke ein erhebliches Steigen des Grundwasserspiegels in der ganzen Umgebung zu erwarten war. 1914 endlich wurde das Bauwerk und seine innere Ausstattung vollendet und konnte von dem inzwischen als Zwangsmitglied tätig gewordenen und mit der ganzen Wissenschaft eines Professors der Handelslehre ausgerüsteten Dr. Wötner geweiht werden. Nach Ausbruch des Weltkriegs wurde es als Militärlazarett in Benutzung genommen. Erst nach Kriegsende konnte die Naunhofer Heimstätte ihrer eigentlichen Bestimmung wieder im vollen Umfange zurückgegeben werden. Später sind noch einige Heimstätten der Leipziger Ortskrankenkassen in Kretscham-Rothenshma und neuerdings in Bad Schmiedeberg errichtet worden.

Diese Fortschritte in der Heimstättenfürsorge für die Versicherten und zum Teil auch für ihre Angehörigen sind nur möglich gewesen unter der tätigen Mitwirkung der Kassenglieder. Wie auf diesem, so auch auf zahlreichen anderen Gebieten hängt aller Fortschritt in der Sozialversicherung von der wirksamen Nutzung des Selbstverwaltungsrechts ab. Dies unverrückbare Postulat haben die Kassenglieder gegen alle Angriffe, gleichwohl von welcher Seite sie auch

kommen mögen, auf das Hartnäckigste zu verteidigen, insbesondere auch in den Kassenangelegenheiten. Alle neuerdings aus Kassenkreisen lautgewordenen „Friedensvorschlüge“ sind unvereinbar mit der Fundamentalforderung des Selbstverwaltungsrechts der Krankenkassen.

Als die Besucher sich im geräumigen Speiseaal des Heims versammelt hatten, nahm der Vorsitzende der Ortskrankenkasse, Genosse Wilhelm Wittig, zu einigen Erläuterungen des Wortes. Die Ortskrankenkasse Leipzig lasse sich von dem Grundsatz leiten, daß Vorbeugen besser als Heilen ist. Heute werde dieser Grundsatz bereits in weiteren Kreisen anerkannt, aber es habe langer Kämpfe bedurft, bevor er durchgeführt werden konnte. Nicht die geringsten Widerstände lagen beim Gesetzgeber selbst. Man müge nur daran denken, daß bis vor gar nicht langer Zeit die Heilung von Geschlechtskrankheiten von dem Gesetzgeber dem Erkrankten auferlegt wurde, solche Krankheiten seien selbst verschuldet und deren Heilung daher auch von den Kassengliedern auf eigene Kosten zu nehmen. Heute sehe es in den großen Ortskrankenkassen, besonders in der Leipziger Ortskrankenkasse, anders aus. Man sorge nicht nur für Heilung in allen möglichen Fällen, sondern lege großes Gewicht auch auf Krankheitsverhütung, indem man sichlich abgearbeiteten oder sonstwie mitgenommenen Körpern Erholung in Heimen verschaffe. Und hierbei sei man besonders auch darauf bedacht, die Heime nicht zu dicht zu belegen. Außerdem sei es selbstverständlich, eine kräftige und reichliche Kost zu verabfolgen. Doch nicht nur für den Kranken selbst müsse gesorgt werden, sondern auch für seine Familie daheim. Nur wenn er wisse, daß während seiner Unterbringung im Heim die Familie ihr gutes Auskommen habe, werde gute Erholung zu erwarten sein. Die Leipziger Ortskrankenkassenverwaltung widme auch der modernen Heilbehand-



Freunde des Kegelspiels finden in der vorzüglichen Kegelhalle ausreichende Betätigung.

lung ihre Aufmerksamkeit. Licht- und Luftbäder, moderne Körperpflege zur Gesunderhaltung bietet auch Naunhof. Daß von den Anregungen zur Körperpflege manches mit als tägliche Gewohnheiten in das Leben der behandelten Kassenglieder einfließe, darauf sei die Kassenverwaltung besonders bedacht. Licht-, Luft- und Sonnenbäder, Wasserbäder, Gymnastik und Atemübungen, alle finden im Heim reichlich Anwendung. Die Ortskrankenkassenverwaltung sei wirklich bestrebt gewesen, allen Fortschritt den Mitgliedern zumute zu bringen. Die Leipziger Ortskrankenkasse stehe in dieser Beziehung mit an der Spitze und sie werde auch weiter bestrebt sein, an der Spitze zu bleiben.

### Die Hausierererin

In dem Kaffeehaus, in dem ich mich aufhielt, trat eine Hausierererin, ein verhußtes, abgehärtetes Mütterchen, und bot Schnallenschuhe feil.

An einem Tische saßen zwei Wanderburschen, die ihr einen Korb gaben. „Danke, Mutterchen“, sagten sie, „wir tragen Schnallenschuhe“. Dabei wippten sie die Beine hoch, daß die Alte sich von der Wahrheit ihrer Worte selbst überzeugen konnte.

Sie überzeugte sich auch, aber sie schien wenig Wert darauf zu legen, daß die Burschen ihr tatsächlich mit gutem Grunde nichts abkaufen, und nuschelte ägerlich hervor: „Daß unsereiner nur ganz vor die Hunde geht! Daß einem nur gar nichts gegönnt wird!“ Und gleich als ob die Burschen aus bösem Willen ihre Schnallenschuhe trugen und etwas gegen die Schnallenschuhe und ihre Verkäufer im Schilde führten, schied sie in stiller Feindschaft von ihnen.

Die Burschen zuckten die Achseln. Ich schaute mir die beiden noch einmal recht genau an. Die Schnallenschuhe waren bei ihnen offensichtlich nicht nur Wanderunterstüßeln. Die beiden waren arme Teufel, die sich nichts leisten konnten und an allen Enden sparen mußten. Es ging ihnen nicht rosig. Man sah es ihnen an.

Einige Sekunden später stand die Alte am Tisch eines pikfein aufgestellten Herrn, der eine blaugraue Dame neben sich sitzen hatte. Dieser Gent kaufte. Sehr von oben herab. Sehr mit Bewußtsein um seine Distanziertheit von dieser alten Frau. Aber er kaufte. Und er ließ sich auf ein Markstück nichts herausgeben.

Die Alte ward des Dankens nicht müde. Sie verbeugte sich und nickte und stoch über von Gratitude. Der Gent tat nicht dergleichen. Sie schied in Freundschaft, in Hochachtung von ihm.

Die Alte wandte hinaus. Ich schaute auf ihre Füße. Sie trug Schnallenschuhe.

Das eben ist die größte Tragik der Armen, daß sie sich zuweilen untereinander auch noch mißverstehen.

### Das Schieberparadies

Mensch, verstände deine Habe,  
Bergmann gibt dir ... zig Prozent! — — —  
Dieser wunderwolle Anabe  
Prima Biedermänner kennt —!

Staatsanwälte, große Tiere,  
Sanft beteiligt an dem Schmu,  
Säubern Sally die Papiere,  
Und der Dumme, der bist du! —

Schwindeln ist die letzte Mode  
— Wacker steht man sich gesund —  
Beste Bürgerblutmethode!  
Nur — das Volk kommt auf den Hund —!

Kula.



Sächsische Angelegenheiten

Die selbständigen Gutsbezirke in Sachsen

Immer noch 165 vorhanden.

Die Zeitschrift des Statistischen Landesamtes veröffentlicht einen Artikel des Regierungsamtmannes Zeichart vom Statistischen Landesamt über die selbständigen Gutsbezirke in Sachsen. Die Gutsbezirke werden von Gutsvorstehern, die die Rechte von Bürgermeistern haben, verwaltet, ohne daß die Bewohner der Gutsbezirke das Recht haben, den Gutsvorsteher zu kontrollieren oder zu überwachen.

Auch die sächsische Gemeindeordnung stellt sich auf den Standpunkt, daß die selbständigen Gutsbezirke in einem modernen Staate keinen Platz mehr haben. Der Paragraph 185 der GO fordert die Auflösung der Gutsbezirke und deren Vereinigung mit benachbarten Gemeinden. Die sozialistischen Regierungen nach der Revolution in Sachsen haben auch nichts unversucht gelassen, die selbständigen Gutsbezirke aufzulösen und sie mit benachbarten Gemeinden zu verschmelzen.

Die Statistik des Regierungsamtmannes Zeichart bietet jetzt eine Uebersicht, wie viel Gutsbezirke heute noch in Sachsen bestehen und wie viele in Sachsen während der letzten vier Jahre, in denen Herr Heidt regierte, aufgelöst wurden. Die Zahl der selbständigen Gutsbezirke in Sachsen belief sich am 1. Oktober 1927 immer noch auf 165. In den letzten vier Jahren wurden also nur etwa 35 Gutsbezirke aufgelöst.

Die Statistik des Regierungsamtmannes Zeichart bietet jetzt eine Uebersicht, wie viel Gutsbezirke heute noch in Sachsen bestehen und wie viele in Sachsen während der letzten vier Jahre, in denen Herr Heidt regierte, aufgelöst wurden. Die Zahl der selbständigen Gutsbezirke in Sachsen belief sich am 1. Oktober 1927 immer noch auf 165.

Am 1. Oktober 1927 bestanden in der Kreishauptmannschaft Bautzen noch 31 selbständige Gutsbezirke mit 1877 Bewohnern. In der Kreishauptmannschaft Chemnitz 28 Gutsbezirke mit 801 Bewohnern. In der Kreishauptmannschaft Dresden 54 Gutsbezirke mit 11067 Bewohnern. In der Kreishauptmannschaft Leipzig belief sich die Zahl der Gutsbezirke auf 22 mit 2996 Bewohnern und in der Kreishauptmannschaft Zwickau waren am 1. Oktober 1927 noch 32 selbständige Gutsbezirke mit 1684 Bewohnern vorhanden.

Der Paragraph 185 der Gemeindeordnung bestimmt, daß die selbständigen Gutsbezirke bis zum 31. Dezember 1924 aufzulösen sind. Die Schwierigkeiten bei den Vereinigungsverhandlungen machten eine restliche Aufhebung der Gutsbezirke bis zu diesem Zeitpunkt unmöglich. Es muß aber nunmehr mit allem Nachdruck

gefordert werden, daß die jahrelangen Verhandlungen endlich zu einem Abschluß kommen, damit die Auflösung der jetzt noch bestehenden 165 selbständigen Gutsbezirke nun endlich erfolgt.

Eisenbahnfragen im Ausschuß B des Landtags

Am 8. Februar behandelte der Haushaltsausschuß B im Landtage eine Anzahl Anträge und Eingaben, die den Bau von neuen oder nicht vollendeten Eisenbahnlinien im östlichen Erzgebirge und in Südwestsachsen verlangten. Es wurde zuerst in einer allgemeine Beratung eingetreten. Der Regierungsvertreter Ob.-Reg.-Rat Dr. Hübnert erklärte, daß die Reichsbahnverwaltung bei den früheren Verhandlungen stets erklärt habe, daß überhaupt keine Mittel vorhanden sind, um die Eisenbahnverhältnisse in Sachsen zu verbessern. Durch die gewaltigen Verkehrsstörungen in den letzten Wintermonaten ist man seitens der Regierung erneut in energischer Weise vorgegangen. In Sachsen ist der Güterverkehr gegenüber der Vorkriegszeit um 120 bis 130 Prozent gestiegen. Die Rangierplätze bei der Eisenbahn in Sachsen sind daher vollständig ungenügend. Deshalb müsse man grundsätzlich den Betriebsbau in den Vorkriegszeiten stellen. Damit würde der sächsische Wirtschaft am besten dienen. Nicht der Bau von einzelnen Kleinbahnen, sondern Ausbau des Güterverkehrs sei maßgebend. Die Reichsregierung hat 50 Millionen Mark für diese Zwecke zur Verfügung gestellt, wodurch es möglich war, die Linie Borna-Großbothen mit 920 000 Mk. und die Linie Löbau-Obercunewalde mit 6 487 000 Mk. zu finanzieren.

Der Ausschuß behandelte dann noch eine Anzahl Anträge, in denen der Ausbau von Zweiglinien in Südwestsachsen und im Gebiet der Müglitztalbahn gefordert wurden. Einige Anträge, die von unseren Genossen gestellt wurden, wurden angenommen. Eine Eingabe des Gemeinderates Liebertwitz-Liebertwitsch bezog sich auf die Erweiterung der Regierung als erledigt betrachtet. Ministerialrat Scheffer stellte fest, daß es am 22. 12. 27 endlich zu einer Einigung zwischen den streitenden Parteien gekommen sei. Die Genehmigungsurkunde ist bereits der Kreishauptmannschaft Leipzig ausgehändigt worden.

Am Sonnabend früh zwischen 3 und 5 Uhr ist über Sachsen ein überaus heftiger Nordweststurm mit örtlichen gewitterartigen Erscheinungen hinweggegangen, der vielfach Schäden und Verkehrsstörungen anrichtete. Zahlreiche Bäume wurden entwurzelt, viele Räume umgerissen. In Dresden durchschlug ein flügender 6 m hoher Schornstein ein Dach und einen Lichtschacht. In Freital wurde der obere Teil des Rüstturms des Carolafachts zum Einsturz gebracht. Die Trümmer durchschlugen die Starkstromleitung der Kraftwerke Freital. Der Turm wird wahrscheinlich abgetragen und ganz wiederaufgebaut werden müssen.

In Chemnitz ging am Sonnabend ein mit wolkenbruchartigem Regen verbundener Gewittersturm über das Stadtgebiet nieder, der außerordentlichen Schaden anrichtete. In der Vorstadt Ebersdorf hat der Sturm das Dach eines großen Bauerngehütes abgedeckt und einen Giebelmauer eingedrückt. Ebenso wurden auf der Wittgensdorfer Straße das Dach eines Hauses abgerissen, zahlreiche Telegraphen-, Fernsprech- und Feuermeldungsleitungen zerstört, eine große Anzahl Bäume entwurzelt und viele Säune umgelegt. In Leutersdorf schlug der Blitz in die große

Anwelterschäden in Sachsen

Am Sonnabend früh zwischen 3 und 5 Uhr ist über Sachsen ein überaus heftiger Nordweststurm mit örtlichen gewitterartigen Erscheinungen hinweggegangen, der vielfach Schäden und Verkehrsstörungen anrichtete. Zahlreiche Bäume wurden entwurzelt, viele Räume umgerissen. In Dresden durchschlug ein flügender 6 m hoher Schornstein ein Dach und einen Lichtschacht. In Freital wurde der obere Teil des Rüstturms des Carolafachts zum Einsturz gebracht. Die Trümmer durchschlugen die Starkstromleitung der Kraftwerke Freital. Der Turm wird wahrscheinlich abgetragen und ganz wiederaufgebaut werden müssen.

massive Scheune des Gutsbesizers Günther ein, die im Ru in hellen Flammen stand, wodurch sämtliche Maschinen und die reichen Getreidevorräte vernichtet wurden. In Fichtigstal ging eine Windhohe nieder, die das Dach einer Härberei abriß und auf ein Wohnhaus schlug, wodurch dessen Dach vollständig zerstört wurde. Bei Milsa reute in der Nähe von Reuth i. V. wurde der Gutsbesitzer Albin Schmidt, als er mit seinem Gehirte nach dem Bahnhof Reuth unterwegs war, von einem infolge des Sturmes umfällenden Baum so schwer getroffen, daß er einen Schädelbruch, Armbruch und andere Verletzungen erlitt.

Kohlenoxydgasvergiftung in einer Versammlung

In einem kleinen Saal in Blasewitz hielt die deutschnationale Parteigruppe eine Versammlung ab, in der der deutschnationale Landtagsabgeordnete Dr. Kerschmar referieren sollte. Während der Versammlung wurde plötzlich die neben dem Redner sitzende deutschnationale Landtagsabgeordnete Frau Dr. Büttmann ohnmächtig und mußte aus dem Saal gebracht werden. Kurz danach fiel der Vorsitzende der Ortsgruppe, Stadtverordneter Gellmann, ohnmächtig von seinem Stuhl. Während diesen Vorfällen trat auch bei einer ganzen Anzahl der übrigen Versammlungsbesucher starkes Unwohlsein mit leichten Ohnmachtsanfällen in Erscheinung. Die Versammlung mußte deshalb aufgehoben werden. Vier Ärzte und die Feuerwehr bemühten sich mit Sauerstoffapparaten um die Erkrankten. Es stellte sich heraus, daß die Erkrankungen auf Kohlenoxydgasvergiftung zurückzuführen waren. Die Gase strömten aus dem im Saale aufgestellten und geheizten Ofen heraus, weil diese durch den Druck der feuchten Luft keinen Abzug durch den Kamin finden konnten. Zwei der Erkrankten mußten ins Krankenhaus übergeführt werden. Soweit festgestellt werden konnte, besteht für die Erkrankten keine Lebensgefahr.

Ein alter Kämpfer gestorben

Am Sonntag um 18 Uhr starb der langjährige Vorsitzende der Freikommission der Dresdner Volkszeitung, Genosse Kornelius Langhorst, im Alter von 62 Jahren. Langhorst gehörte seit etwa zwei Jahrzehnten der Freikommission der Dresdner Volkszeitung an und war seit etwa 15 Jahren deren Vorsitzender.

Dresden. Die Elbschiffahrt beginnt wieder. Die Vereinigten Elbschiffahrtsgesellschaften beschließen, den regelmäßigen Schiffsahrtsbetrieb ab 10. Februar wieder zu eröffnen.

Riesa. Eine Ehe- und Sexualberatungsstelle. Auf Beschluß des Wohlfahrtsausschusses und des Stadtrates wird in Riesa eine Ehe- und Sexualberatungsstelle eingerichtet, die zunächst jeden Monat an einem bestimmten Tage Sprechstunden abhält.

Reichenbach. Eine neue Großgemeinde. In Reichenbach fand über die Verschmelzung der Städte Reichenbach, Milsa und Reichenau eine gemeinschaftliche Besprechung der Vertreter der städtischen Kollegien statt. Die hohe wirtschaftliche Bedeutung dieser Frage wurde einhellig anerkannt. Es wurde aber auch auf die lokalen Schwierigkeiten hingewiesen, die der Verschmelzung zur Zeit teilweise noch entgegenstehen. Die Verhandlungen sollen weitergeführt werden.

Mazinsulzchen. Aus der Haft entlassen. Wie gemeldet wurde, hatte hier vor kurzem eine Mutter in geistiger Umnachtung ihrem Säugling mit einem Beil den Kopf abgehakt. Die Frau ist jetzt auf Anordnung des Oberstaatsanwalts aus der Haft entlassen worden.

Panflavin-PASTILLEN (Acridiniumchlorid) sind von starker desinfizierender Kraft. Die in Mund und Rachen eindringenden Krankheitserreger werden in ihrem Wachstum gehemmt und unschädlich gemacht. Panflavin-Pastillen bieten einen wirksamen Schutz gegen Grippe, Mandel- und Halsentzündungen und sollen in keiner Familie fehlen. Erhältlich in Apotheken und Drogerien.

Die Geburtsstunde des Friedens

Roman von Henry Poulaille.

Copyright by Paul Jolmay Verlag, Wien.

Am fünfzehnten Tage wurde um eine neue Unterredung gebeten. Der Herr Direktor, in nachlässiger Haltung, erklärte den Abgeordneten, daß die Lage der Fabrik relativ günstig sei. Er spottete: „Die Streikenden hätten besser getan, sich nicht so auf die Hinterbeine zu stellen.“

„Ihr seid nur noch höchstens vierzig“, klüßerte der phlegmatische Herr Maxime. „Schon dreißig Leute arbeiten in der Fabrik“, fuhr Herr Monna fort. „Das bedeutet, daß wir etwa zwanzig heimischen werden“, fügte er spöttisch hinzu.

Die Sache war verloren. Die Hilfskasse war verbraucht. Man hatte nur noch Gelder für zwei Tage Suppe. Die Komiteemitglieder berieten den Sturz des Streikführers über die Audienz. Zurückkehren... ach! so zurückkehren, das war hart, und mehr als zwanzig wurden hinausgeschickt!

„Indessen wollte noch niemand zur Arbeit zurück.“ Am Donnerstag wurde ein Anschlagszettel an den Mauern der Fabrik befestigt. Der Direktor gab die Versicherung, daß diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die bis zum folgenden Morgen ihre Arbeit nicht wieder aufnehmen würden, sich als entlassen anzusehen hätten. Es wäre zwecklos, später noch einmal vorzusprechen. Der Anschlag war in schlechtem Französisch abgefaßt, aber die Ausdrücke waren klar. Es war nutzlos, weiter im Zustand zu verharren, im übrigen hätte man schwerlich anderwärts Arbeit gefunden — also nachgeben!

Am Freitag stellte sich der Rest der Arbeiterschaft ein. Die Werkmeister fanden an der Tür und versperrten einigen der Leute den Weg. „Sie dort, Sie sind entlassen! Sie hier — auch... Sie können wieder nach Hause gehen, Fräulein... Sie, alter Freund, können sich etwas anderes suchen. Gehen Sie ins Bureau, Ihre Zeugnisse liegen bereit.“

Mehrere Rädelführer waren persönlich benachrichtigt worden und hatten sich nicht erst hinzugeben brauchen. Ihr Zeugnis war der Mitteilung beigelegt gewesen. Trotzdem waren sie erschienen.

um den Männern und Frauen die Hand zu drücken, denen es ebenso wie ihnen ergehen würde. „Wagnere, der als erster das Fiasko und dessen Ursachen vorausgesehen hatte, fragte sich, ob er zurückkehren sollte. Er hatte keine Benachrichtigung erhalten. Das kam aber vielleicht nur daher, daß man seine Adresse nicht wußte. Der Personalchef, der ihn bemerkte, rief ihn an, als alle anderen abgefertigt waren: „Sie da, der Neue, wollen Sie wieder eintreten, ja oder nein?“

„Das haben Sie zu entscheiden“, erwiderte er... „Nun gut! Kommen Sie herein“, sagte der andere mit bärbeißiger Stimme. Wagnere gab den Kameraden da draußen die Hand. Es war ein Glend, so nachgeben zu müssen, aber andererseits war es besser, als hinausgeworfen zu werden.

Er besah noch ungefähr drei Frank. Die meisten sein ganzes Vermögen vor, und wie sehr hatte er sich einschränken müssen, um noch diesen erbärmlichen Sparspennig zu besitzen. „Auf Wiedersehen...“ „Er trat ein...“

„Ihr Gehalt ist um zwei Frank erhöht“, klüßte die Bulldogge. „Sie gehen morgen zur Fabrikation über.“ „Sie können froh sein“, fügte er hinzu. „Justin hat von Ihnen gesprochen. Es ist Ihr Glück, daß Sie heute morgen gekommen sind, sonst wären Sie entlassen worden.“

Aber Wagnere hörte nichts mehr. Er fragte sich, was er tun sollte. Weiden? Wenn doch die meisten der Rädelführer „hinausgeschickt“ worden waren, sollte er bleiben? Und diese Beförderung (man hatte sie ihm allerdings vor dem Streik versprochen)... Aber diese Lohnerhöhung?

Dennoch konnte er nichts tun als still sein. Er besah keine Hilfsmittel. Er mußte sein Zimmer bezahlen und hatte sich vorgenommen, dem Studienrädchen, das ihn so treu gepflegt hatte, ein Geschenk zu machen, dann — und das war das beste Argument, auf das er sich berufen konnte, um die Arbeit wieder aufzunehmen... dann drängte sich Jeanne Bild zwischen seine Gedanken und seine Augen.

„Was würde sie sagen? Nun ja! Bestand das Leben nicht aus diesen kleinen Freigebheiten, dessen Nadelstichen, die die Eigenliebe verwundeten?“

Noch etwas verblüfft blieb er mitten im Hofe stehen, nahe beim Podium. Er hörte, wie die Werkmeisterin ihren Arbeiterinnen die Syndikalismuskarten abverlangte. Er blühte durch die Fensterscheiben hinein: jede abgegebene Karte zerriß sie.

Einige Arbeiterinnen entschuldigten sich, daß sie die Mitgliedskarten nicht bei sich hätten. „Ich bringe sie Ihnen morgen!“ „Ach! was für eine Schande! Freigebungen, Memmen, Dirnen!“ grollte er. Da ging der Direktor vorbei.

„Herr Wagnere! Hat man Ihnen gesagt, daß Sie zur Fabrikation übergehen sollen? Sie sind Apothekerhelfer gewesen, nicht wahr? Ich denke, daß Sie dort besser an Ihrem Plage sein werden. Sie werden mit Frau Barillot und dem alten Descamp zusammen arbeiten, die sehr gut Bescheid wissen. Sie werden Ihnen bei der Arbeit helfen.“

Herr Monna war sehr leutselig. „Es ist mir angenehm, diese Stelle einem gelehrten Arbeiter zu übertragen“, sagte er, denn bei Ihrem Vorgänger war ich niemals sicher, was das Abwiegen betraf. Er verließ sich mehr auf sein Augenmaß als auf die Waage — und wenn auch die Routine ihre Vorzüge hat, so hat sie doch auch Nachteile.“

Und im Weitergehen fügte er noch hinzu: „Auf bald also, ich werde bald zurück sein, um Ihnen Anweisungen zu geben.“ „Tawohl, Herr Direktor.“

„Nun bin ich als Abteilungschef herausgeputzt“, sagte er zu sich selber. Und er konnte nicht umhin, zu lächeln. „Ich wäre schon dumme gewesen, wenn ich nicht geliebt wäre...“

Seit dem Kriege schrieben Wagnere und seine Frau einander, und niemals war Jeanne Eltern der kleinste Verdacht gekommen. Sie hatte ihnen niemals etwas gesagt, und jetzt, als Wagnere ihr einen Tag festsetzte, hielt sie es auch nicht für nötig, sie davon zu verständigen... Ihre Absicht stand so nahe bevor, daß sie keinen Zwischenfall befürchtete, in der letzten Minute würde es Zeit sein, darüber zu reden!...

(Fortsetzung folgt.)



Erinnerungen eines alten Sozialdemokraten

Von Friedrich E. Kirchner.

XVI. Der erste Tag in Newyork.

Es war gegen drei Uhr nachmittags geworden, als wir uns der größten Stadt der Union näherten. Der Hudson dehnte sich immer größer und breiter und glücklicherweise einem See. Zahlreiche Angler, die das schöne Sonntagsgewitter hervorgeholt haben mochte, bedeckten die Ufer, sonst war es sehr still und ruhig — ein puritanischer Sonntag halt eben. Die Häuserreihen wurden immer dichter, und endlich war das Ziel erreicht — der Zentralbahnhof von Newyork. — Beim Aussteigen aus dem Zuge war zu unserer großen Verabingung ein Deutscher am Platze, der uns unter seine Fittiche nahm. Wenn wir anfänglich meinten, er sei ein Angehöriger von „Castle Garden“, so hatten wir uns in dieser Annahme arg getäuscht!

„Castle Garden“ war zur Zeit die Annahmestation aller im Newyorker Hafen ausgeschifften Einwanderer, wo sie kontrolliert und von etwaigen Freunden oder Verwandten in Empfang genommen werden konnten. Das Gebäude ist seiner einstigen Bestimmung längst entzogen. Es beherbergt weht auch noch Fremde — aber sie sind alle stumm! Es ist zu einem „Aquarium“ umgewandelt! Seine Aufgabe besorgt heute die sogenannte „Parque Office“. Darin geht es sehr weniger harmlos her, denn hier ist es, wo die Einwanderer nochmals einer strengen Prüfung unterzogen werden hinsichtlich ihrer finanziellen, gesundheitlichen und moralischen Qualitäten. Auf etwaige „Revolutionäre“ wird ganz besonders gefahndet!

Unser Mann aber war nur ein ganz gewöhnlicher „Kunmer“ — d. h. ein Gast- und Kopierhaus-Schlepper. Aber er brachte uns wenigstens in ein deutsches Gasthaus, ganz in der Nähe und gegenüber von Castle Garden. Am besten zu gelangen, mühten wir eine Pferdebahn besteigen, die von uns vollständig gefüllt wurde. Ich war in eine Ecke gedrückt und sah mit Ansehagen den Kondukteur mit dem Einsammelr des Fahrgeldes beginnen. Mein „Vermögen“ war mittlerweile bis auf drei Fünfenstücke zu sammengeschrumpft. Eines davon, also 20 Pfennige, mußte geopfert werden. Als der Kondukteur an mich herantrat, warf er einen kurzen Blick auf mich und ging auf die andere Seite des Wagens, sein Gesicht fortziehend. Er glaubte offenbar, daß ich nicht zu den Einwanderern gehöre und schon vorher bezahlt habe. So behielt ich meinen Reichtum — ich hatte Glück im neuen Lande! —

Man könnte hier einwenden — ja, dann konntest du dich doch auch einer etwaigen Kontrolle gegenüber nicht ausweisen. Demgegenüber ist zu bemerken, daß in Amerika in den Straßenbahnen Fahrgäste durch keinerlei Kontrolle bestraft werden. Sie zahlen, sobald sie aufsteigen, ihren „Nikel“ — geschieht das nicht, dann zahlen sie eben nicht. So ehrlich der Amerikaner dem einzelnen gegenüber ist im Privat- wie bis zu einem gewissen Grade auch im Geschäftsleben — jeckenlosen Kompanien gegenüber hat er ein weites Gewissen. — Ist er gar Polittiker, dann betrachtet er die Korporationen, die Kommune, den Staat als Misthaufen.

Ein charakteristisches Sprichwort lautet: Make money, honest, if you can — but make money? „Mache Geld, anständig, wenn du kannst — aber mache Geld!“

Ein Fahrgast braucht also drüben nicht so etwas wie einen Fahrchein vorfichtig-ängstlich in der hohlen Hand aufzubewahren, oder in nervöser Hast alle Taschen zu durchforschen, sobald die Kontrolle naht. Die Kontrolle wird viel besser bestragt durch den Kondukteur selbst, der jeden „Nikel“, den er kassiert, an einer Stenographie markiert. Der Fahrgast kann nicht nur sehen, sondern auch hören, ob seine Zahlung quittiert wird, da jedes Wortchen der Stenographie von einem glotonähnlichen Schlag begleitet wird. Steigt mal zu gleicher Zeit eine größere Zahl Fahrgäste auf, so kann es wohl vorkommen — und es kommt vor! — daß der Kondukteur sich „verzählt“ — natürlich nicht zum Vorteil der Kompanie, aber das sieht das Publikum nicht weiter an. Dagegen muß er gewärtig sein, daß sich ein Detektiv, ein Aufpasser der Kompanie, unter den Fahrgästen befindet. So regelt sich alles in aller Stille. —

Während der Fahrt, die über eine halbe Stunde währte, betrachtete ich mit neugierigem Interesse die Straßen der Stadt. Alle schnurgerade, wie mit dem Lineal gezogen. Alle aber doch nahezu alle Häuser rot, mit grünen Holzaloufen versehen. Die Zitronenschilder sind für den Anfang schwer leierlich, weil sie in gleichgroßen lateinischen Lettern ausgeführt sind. Es nimmt eine geraume Zeit in Anspruch, bevor man sie mit derselben Leichtigkeit liest wie die heimischen.

In der Neuzeit hat sich allerdings der Charakter und das Aussehen der Straßen bedeutend verändert. Namentlich die „besseren Viertel“ bieten ein abwechslungsreiches Bild. Von den modernen „Wohnstrassen“ in den Geschäftstraßen ganz zu schweigen. Auch Reihenhäuser sind errichtet worden, zugeschnitten für die Bedürfnisse der bestehenden Klassen. Häuser, die eine Bewohnerzahl aufnehmen, die an die Zahlen einer Kleinstadt heranreichen. Man läuft sich in diesen Kreisen nicht mehr ein Haus, sondern eine Wohnung in einem solchen Haus-Untertum auf die Dauer von 90 bis 100 Jahren unter geschäftlich verbrieftem Kontrakt. Die zehn- und mehrstöckigen Wohnungen sind Tag und Nacht durch luzuriös ausgestattete Fahrstühle leicht zu erreichen.

Endlich winkte der „Landmann“ zum Aussteigen und führte uns in sein „Hotel“. Es war ein ziemlich gewöhnliches Gasthaus — also nicht Castle Garden — wo für alles gezahlt werden mußte. Da ich nun kaum erwarten durfte, daß man mich hier ebenfalls beim Bezahlen wieder glücklich überblicken würde, kam ich zu dem naheliegenden zwingenden Entschluß, meinen zukünftigen Arbeitgeber, den einzigen Kollegen, sofort aufzusuchen.

Ich zog daher unseren Schlepper zur Seite und fragte ihn nach dem Wege zu dessen Wohnung, die Adresse vorzeigend. Er wollte mir durchaus nicht Rede stehen, um mich festzuhalten: erst nachdem ich ihm meine finanzielle Lage skargemacht, war er so lebenswürdig, mich an die richtige Pferdebahnlinie zu begleiten, die mich vor das gewünschte Haus bringen würde. Zum Gehen sei es zu entfernt; auch würde ich mich idemlich zurechtfinden. Dem Kondukteur folgte ich die gefahrene Adresse vorzeigend, er würde mich zur rechten Zeit abgeben. Das geschah denn auch. Der Kondukteur, den ich so wenig verstand wie er mich, setzte mich richtig ab — Haltstellen gab es drüben nach Bedarf — und deutete im Weiterfahren auf ein Haus. Ich fand, daß es die gewünschte Hausnummer sei, und war schon in der glücklichsten Stimmung. Da bemerkte ich zu meinem Entsetzen, daß die breite Tür und die großen Schautenster durch Jalouisen dicht verschlossen waren. Nirgendwo war eine Klingelvorrichtung zu entdecken, durch die ich einen Hausbewohner hätte herbeirufen können.

Ich war wie gelähmt und verlor für einen Moment alle Fassung. Die Nachbarnhäuser boten dasselbe Bild, alle verschlossen — es waren alles Geschäftshäuser — und Sonntag! — Ich besand mich auf dem in damaliger Zeit für den feinsten Plak geltend „Union Square“. Doch das Haus, vor dem ich ratlos und hilflos stand, einen weiten Eingang in einem dazu gehörigen Hause in der Seitenstraße hatte, erfuhr ich am nächsten Tage. Das war auch zugleich der Eingang für Angestellte und Arbeiter und zur Wohnung für den „Hause-Keeper“ — den Hausmann.

Mutlos, mit nur noch zwei Fünfenstücken in der Tasche, entschloß ich mich, nach dem Emigrantenhôtel zurückzukehren, wo ich wenigstens mit jemandem reden konnte. Die Dunkelheit war mittlerweile heringebrochen. Ich begann zurückzulassen und wollte die Schienen der Straßenbahn nachgehen. Das ging eine Strecke ganz gut, bis ich an eine Straßenecke kam, wo die Schienen strahlenförmig nach allen Himmelsrichtungen auseinanderliefen. Ich besand mich schon in der unteren, d. h. alten Stadt. Hier waren die Straßen gewundene, nicht mehr so geradlinig wie in den neueren Stadtteilen. Ich war guter Rat teuer. Ich ging auf gut Glück den Weg, den ich für den richtigen hielt, geriet aber in eine Gegend, die ich glaube vorher nicht passiert zu haben und in der es sehr unheimlich ausah. Kleine, unscheinbare Häuser wucherten mit Stallungen und Holzverschlägen ab. Wagen in allen Schattierungen standen zu beiden Seiten der Straße, und auf einigen dieser Wagen sah ich deutlich unheimliche, schmutzige Gestalten schlafend herumliegen. Dazu waren diese Straßen in einem miserablen Zustande; ich stolperte in der zunehmenden Dunkelheit bei gänzlich ungenügender Beleuchtung über Löcher und über Höhlungen.

So sah es im Anfange der 80er Jahre rechts von der „Bowery“ noch in der Weststadt Newyork aus. Heute ist es natürlich anders geworden, obgleich sich das Newyorker „Ghetto“ — das Judenviertel — an dieser Stelle ausgebreitet hat. Muffelgütlich sauber ist es also auch heutigen Tages noch nicht.

Endlich kam ich wieder in eine etwas bessere Gegend und sprach auf den ersten Menschen ein, der vertrauenswürdig ausah. Er verstand mich natürlich nicht, nur die Worte „Castle Garden“ deutete er sofort. Mit einem mitleidigen Ausruß des Bedauerns wiederholte er: „Oh, oh, Castl' Gard'n“ und lud mich mit einer Handbewegung ein, ihm zu folgen. Er geleitete mich eine kurze Strecke und winkte dem Führer einer entgegenkommenden Pferdebahn, anzuhalten. Dann bedeutete er mir, einzusteigen, rief dem Kondukteur einige Worte zu, der, nur mit dem Kopfe nickend, seine Hand ausstreckte, um mein — vorletztes Fünfenstück einzunehmen. Nach kurzer Zeit hielt der Wagen — ich hätte die Straße bequem in fünf Minuten zu Fuß zurücklegen können — unweit vor Castle Garden. Ich erkannte die Gegend sofort wieder.

Mein Hotel fand ich schnell wieder, denn die Reisegefährten standen vor der Tür oder auf der Straße herum. Sie hatten bereits zu Abend gegessen, während ich vor Hunger und Müdigkeit bald unzufinken drohte. Ich bestellte mir in resignierter Gleichgültigkeit etwas zu Essen und ein Glas Bier, das erie seit zwei Wochen. Das letztere wurde sogleich kassiert, mein letztes Fünfenstück verschlingend.

Runmehr konnte kommen, was da wolle — man konnte mir wenigstens nichts mehr abnehmen. Dann plauderte ich noch mit meinen engeren Gefährten, dem Schreiner und dem Schneider, die mit Teilnahme der Schilderung meiner jüngsten Erlebnisse lauschten, bis uns die Müdigkeit und die vorgerückte Zeit zum Schlafengehen zwang.

Kleine Chronik.

Die Opunzie. Wenn es der städtische Schauspieldirektor für unermesslich hält, den Leipziger Meßfremden im Alten Theater das flache Zeug und die plattesten Witze vorzusetzen, die gerade auf dem Markte sind, dann brauchte er uns deshalb doch nicht drei Wochen vorher mit der „Opunzie“ zu belästigen, einem sentimentalen vertrockneten Kullenschwanz vom unbekanntem Genie, und von der angebotenen Bühnengröße, für den neben einem Herrn Hans Keping v. Mack als Mitwirkender Max v. Brode lo leichtfertig war, seinen geachteten Schriftstellern einzulegen. Das langweilige Produkt, von den ältesten Schwanenwitzen notdürftig über drei Akte hinweggeschleppt, enthält nicht einmal für Ehrhard Siedel eine Rolle, aus der sich irgendwas menschliches herausspielen ließe, da er voller salziger Gefühle durch ärgerlichste Unwahrscheinlichkeiten dahinstolpern muß. Damit niemand aus Neugierde hingehet, sei nur noch kurz gesagt, daß der ehemalige Schauspieler den berühmten Gast verschleppt und mit einem Schlafpulver betäubt, um selber an seiner Stelle und in seinem Kostüm den König Lear zu spielen, wobei er natürlich als genialer Darsteller triumphiert. Ein amerikanischer Manager, der erst nur die lustige und dann auch die richtige Berühmtheit für einen Zirkusfisch engagieren will, aber von dem bisher unbekanntem Genie heheitsvoll abgewiesen wird, löst uns mühsam durch den letzten Akt zu einer schmalzigen Verlobung, die bei Rohebe geistreicher und bei Benedikt lustiger zubereitet wäre. Das unbekanntem Genie plüchtet Katzen. Die Opunzie oder Feigenbissel ist eine Katzenart. Für alle Leute, die nicht Fachleute sind, bietet das Stück also immerhin eine geistige Anregung: festzustellen, was eine Opunzie ist. Man hüte sich aber ängstlich, zu diesem Zwecke etwa ins Theater zu gehen. Der kleinste Brothaus tut auch. hgr.

Lazar Galspern, Lehrer für Bewegungsunterricht an der Städtischen Schauspielschule, bringt Sonntag, den 19. Februar, 11 Uhr, im Alten Theater Tänze und Pantomimen zur Aufführung, unterstützt von der Städtischen Schauspielschule und der Schule für Tanzkultur (50 Mitwirkende). Er zeigt zum erstenmal eine tänzerische Ausdeutung der Phantastie und Fuge in G-Moll von Joh. Seb. Bach. Dann folgen zwei Ballett-Themen von Strawinsky. Hieran schließt sich eine zeitgenössische Bewegungstudie „Die Straße“. Die Begleitung hierzu wird mit Whiteman-Platten auf einem Elektro-Apparat ausgeführt. Den Schluß bildet „Der Krug“, eine lustige Pantomime mit Tanz, Gesang und viel Geschieh' von Luigi Pirandello. Musik von Alfredo Graziella. Vorverkauf an der Tageskasse und bei Franz Jost, Petersteinweg.

Neues Theater. Kurt Weill, der Komponist der Oper buffa „Der Zar läßt sich fotografieren“, ist hier eingetroffen, um den letzten Proben seines Werkes beizuwohnen. Die Uraufführung findet Sonnabend, den 18. Februar, statt und ist in den Hauptpartien mit Maria Janowska und Theodor Horand besetzt. Der Abend wird ergänzt durch Spinellis „A basso portio“ (Am unteren Hafen) in neuer Inszenierung und in folgender Besetzung: Hanns Cleve (Sefella), Marga Dammerberg (Mutter Maria), Hans Felscher (Pisillo), Ernst Neubert (Luigino), Ernst Hertkamp (Pascate), Max Spilker (Cicillo). Beide Opern werden von Gustav Brecher dirigiert und sind von Walter Brüggemann inszeniert.

Altes Theater. Hedwig Wangel, die bekannte Berliner Schauspielerin und Philanthropin, ist für Donnerstag, den 16. Februar, zu einem einmaligen Gastspiel als Mutter Wolffen im „Biberpeis“ verpflichtet worden. Hedwig Wangel wendet alle ihre Gastspielhonoreare dem „Tor der Hoffnung“ zu, dem von ihr selbst gegründeten und ausgebauten Heim für weibliche Straftäterinnen.

Der Leipziger Kunstverein eröffnete am Sonntag eine Ausstellung von Gemälden, Zeichnungen und Graphik des bekannten belgischen Künstlers James Ensor, geboren am 13. April 1860 zu Yende, die zum erstenmal in Leipzig einen Ueberblick über die Entwicklung dieses Künstlers vermittelt. Außerdem werden in kleineren Sonderkollektionen gezeigt: Hermann Schittgen-Wessersburg, der bekannte Zeichner der „fliegenden Blätter“, sowie Hans Reichel-Münch, Erich Krause-Karlruhe und Fritz Reusing-Düsseldorf.

Funktionen des Schmutzes

Von Dr. Karl Coste.

Es soll hier nicht die Rede sein von jenem Schmutz, den man oft mit Schand verbunden erwähnt, sondern von jener ehelichen wenn auch manchmal lästigen Masse, die entsteht, wenn der Himmel nicht nur eine, sondern recht viele Tränen weint, und diese sich mit der trockenen Erde verbinden. Diese Erscheinung tritt zwar auch im Sommer auf, ist aber ein besonders kennzeichnendes Merkmal der Uebergangszeiten zu und von der kalten Jahreszeit, und da sie wochen- und monatelang auf gewaltigen Teilen der Erdoberfläche bestehen bleibt, reicht ihre Wirkung sicher viel tiefer, als es uns so oft gewöhnlich zum Bewußtsein kommt, wenn wir über den „Dreck“ schimpfen, der sich uns pfundschwer an die Füße hängt und uns in besonders günstigen Fällen sogar die Schuhe anziehen kann.

Bei „Schmutz“ muß ich immer an meinen alten Zeichenlehrer denken: Ich hatte ihn aufmerksam gemacht, daß er meine Zeichnung mit seinem unvermeidlichen Schnupftabak „beschmutzt“ habe, worauf er entrüstet protestierte, Schnupftabak sei kein Schmutz, sondern etwas Gutes; nach einigem Ueberlegen kam er aber doch mit schöner philosophischer Gerechtigkeit zu dem Zugeständnis, daß ich in diesem Einzelhase recht gehabt habe, denn „Schmutz“ sei alles, „wenn's wo nei hing'ört“. Diese Definition zeigt, daß wir mit dem Wort gewöhnlich eine Art Werturteil, eine abfällige Kritik, verbinden, und zwar eine anthropozentrische Kritik, die unsrer — noch dazu nur augenblicklicher — menschlicher Interesse zum Ausgangspunkt und Maßstab ihres Urteils macht — also bestimmt ungerichtet ist.

Wir wollen aber hier so objektiv sein, wie man nur kann, und den Schmutz, von dem hier gesprochen werden soll, als eine weiße, feuchbare und beim Trocknen zur Krustenbildung neigende Substanz definieren und sehen, wodurch sie zustande kommt, und welche naturwissenschaftliche Wirkung sie hat.

Wenn Regen oder schmelzender Schnee sich mit trockenem Sande mischt, der nur aus unföhligen Quarz- oder Kieselsäure-Schümpchen besteht, so entsteht kein Schmutz; die einzelnen Körnchen bleiben wohl, solange sie naß sind, durch die Oberflächenspannung des Wassers an unseren Füßen und aneinander hängen, fallen aber beim Trocknen wieder ab, ohne zu Säulen zusammenzuwachsen. Erst wenn die Erde zugleich auch lösliche oder quellbare Substanzen oder beides enthält, bekommen wir den oben definierten Brei mit seinen lieblichen Eigenschaften. Das Gesteine kristallisiert beim Trocknen wieder aus, die Kristalle verpacken zum Teil miteinander und mit den unföhligen Teilchen und können dadurch größere feste Klumpen und Krusten bilden. Noch mehr sind hierzu die quellenden Substanzen befähigt; diese verbinden sich mit Wasser zu plastischen, weich-elastischen Massen, die leicht andere, unföhlige, feste Körper in sich eindringen lassen und sie vollständig umhüllen. Verbundenes das Wasser allmählich, so schwindet das Volumen (der Rauminhalt) der gequollenen Substanz, wie wir es vom Leim oder von der Stärke her ja alle kennen; dabei können, wenn die ganze Masse zu groß ist, um dem Zusammenziehen beim Trocknen zu folgen, Risse und Spalten entstehen.

Fast jeder Boden, der nicht reiner, steriler (unfruchtbarer) Sand oder nacktes Stein- und Felsgeröll ist, enthält solche quellbaren Stoffe, die rein mineralischer oder organischer Art sein können. Kieselsäure und Aluminiumhydroxyd (Verbindung von Aluminium mit Sauerstoff und Wasserstoff), auf nassem Wege entstanden, haben diese Fähigkeit des Quollens unter Wasseraufnahme, und ebenso hat sie die chemische Verbindung Leber (die in ihrer reinsten Form Kaolin, mehr oder weniger verunreinigt Lehm oder Thon heißt), solange sie nicht geblüht oder gebrannt ist, wie Ziegelsteine oder Töpferwaren, die wohl infolge ihrer Porosität Wasser anziehen, aber nicht mehr zu einer plastischen, feuchbaren Masse aufquellen können.

Neben diesen weitverbreiteten Mineralstoffen enthält jeder nicht ganz sterile Boden Unmengen von pflanzlichen und tierischen, teils lebenden, teils abgestorbenen Bestandteilen, die fast alle die Fähigkeit des Quollens unter Wasseraufnahme haben.

Das Wasser, das in dieser Weise festgehalten wird, kann nicht abfließen oder verdunsten, es kann nur durch direktes oder indirektes Verdunsten wieder entfernt werden, wobei unter „indirekt“ gemeint ist: auf dem Wege durch lebende Pflanzen und andere Lebewesen, die das Wasser zuerst dem Boden entziehen, um es dann im Verlauf ihres Lebensprozesses als Wasserdampf an die Luft weiterzugeben. Die quellfähigen Bestandteile des Bodens spielen also eine ähnliche Rolle, wie es in größerer Form das Moos des Waldbodens tut, das, besonders an geneigten Hängen, dem abfließenden Wasser unzulässige Hemmnisse entgegenstellt und es dadurch länger festhält, wodurch nebenbei auch das Wegschwemmen der lockeren Humuserde verhindert wird.

Durch dieses Festhalten wird das Wasser gezwungen, längere Zeit als sonst mit dem Gestein des Bodens in Berührung zu bleiben und dadurch mehr lösliche Mineralien in Lösung zu bringen, als es bei kurzem Aufenthalt, bei raschem Abfließen oder Verdunsten in die Tiefe, möglich wäre. Dadurch wird Nährstoff für die Pflanzen in die zur Verdrängung nötige Form gebracht.

Da feuchter Boden weicher ist als trockener, können Regenwürmer und andere unterirdisch wühlende Tiere sich ihrer ersprießlichen Tätigkeit im Schmutze ausgiebiger hingeben, wodurch nicht nur eine nötige Durchlüftung der Erde, sondern auch eine Durchmischung tiefer und höher gelegener Schichten bewirkt wird; den Pflanzen wird dadurch neues, noch nicht verbrauchtes Material aus der Tiefe zugeführt.

Wir haben bisher nur Freundliches vom Schmutz gesprochen. Die Gerechtigkeit zwingt uns aber auch, anderes nicht zu verschweigen. Schmutz ist weicher als trockene Erde und wird weich bis zur Flüssigkeit, wenn mehr Wasser dazu kommt, als die Quellfähigkeit seiner Bestandteile festhalten kann; dann wird nichts anderes möglich sein, als daß der dünne Brei in die Wasserläufe abfließt, und daß dadurch der Erdboden der geliebten Salze und sonstiger wertvoller feiner Dinge beraubt wird. Wir sehen nach jedem heftigen Regenguß die Flüsse trüb und schlammig werden — aber schließendlich können wir hierfür doch nicht den Schmutz verantwortlich machen; denn er wird ja selbst hier gegen seinen Willen in verbünnter Form passiv entführt; schuldig ist das Wasser, das so rein — „sein Engel ist so rein“ — vom Himmel kam.

Welche Mengen fester Substanz den Ländern auf diese Weise im Laufe der Zeiten entführt werden, lehrt uns die Deffabildung vieler Flüsse, ja die Bildung ganzer Länder durch Anschwemmung. z. B. der ganzen Po-Ebene oder des Gebietes des unteren Mississippi. Das letztere Land hatten zuerst die Franzosen inne. Aber die Wissenschaft brachte, wie Santschid erzählt, den Amerikanern die Erkenntnis, daß die ganze Gegend eigentlich angeschwemmter amerikanischer Dreck, sozusagen untererentstehende Vereintigte Staaten seien, und sie reklamierten sie deshalb für sich und die Franzosen mußten schließlich weichen.

So kann harmloser Schmutz sogar politisches Objekt werden.

Eingelaufene Schriften.

Karl Banet, Die Wänter des Franzosen Soldaten Schweiß in russischer Gefangenschaft. Verlag Wolf Smet, Bonn VI, B. Walter von Molo, Oranien in Bessau. Schauspiel. Verlag Albert Langen, München.